Warum Le Pen ihr Ziel verfehlte Seite 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 19 – 12. Mai 2017

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Der Widerstand startete prompt: Demonstration in Paris nach der Wahl gegen Macrons Reform-Vorhaben Bild: pa

Die Zeit der Wahrheit

Ausgerechnet der »Europäer« Macron wird das EU-Gebälk zum Zittern bringen

Das Aufatmen in Berlin wird nicht lange anhalten. Macron muss die Deutschen mit maßlosen Forderungen konfrontieren.

Das gesamte politische Establishment in Paris wie in Berlin und bei der EU hat sich parteiübergreifend hinter den siegreichen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron gestellt. Das macht eine grundlegende Veränderung in der politischen Landschaft Europas sichtbar.

Hier wurde die Zerstörung des seit dem Weltkrieg geltenden politischen Koordinatensystems offenkundig. Das alte Trio Konservativ-Liberal-Sozialdemokratisch verschwindet.

Daher trug die Macron-„Begeisterung" der Etablierten denn auch sichtlich Züge der Verzweiflung. Sie erschien wie das letzte Aufbäumen eines Kartells, das bislang alles unter sich aufteilen konnte und nun erleben muss, wie neue Kräfte und Konstellationen mit Wucht in die Gefilde der bislang sicher geglaubten Macht eindringen. Es ist nochmal „gut gegangen", aber für wie lange noch?

Macrons Präsidentschaft steckt von Beginn an zwischen Baum und Borke. Und er wird seine deutschen Partner in eine ähnlich prekäre Lage manövrieren – ja, aus Selbsterhaltungstrieb sogar manövrieren müssen.

> Werden die Früchte der Reformen über den Rhein getragen?

Der Neue im Elysée hat „Reformen" angekündigt, die im Vergleich zu jenen Gerhard Schröders bestenfalls als homöopathisch zu bezeichnen sind. Doch selbst dafür schlug ihm schon am Tag nach der Wahl der erbitterte Widerstand einer radikalen Linken entgegen, die sich nach den fast 20 Prozent ihres Kandidaten beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu Recht stark fühlt.

Als Zuckerstück für die reformunwilligen Franzosen betreibt Macron die Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Staaten und fordert ein EU-Finanzministerium sowie eine gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung. Das heißt: Vor allem die Deutschen sollen dafür zahlen, dass in Frankreich mit seiner 35-Stunden-Woche, seinem Sozialstaat, seiner Schuldenpolitik und seiner vergleichsweise weniger wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglichst wenig verändert werden muss.

Die derart zur Kasse gebetenen Deutschen werden ihre Politik bald fragen, warum sie die Last der Hartz-Reformen ertragen und dem Wegschmelzen ihrer Ersparnisse zugunsten der Staatskasse per Nullzins zugesehen haben, wenn die Früchte ihrer Entbehrungen nun über den Rhein getragen werden. Der Appell an ihre „europäische Solidarität" muss da wie Hohn klingen, der Hinweis, sie profitierten ja in Wahrheit am meisten, wie eine dreiste Lüge.

Die Politik der Einheitswährung und der sinnlosen „Umverteilung" in Europa, die erst zu dem heftigen Aufeinanderprallen der so unterschiedlichen Volkswirtschaften geführt hat, ächzt immer vernehmlicher unter den eigenen Widersprüchen. Der „Europäer" Macron könnte es sein, der das morsche Gebälk an seine Belastungsgrenze führt. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Total entgleist

Man fragt sich, warum die SPD nach der zweiten Wahlniederlage in Folge eigentlich so enttäuscht ist. Mit ihrem Schulz-Zug ist es doch genauso gekommen, wie man es in Deutschland von der Bahn kennt: Es läuft nicht nach Fahrplan. Dabei hatten sich die Sozialdemokraten das Bild so schön ausgedacht: Ein Zug unter Volldampf, mit Martin Schulz als Lokführer, den nichts auf der rasenden Fahrt ins Kanzleramt aufhalten kann. Doch Schulz' Lokomotive zog bloß leere Waggons. Keine Inhalte, kein Konzept, keine Visionen. Stattdessen gab es bei jedem Halt Phrasen und Emotionen zu hören. Ein leerer Zug aber bringt kein Gewicht auf das Gleis und kommt daher schnell in gefährliches Schwanken. Schon bei der Wahl im Saarland vor einigen Wochen hätte es den Schulz-Zug fast aus der Kurve getragen. Nun haben die Wähler an den Stellwerkshebeln dafür gesorgt, dass er ebenso entgleist ist wie darob die Gesichtszüge des ohnehin ewig griesgrämigen SPD-Landeschefs Ralf Stegner.

Doch der und sein Parteichef behaupten allen Ernstes weiter, die SPD habe in Kiel „ganz sicher eine gute Arbeit" gemacht. Wohl kaum! Andernfalls hätten die Schleswig-Holsteiner nicht einen mehr oder minder unbekannten CDU-Politiker ins Führerhaus des Kiel-Zuges gehievt und den siegessicheren Torsten Albig trotz Amtsbonus aufs Abstellgleis geschoben. Schleswig-Holstein ist strukturell ein konservatives Bundesland. Da reicht es nicht, einfach „smart" zu sein wie Albig. Damit, dass die Wahlniederlage in erster Linie auf dessen unglücklich geratenes „Bunte"-Interview zurückzuführen sei, mögen sich die Nord-Sozis gern trösten. Tatsächlich hatten die Wähler einfach die Nase voll von ihnen. Ob mit oder ohne Schulz.

Auch Taliban dürfen bleiben

Großzügige Regelung für Steinzeit-Islamisten

Die Taliban, eigentlich „Studenten", waren einst so etwas wie die Heiligen Krieger des Islam. Heiliger Krieger war eine Berufung, der eine Lebensaufgabe folgte, ähnlich wie bei den christlichen Mönchen des Mittelalters. Jetzt wurde bekannt, dass viele dieser heiligen Krieger des Islam als Asylsucher nach Deutschland geflüchtet sind und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge offenbar ein großes Herz für geflüchtete islamistische Mörder und Terroristen entwickelt hat. Sie erhalten hier zwar noch kein Asyl, wegen einer „Verfolgung" und möglichen Bedrohung für Leib und Leben in Afghanistan können sie aber auch nicht abgeschoben werden. Mitglieder der Taliban, die ja die Ursache der Flucht anderer sind, weil sie zu den schlimmsten menschenverachtenden Steinzeit-Islamisten gehören, können im Einzelfall ein Bleiberecht mit den

> Kein Asyl, aber Schutz vor Abschiebung

entsprechenden Sozialleistungen und Integrationsmaßnahmen in Deutschland erhalten.

Die Zugehörigkeit zu den Taliban sei kein Ausschlussgrund von der Gewährung internationalen Schutzes, da diese nicht von den Vereinten Nationen als terroristische Organisation eingestuft werden, so das Bundesamt. In Deutschland allerdings gelten die Taliban als verbotene Terrororganisation, dennoch können ihre Mitglieder Bleiberecht erhalten. Das erscheint absurd. Nur im Falle einer nachgewiesenen Beteiligung an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (siehe Artikel rechts) kann das Bleiberecht verweigert werden.

Seit diese Praxis bekannt ist, bekennen sich immer mehr Afghanen in ihren Asylverfahren zur früheren Mitgliedschaft bei den Taliban. Die Zahl der Asylsucher mit Taliban-Verbindung liegt im vierstelligen Bereich. Damit ist deren Zahl größer als die der IS-Syrienheimkehrer aus Deutschland. *B.B.*

Keiner soll sich sicher fühlen

BKA-Abteilung jagt nach Deutschland geflohene Kriegsverbrecher

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat mehr als 4000 Hinweise von Asylantragstellern auf mögliche Kriegsverbrechen an die Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen und weiteren Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch (ZBKV) beim Bundeskriminalamt übermittelt. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Verbrechen der Terrororganisation IS. In sechs Fällen hat der Bundesgerichtshof Haftbefehl wegen Völkermordes erlassen. Bei der Überprüfung der Hinweise geht es nicht allein darum, Ermittlungen zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beispielsweise im Irak, in Syrien, Libyen oder Pakistan anzustellen, sondern auch darum, Tatbeteiligten auf die Spur zu kommen, die in Deutschland Unterschlupf gefunden haben. So konnte beispiels-

> »Wir haben einen langen Atem«

weise der Verdacht gegen einen zurückgekehrten IS-Angehörigen im Zusammenhang mit Gewaltverbrechen gegen Jesiden erhärtet werden.

ZBKV-Leiter Klaus Zorn verspricht, seine Dienststelle werde beim Aufspüren von in Deutschland untergetauchten Kriegsverbrechern „einen langen Atem" haben. Sie könne zwar „nicht jeden Krisenherd der Welt auf Kriegsverbrechen beleuchten", aber die Täter sollten sich nicht darauf verlassen, ungeschoren davonzukommen. Völkerstrafrechtliche Handlungen würden auch noch nach Jahrzehnten geahndet werden können.

Seit im Jahre 2002 der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag eingerichtet wurde, gilt bei Kriegsverbrechen das sogenannte Weltrechtsprinzip. Deshalb setzte Deutschland im gleichen Jahr ein eigenes Völkerstrafgesetz in Kraft, das die Grundlage für die Ermittlungen des ZBVK und des Generalbundesanwalts darstellt. *J.H.*

MELDUNGEN

Aufhebung der 175er-Urteile

Berlin – Die Bundesregierung hat die rechtlichen Voraussetzungen für die Rehabilitierung und die Entschädigung von Personen, die nach dem alten Strafrechtsparagrafen 175 wegen homosexueller Handlungen verurteilt wurden, auf den Weg gebracht. Ihr Gesetzentwurf sieht vor, dass strafgerichtliche Urteile wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen, die in der Bundesrepublik Deutschland, in der DDR und in den Nachkriegsjahren in deren späteren Staatsgebieten ergangen sind, pauschal aufgehoben werden. Eigentlich widerspricht die Aufhebung rechtskräftiger Urteile dem Rechtsstaatsprinzip. Die Betroffenen sollen für jede aufgehobene Verurteilung 3000 Euro zuzüglich 1500 Euro für jedes angefangene Jahr in Haft erhalten. *J.H.*

Deutschland wird unsicher

Davos – Das Weltwirtschaftsforum hat seinen neuen Zweijahresbericht zur touristischen Wettbewerbsfähigkeit nach Staaten vorgelegt. Wie schon 2015 schnitten dabei Spanien, Frankreich und auf Platz 3 Deutschland am besten ab. Deutschland wird dabei vor allem für seine Infrastruktur gelobt, erhält aber warnende Hinweise wegen der sich verschlechternden Sicherheitslage infolge des Asylantenzustroms. Sicherheitsmäßig schlechter als Deutschland rangieren infolge früherer Einwanderungsströme Frankreich und Großbritannien. In der touristischen Spitzengruppe befinden sich neben dem Führungstrio das erheblich aufgestiegene Japan, die angelsächsischen Staaten, Italien und die Schweiz. Kurz danach folgen Österreich, Portugal und China. Russland, dessen Infrastruktur und Sehenswürdigkeiten eine positive Erwähnung finden, überrundet die Türkei, die nur noch auf Platz 44 kommt. Den letzten Platz unter den 136 vertretenen Ländern belegt der von Krieg heimgesuchte Jemen. *T.W.W.*

Zulauf für den IS

Duschanbe – Im Gegensatz zu Europa, dessen Anzahl von Syrien-Reisenden zum Kampf „für Allah" während der jüngsten Zeit leicht zurückging, hat die Zahl der Dschihadisten aus den einstigen sowjetischen Republiken in Asien neuerdings deutlich zugenommen. Mit rund 2000 „Heiligen Kämpfern" gelten sie zahlenmäßig sogar als die drittstärkste Kraft in den Reihen des IS. Das entspricht anderen Untersuchungen, wonach inzwischen Russisch nach Arabisch und Englisch als die am dritthäufigsten verwendete Sprache unter den „Gotteskriegern" in Syrien gilt. Als eine der gefährlichsten Gruppierungen wird die „Islamische Bewegung von Usbekistan" gewertet, die schon mit den Taliban-Anhängern in Afghanistan gegen die US-Truppen kämpfte. Durch ihr besonders brutales Vorgehen wurden die „Gotteskrieger" aus Tadschikistan bekannt. Deren Anführer Gulmurod Khalimov, der eine militärische Ausbildung in den USA erhalten hatte, hat inzwischen im IS eine ziemlich hohe Position inne. Als personell stärkste Gruppierung werden die etwa 1700 Tschetschenen angesehen, die aus historischen Gründen primär Russland angreifen. *F.W.S.*

Warum Le Pen ihr Ziel verfehlte

Mit 34 Prozent blieb die französische Präsidentschaftskandidatin deutlich unter den erhofften 40 Prozent

Dass Marine Le Pen in der zweiten Runde der Wahl des achten Präsidenten der Fünften Republik unter 50 Prozent bleiben würde, war erwartet worden, aber 40 Prozent hatten die Kandidatin und Vorsitzende des Front National sowie deren Anhänger doch schon erhofft. Es wurden nur 34 Prozent. Was sind die Gründe?

Für Le Pens relativ schlechtes Abschneiden ist sicherlich die beispiellose Propaganda der Medien und des gesamten Establishments hauptverantwortlich. Obwohl es einige Ungereimtheiten in Macrons Lebenslauf gibt, wie beispielsweise der Verbleib von drei Millionen Euro aus seiner Zeit bei Rothschild, weigern sich sämtliche Mainstream-Medien sich dieser Frage anzunehmen. Das Gleiche gilt für die unklare Verwendung öffentlicher Gelder aus seiner Zeit als Wirtschaftsminister und für gewisse Entscheidungen, die er damals traf und von denen heute einige seiner Gönner profitieren.

Als am Freitagabend über Wikileaks originale Strategiepapiere aus Macrons Hauptquartier im Internet auftauchten, wurden die Medien von Frankreichs oberster Medienaufsicht gebeten, die teilweise kompromittierenden Enthüllungen – zum Beispiel wie die dauerhafte Implementierung des Islam in Frankreich gewährleistet werden soll – nicht weiterzuverbreiten. Die öffentliche Meinung wurde also wie in einer Diktatur bewusst manipuliert.

Ein weiterer Grund für Le Pens schwaches Ergebnis ist die Fernsehdebatte vom 3. Mai. Le Pen präsentierte sich einem arroganten und eiskalt lügenden Macron gegenüber als äußerst aggressiv und kampflustig, doch gelang es ihr weder ihre Argumente klar und verständlich zu artikulieren noch die Debatte weg von der Wirtschaftspolitik auf Fragen der Identität zu lenken oder Macrons Lobbyabhängigkeit und sein äußerst undurchsichtiges Finanzgebaren herauszustellen. Vor allem aber unterließ sie es, den Fernsehzuschauern eigene Gegenvorschläge zu Macrons Maßnahmen zu machen. In den alternativen Medien rätselte man in den folgenden Tagen, ob Le Pen auf „Trump machte" und so frustrierte Wähler gewinnen wollte oder ob sie letztendlich gar nicht das höchste Amt im Staate anstrebte, wie man es Jean-Marie Le Pen seiner Zeit nachsagte.

> Die Ausgangslage für eine Neuorganisation der rechten Parteienlandschaft ist günstig wie nie



Nur einer der Gründe für das relativ schlechte Abschneiden Le Pens: die Fernsehdebatte vom 3. Mai mit Macron Bild: Getty

Ein dritter Grund für Le Pens bescheidenes Abschneiden liegt in der „Entteufelungsstrategie", die der Parteivize Florian Filippot zu verantworten hat. Um die von den Sozialisten im Stich gelassene Arbeiterklasse zu gewinnen, hatte er der Partei eine „versüßte" Rhetorik in die Identität betreffenden Fragen verordnet und den Front National wirtschaftspolitisch stark nach links bewegt.

Doch nicht deswegen ist der Front National heute die unbestrittene Partei der unteren sozialen Klassen, sondern wegen seiner Opposition zur Masseneinmigration, unter deren Folgen vor allem die einkommensschwachen Franzosen leiden. Der wirtschaftspolitische Linksrutsch ist es aber, der das finanzkräftige, wertkonservative Bürgertum von einer massiven Stimmabgabe zugunsten von Le Pen bisher abhält. Die erstmalige Allianz für die zweite Wahlrunde mit dem souveränistischen Republikaner Nicolas Dupont-Aignan, der in der ersten Runde knapp unter fünf Prozent der Stimmen erhielt, war ein strategisch wichtiger Schritt, diese Trennlinie zu überwinden. Le Pen kündigte deshalb auch direkt nach ihrer Niederlage an, den FN zu den Parlamentswahlen neu zu organisieren und weitere Allianzen mit dem rechten Lager anzuvisieren.

Die Ausgangslage für eine Neuorganisation der rechten Parteienlandschaft ist durch die faktische Kollaboration der Republikaner (LR) mit Macron günstig wie nie. Zahlreiche Parteivertreter werden von der Parteispitze mit dem Parteiausschluss bedroht, weil sie sich weigerten, dem Aufruf der Parteiführung zu folgen, ihre Wähler zur Stimmabgabe für Macron aufzufordern. Immer mehr republikanische Tenore, wie Bruno Le Maire, erklären offen ihre Bereitschaft, Macrons Regierungsmannschaft beizutreten. Außerdem hält sich das Gerücht, dass sich der links-mittige Teil der Republikaner zwar noch unter dem Etikett Republikaner in die Assemblée Nationale wählen lassen möchte, für die Zeit nach der Wahl aber eine Abspaltung plant. Unter diesen Vorzeichen können sich die LR für die Abgeordnetenwahlen kaum als glaubhafte Opposition zum Präsidenten präsentieren. Wird sich deshalb der rechte Flügel der LR zu einer Zusammenarbeit mit dem Front National bereit erklären, der einzigen echten Oppositionspartei neben den Linksextremen?

Eva-Maria Michels

Venezuela am Rande des Bürgerkriegs

Präsident Maduro lässt nach Protesten mit 30 Toten 500 000 Volksmilizionäre bewaffnen – Austritt aus der OAS

Die seit dem 1. April sich verschärfenden Demonstrationen und Unruhen in Venezuela haben bereits 30 Todesopfer gefordert. Die neuen Unruhen, bei denen Millionen Menschen gegen Präsident Nicolás Maduro auf die Straße gehen, hatten ihren Ausgang genommen durch die zurückgenommene Entscheidung des Obersten Gerichtes, das Parlament, in dem die Opposition die Mehrheit hat, zu entmachten und aufzulösen. Seitdem kommt das Land, das bereits seit gut drei Jahren eine große soziale Krise durchmacht, nicht mehr zur Ruhe.

Infolge der sozialen Krise sind vor allem die Gesundheits- und medizinische Versorgung weitgehend zusammengebrochen. Die Geschäfte sind leer, und in vielen Krankenhäusern herrscht Notstand, weil es keine Medikamente mehr gibt. Anstatt die Krise zu bekämpfen, hat Maduro jedoch viel Geld ausgegeben, um für die Volksmiliz 500 000 neue Gewehre zu kaufen. Das ließ er auf einer Massenveranstaltung seiner Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas verkünden. Die Reservistentruppe war nach dem Putschversuch 2002 gegen den damaligen Staatschef Hugo Chavez aufgestellt worden.

Die Opposition fordert dagegen weiter den Rücktritt des Präsidenten, der seinem Amt und der Krise nicht mehr gewachsen zu sein



Verhärtete Fronten: Studenten und Sicherheitskräfte in Caracas Bild: pa

scheint. Dieser fühlt sich jedoch als Vollender der von dem vor mehr als vier Jahren gestorbenen Hugo Chávez begonnenen „Bolivarianischen Revolution", die einen neuen Schritt in der Entwicklung Venezuelas in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft sein sollte, aber im Grunde nur funktionierte, solange die Erdöleinnahmen sprudelten und der Ölpreis hoch war.

Venezuela, das über die größten Vorräte an Öl weltweit verfügt, hatte sich in der Vergangenheit sehr an die erdölexportierenden arabischen OPEC-Staaten angepasst. In Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, waren in den letzten Jahren immer mehr Moscheen aus dem Boden gesprossen, obwohl es fast keine Muslime gibt. Um seine arabischen Freunde zu beeindrucken, hatte Maduro im Januar sogar mit Tareck El Aissami einen arabischstämmigen Vizepräsidenten ernannt. Dieser scheint jedoch weniger Ahnung von Wirtschaft als von Drogenhandel zu haben, mit dem er bisher sein Geld verdient haben soll. Letzteres wirft ihm zumindest die US-Drogenfahndung vor. Mit Marokko hat sich bereits das erste arabische Land von Maduro und seiner gewaltsamen Politik distanziert.

Wegen seiner großen Erdölreserven ist Venezuela trotz Krise immer noch kreditwürdig. Nur gibt es keinen Politiker mit Augenmaß, der das Land aus der Krise herausführen könnte. Die führenden Oppositionspolitiker sitzen alle im Gefängnis. Bei der aktuellen Protestwelle wurden bereits über 1600 Demonstranten verhaftet, viele davon wegen Plünderungen, weil sie nichts mehr zu essen hatten. Vor allem die Bewaffnung der Volksmilizen hat Washington alarmiert, das bereits wegen der Beschlagnahmung des General-Motors-Werkes in Caracas auf den Plan getreten ist. Anders als das Nachbarland Kolumbien, das gerade dabei ist, einen 70-jährigen Bürgerkrieg zu beenden und das wirtschaftlich aufblüht, hat Venezuela, das eher ein karibischer als ein andiner Staat ist, keine Tradition von Gewalt oder Guerillabewegungen. Vielmehr galt Venezuela jahrzehntelang als sicherer Hafen für Guerilleros aus den Nachbarländern. Dies könnte sich ändern, wenn Maduro stur bleibt und seine Volksmilizen gegen die Demonstranten einsetzt. Angebote des Vatikans zur Vermittlung hat Maduro abgelehnt.

Neben den USA haben auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die EU und die UNO die neue Gewalt in Venezuela scharf verurteilt. Deshalb ist Maduro jetzt aus der OAS ausgetreten. Das zeigt, wie isoliert das Land schon ist. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hat die Regierung aufgefordert, alles zu unternehmen, um die Spannungen abzubauen und die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu verhindern. *Bodo Bost*

»Kreative« Meinungsforscher

Forsa, Allensbach und Co. sagen nicht nur das Wahlverhalten voraus, sie beeinflussen es auch

Saarland, Schleswig-Holstein, NRW: In den Tagen vor den Landtagswahlen bestimmen die aktuellen Umfrageergebnisse der Meinungsforscher die Schlagzeilen. Ihre Branche liegt allerdings nicht nur oft daneben, sie steht auch im Ruf, den Wählerwillen zu manipulieren.

Ein echter Sympathieträger sieht anders aus: Wankelmütig, wetterwendisch und hochemotional kommt der Wähler als solcher daher. Heute Schulz und morgen Merkel – seine Sympathien verteilt er wie andere Leute ihren feuchten Händedruck. An Durchblick mangelt es ihm zudem: Warum der Stimmzettel von ihm verlangt, sowohl eine Erst- als auch eine Zweitstimme abzugeben, ist, laut einer Umfrage, jedem zweiten Wähler ein echtes Rätsel. Mit der Wahrheit nimmt er es ebenfalls nicht so genau. Hat er ein Faible für eine „Schmuddelpartei“ wie die AfD, behält er das schön für sich. Geht doch die neugierige Dame von Infratest dimap nichts an.

Dennoch ist dieser reizende Zeitgenosse der Meinungsforscher liebstes Kind. Wenn er sich dazu herablässt, einem ihrer Interviewer Rede und Antwort zu stehen, werden seine Antworten wie „ein kleines Körnchen Gold gesiebt, gewaschen, eingeschmolzen und geprägt“, heißt es in einer Reportage des „Spiegels“. Besonders in einem Jahr mit Bundestagswahl steht die Einschätzung des Wählerwillens hoch im Kurs. Medien, Politiker, aber zum Beispiel auch Lobbyorganisationen geben immer neue Umfragen in Auftrag. Am bekanntesten ist die Sonntagsfrage der Berliner „Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung“. Im Auftrag der ARD werden mindestens 1000 Bundesbürger per Telefon befragt, bei welcher Partei bitteschön ihre Stimme landen würde, wenn die Bundestagswahl nicht am 24. September, sondern am nächsten Sonntag wäre.

„Gemessen wird die aktuelle Wahlneigung und nicht das tatsächliche Wahlverhalten“, heißt es einschränkend bei Infratest dimap. Ermittelt würde ein Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am wirklichen Wahlsonntag abgeschlossen sei. Rückschlüsse auf den Wahlausgang seien nur bedingt möglich.

> Schulz-Effekte fallen noch triumphaler aus, Schulz-Defekte noch desaströser

Das klang bescheiden, weist aber auf ein Phänomen hin, dass gleichzeitig den enormen Einfluss der Meinungsforscher zeigt. Sie bilden das Wählerverhalten nicht nur ab, sie steuern es auch. Verkünden sie, dass eine kleinere Partei wie die FDP gerade einmal drei Prozent erreicht, werden viele sich hüten den Liberalen tatsächlich ihre Stimme zu geben. Sie wäre verschenkt, wenn Christian Lindner und seine Gefolgsleute an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Verkünden die Umfragen ein Kopf-An-Kopf-Rennen zwischen den beiden großen Parteien, wird es besonders viele Anhänger von SPD und CDU in die Wahllokale treiben, um ihrer Lieblings-Partei zum Sieg zu verhelfen. Nicht gerade ein Ruhmesblatt für den mündigen Bürger ist dieser Effekt: Befindet sich eine Partei laut Meinungsforschung gerade auf einem Höhenflug, ist er versucht, Teil dieser Erfolgsstory zu werden. Er pfeift auf die jeweiligen politischen Inhalte und sonnt sich lieber ein bisschen im Glanz der Sieger. So fallen „Schulz-Effekte“ noch triumphaler aus, „Schulz-Defekte“ noch desaströser. Aus diesem Grund geben nach einer Wahl auch deutlich mehr Leute an, einer Partei ihre Stimme gegeben zu haben, als es tatsächlich der Fall war.

Ob die Institute ihre Macht, mit – vorgeblicher – Meinung Politik zu machen, ausnutzen, ist umstritten. Experten wie der Kommunikationsforscher Hans Matthias Kepplinger, Professor in Mainz, wiegeln ab: Als kommerzielle Unternehmen würden sie von der Genauigkeit ihrer Umfragen leben. Die meisten verdienen ihr Geld mit Aufträgen aus der Wirtschaft. Wahlumfragen dienen mehr dem Renommée als dem finanziellen Gewinn. Wer am Wahltag mit einer falschen Voraussage dasteht, hat sich vor der Kundschaft blamiert.

Andere Insider weisen trotzdem auf die engen Verbindungen vieler Meinungsforscher zu einzelnen Parten hin. Hermann Brinkert vom Erfurter „Institut für neue soziale Antworten“ (Insa) wird mal zu viel Nähe zur CDU, mal zur AfD nachgesagt. Manfred Güllner, Chef der Berliner „Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen“ gilt vielfach als treuer SPD-Parteisoldat (Mitglied seit 1964), wehrt sich aber gerichtlich gegen solche Vorwürfe. Wer in den Zeitungsarchiven nachforscht, stößt trotzdem auf einen vielsagenden Artikel von Güllner. 1994 beschrieb der heute 75-Jährige für die „Woche“, wie Umfrageergebnisse korrigiert und geschönt werden. Natürlich galt diese Kritik damals ausschließlich der Konkurrenz. Heute sagen ihm die Mitbewerber nach, dass er die Wahltrends nicht untersuche, sondern kreiere.

Die Branche scheint derzeit ohnehin in vielen Ländern kreativer, als die Realität erlaubt. Ginge es nach den Voraussagen der US-Meinungsforscher, würde in Washington Hillary Clinton regieren. Die englischen Kollegen wiederum gaben dem Brexit keine Chance. Der Wähler hat ihnen gezeigt, dass er vielleicht nicht immer ein sympathischer Kerl, dafür aber ein ziemlich unabhängiger Kopf ist. *Frank Horns*



Forschungsobjekt, Machthaber und Manipulationsopfer: Bürger bei der Stimmabgabe Bild: pa

MELDUNGEN

Ausländer günstig versichert

Berlin – Nach neuer Rechtsauslegung können auch ausländische Studenten die günstige studentische Krankenversicherung der gesetzlichen Krankenkassen in Anspruch nehmen. Der Versicherungsschutz ist grundsätzlich bis zum 14. Fachsemester, längstens aber bis zur Vollendung des 30. Fachsemesters möglich. In besonderen Ausnahmefällen kann er sogar noch darüber hinaus verlängert werden. *J.H.*

Rundfunkbeitrag steigt deutlich

Mainz – Der Rundfunkbeitrag wird nach Einschätzung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) deutlich steigen. KEF-Vorstand Heinz Fischer-Heidelberger erklärte dem MDR, es sei eine Beitragserhöhung in einer „ungewohnten Größenordnung“ möglich. Zahlen könne man allerdings erst nennen, wenn man wisse, „was 2019/2020 auf dem Tisch“ liegt. Fischer-Heidelberger geht aber davon aus, „dass das auf jeden Fall über einem Euro Zusatzbeitrag liegen wird“. Man werde es in der nächsten Gebührenperiode nach 2020 wegen der steigenden Kosten „nicht hinbekommen, den Beitrag stabil zu halten“. Durch „Technikveränderungen, durch die Ausdehnung der Mediatheken und Telemedien“ gebe es zusätzliche Aufwendungen, die finanziert werden müssten. Bis 2020 beträgt der Rundfunkbeitrag 17,50 Euro monatlich pro Haushalt. ARD und ZDF müssen vor der neuen Beitragsperiode ihren Finanzbedarf der KEF melden. Diese macht dann den Ministerpräsidenten einen Vorschlag zur Beitragshöhe, über die schließlich die Landesparlamente entscheiden. *J.H.*

Erdbeben bei Leipzig

Seit zwei Jahren bebte es nicht mehr so stark in der Region

In der Nacht zum 29. April erschütterte ein Erdbeben der Stärke 3,0 auf der Richter-Skala den Großraum um Leipzig. Das Epizentrum lag in elf Kilometern Tiefe bei Kleinliebenau. Es handelte sich um das schwerste Beben in der Region seit zwei Jahren – nennenswerte Schäden wurden allerdings nicht gemeldet.

Derartige seismische Ereignisse sind keine Seltenheit im Gebiet Halle-Leipzig, da dieses am Anfang einer geologischen Störungslinie liegt, die bis Regensburg reicht. Deshalb kommt es auch im Vogtland und rund um Gera immer wieder zu Erdbeben. Weitere Gefahrenzonen auf dem Gebiet der Bundesrepublik sind die Kölner Bucht, die Schwäbische Alb bei Tübingen und der südliche Rheingraben. Deutschland liegt zwar mitten auf der Eurasischen Kontinentalplatte und somit weit weg von den Plattengrenzen, an denen die Erde am häufigsten bebt, jedoch sorgt der enorme Druck der Afrikanischen Platte auch für weiter nach Norden reichende Spannungen. Und die können zu recht starken Erschütterungen führen, wie der Blick in die Vergangenheit zeigt.

So gab es hierzulande bereits ein Erdbeben der Stärke 6,4. Dieses ereignete sich am 18. Februar 1756 im Raum Köln, Aachen, Jülich und Düren. Damals stürzten zahlreiche Gebäude ein und starben vier Menschen. Ähnlich schwer fielen die Beben von Albstadt-Ebingen am 16. November 1911 (Stärke 6,1) und bei Roermond in den Niederlanden aus (Stärke 5,9). Das letztere führte am 13. April 1992 auch auf der deutschen Seite der Grenze zu erheblichen Schäden.

> Wie sicher sind die Staudämme in der Risikoregion?

Nach Meinung von Paläoseismologen wie Christoph Grützner von der University of Cambridge sind in Nordrhein-Westfalen Erdbeben bis zu einer Magnitude von 7,0 auf der Richter-Skala möglich – wobei dann 30-mal mehr Energie freiwerden würde als bei Stärke 6,0. Das ergaben Untersuchungen an der Rurrand-Verwerfung bei Jülich. Hier fanden sich klare Hinweise auf ein solch verheerendes Ereignis vor 2500 bis 9000 Jahren. Wenn derartige Beben heutzutage im Großraum Köln aufträten, käme es nach Berechnungen der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft wohl zu Schäden bis in Höhe von 100 Milliarden Euro – von den zahllosen Todesopfern ganz zu schweigen.

Allerdings weiß niemand genau, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass dies je passiert. Der renommierte Geophysiker Ludwig Ahorner errechnete eine Wiederkehrperiode von 6,7-Beben in der Kölner Bucht von mindestens 18 000 Jahren.

Dennoch aber fragen sich die Experten derzeit verstärkt, wie sicher beispielsweise Kernkraftwerke, Chemieanlagen und Staumauern in den Risikoregionen nun wirklich sind. Reichen die Bauvorschriften in der momentan geltenden DIN EN 1998-1/NA:2011-01 tatsächlich aus? Immerhin erfolgte die Zuordnung von Orten zu den drei Gefährdungszonen unter anderem auf der Basis von historischen Berichten über frühere Erdbeben. Die reichen jedoch nur bis in die späte Römerzeit (5. Jahrhundert) zurück, was Irrtümer hinsichtlich der maximalen Stärke von Beben in einer Region in den Bereich des Möglichen rückt. *Wolfgang Kaufmann*

Eldorado für McKinsey

Bundesregierung gewährt den Beratern lukrative Aufträge

Das Unternehmen McKinsey soll laut einem Pressebericht dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) volle Tagessätze für reguläre Berater berechnet haben, obwohl in einigen Fällen tatsächlich nur Praktikanten zum Einsatz gekommen sind. Wie die „Bild am Sonntag“ berichtete, sollen drei Praktikanten für insgesamt 100 Tage falsch in Rechnung gestellt worden sein. Der Differenzbetrag beläuft sich demnach auf insgesamt rund 280 000 Euro.

Die Beraterfirma selbst spricht von einem Versehen und Einzelfällen. Nach Angaben eines McKinsey-Sprechers „wurden Teams um Praktikanten erweitert und in zwei Fällen versehentlich zum standardisierten Tagessatz abgerechnet – bei über 30 Projekten und mindestens 370 eingesetzten Personen“.

Der Verweis auf die Zahl von Projekten und Beratern deutet an, dass die Unternehmensberatung gut im Geschäft mit der Bundesregierung ist. McKinsey hat dem BAMF unter anderem bei der Optimierung des Asylprozesses und der Registrierung von Asylsuchern geholfen. Zudem hat das Beratungsunternehmen auch eine Studie zur schnelleren Rückführung abgelehnter Asylbewerber erstellt.

Relativ häufig ist der Name McKinsey in den letzten Jahren auch im Zusammenhang mit dem Bundesverteidigungsministerium genannt worden. Bereits vergangenes Jahr sorgten Pläne der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur Vergabe eines außergewöhnlich großen Beratungsauftrags für Aufsehen. Demnach sollen externe Berater die Rüstungsgeschäfte des Ministeriums effizienter machen. Im Zuge dieses Vorhabens hat der Haushaltsausschuss des Bundestages im März den ersten Teil eines 100-Millionen-Euro-Budgets freigegeben. An dem Projekt war im Vorfeld nicht nur wegen den hohen Kosten Kritik laut geworden. Spekuliert wurde auch, von der Leyen plane mit Hilfe der externen Berater eine Entmachtung des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung. Die Ministerin verteidigte ihr Vorhaben damit, dass in ihrem Ministerium und bei dem betreffenden Bundesamt rund 1400 Stellen nicht besetzt seien.

> Praktikanten wurden als reguläre Berater abgerechnet

Bereits im Jahr 2014 hatte die Berufung von Katrin Suder zur Staatssekretärin im Verteidigungsministerium für Aufsehen gesorgt: Suder war vor ihrem Wechsel beim Beratungsunternehmen McKinsey aktiv. Ebenfalls im Jahr 2014 war Gundbert Scherf von McKinsey ins Ministerium gewechselt. Die Rückkehr Scherfs zu McKinsey hat zu Warnungen vor drohenden Interessenkonflikten durch derartige Personalwechsel geführt. Scherf war als Beauftragter für nationale und internationale Rüstungsgeschäfte immerhin einer der wichtigsten Berater von der Leyens im Ministerium und verfügte damit über beträchtliche Insider-Kenntnisse.

Bereits im vergangenen Jahr ist eine generelle Kritik des Bundesrechnungshofes im Zusammenhang mit der Beratungspraxis bekannt geworden. Die Rechnungsprüfer bemängelten, die Bundesregierung würde zu häufig Beratungsunternehmen beauftragen und dabei auch immer wieder mit denselben Firmen zusammenarbeiten. Gewarnt wurde zudem vor der Gefahr einer Fremdsteuerung, „wenn einzelne Beratungsunternehmen ressortübergreifend immer wieder und gleichzeitig von Dienststellen des Bundes beauftragt werden“. *Norman Hanert*

Zeitzeugen

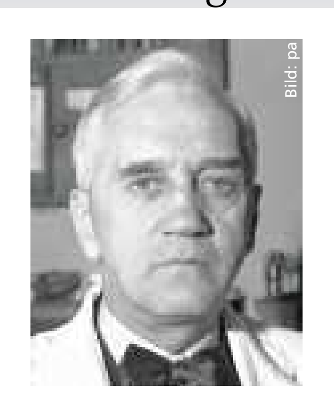
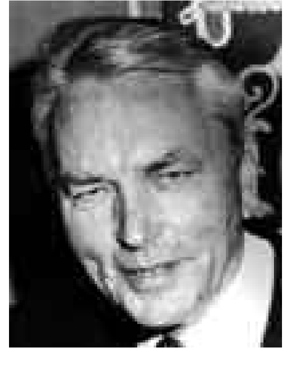


Bild: pa

Alexander Fleming – Für die Entdeckung des ersten Antibiotikums Penicillin erhielt der schottische Bakteriologe 1945 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin. Während der Verleihungszeremonie in Stockholm warnte Fleming eindringlich: „Die Zeit wird kommen, in der Penicillin von jedermann gekauft werden kann. Dadurch besteht die Gefahr, dass der Unwissende das Penicillin in zu niedrigen Dosen verwendet. Indem er die Mikroben nun nicht tödlichen Dosen aussetzt, macht er sie resistent.“

Thomas Löscher – Nach Ansicht des früheren Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Tropenmedizin und Internationale Gesundheit besteht keine erhöhte Gefahr für die „Allgemeinbevölkerung“ durch Infektionskrankheiten, die von Asylsuchern eingeschleppt werden. Das gelte, so Löscher, auch im Falle der Tuberkulose, weil hier nur selten multiresistente Bakterien im Spiel seien.



Hans Schadewaldt – Der frühere Düsseldorfer Medizinhistoriker und Präsident der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichte 1994 ein Buch mit dem Titel „Die Rückkehr der Seuchen“. Dessen Hauptaussage lautete: Viele der für überwunden gehaltenen Infektionskrankheiten existieren in der Dritten Welt fort und werden von dort aus wieder ihren Weg in die Industriestaaten des Westens finden.

Volkhard Kempf – Es stehe fest, dass durch Asylsucher verstärkt multiresistente Keime nach Deutschland kämen, meinte der Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Krankenhaushygiene am Universitätsklinikum Frankfurt am Main. Das dürfe aber nicht zu Panik führen oder gar „Fremdenhassern“ Argumente liefern. Schließlich gebe es ja auch Deutsche, die mit gefährlichen, weil nur schwer durch Antibiotika zu bekämpfenden Erregern infiziert seien.



Sally Claire Davies – In ihrer Eigenschaft als British Chief Medical Officer äußerte die Ärztin im amtlichen Jahresbericht zur öffentlichen Gesundheit von 2013, die Carbapenem-resistenten Enterobakterien (CRE) seien mittlerweile eine genauso große Gefahr für die Sicherheit Großbritanniens wie der Terrorismus.

Rückkehr der Seuchen

Asylsucher schleppen häufig Antibiotika-resistente Krankheitserreger ein

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über gefährliche „Superbakterien“ sowie „Killerkeime“. Und tatsächlich besteht hier eine Bedrohung – sogar in doppelter Hinsicht. Zum einen, weil nun längst überwunden geglaubte Seuchen zurückkehren, zum anderen wegen der zunehmenden Resistenz der Erreger.

Vermeintlich „mittelalterliche“ Krankheiten wie Pest oder Lepra starben nie völlig aus. Die Bakterien überlebten in vielen entlegenen Regionen der Welt und sorgten dort permanent für weitere Infektionen. Im Falle des „Schwarzen Todes“ resultierte dies daraus, dass immerhin 200 Säugetier- und 80 Floh-Arten Träger des Pest-Bazillus (Yersinia pestis) sind. Das blieb lange ein lokales Problem, bis sich dann durch Globalisierung, Tourismus sowie Migrationsbewegungen neue und bessere Ausbreitungsmöglichkeiten ergaben. So grassiert die Pest derzeit in Madagaskar und könnte von dort aus schnell per Linienflugzeug nach Europa gelangen. Ebenso präsent ist der „Schwarze Tod“ in Zentralafrika, Südost- und Mittelasien sowie einigen westlichen Bundesstaaten der USA, wo regelmäßig Menschen erkranken, darunter auch Urlauber.

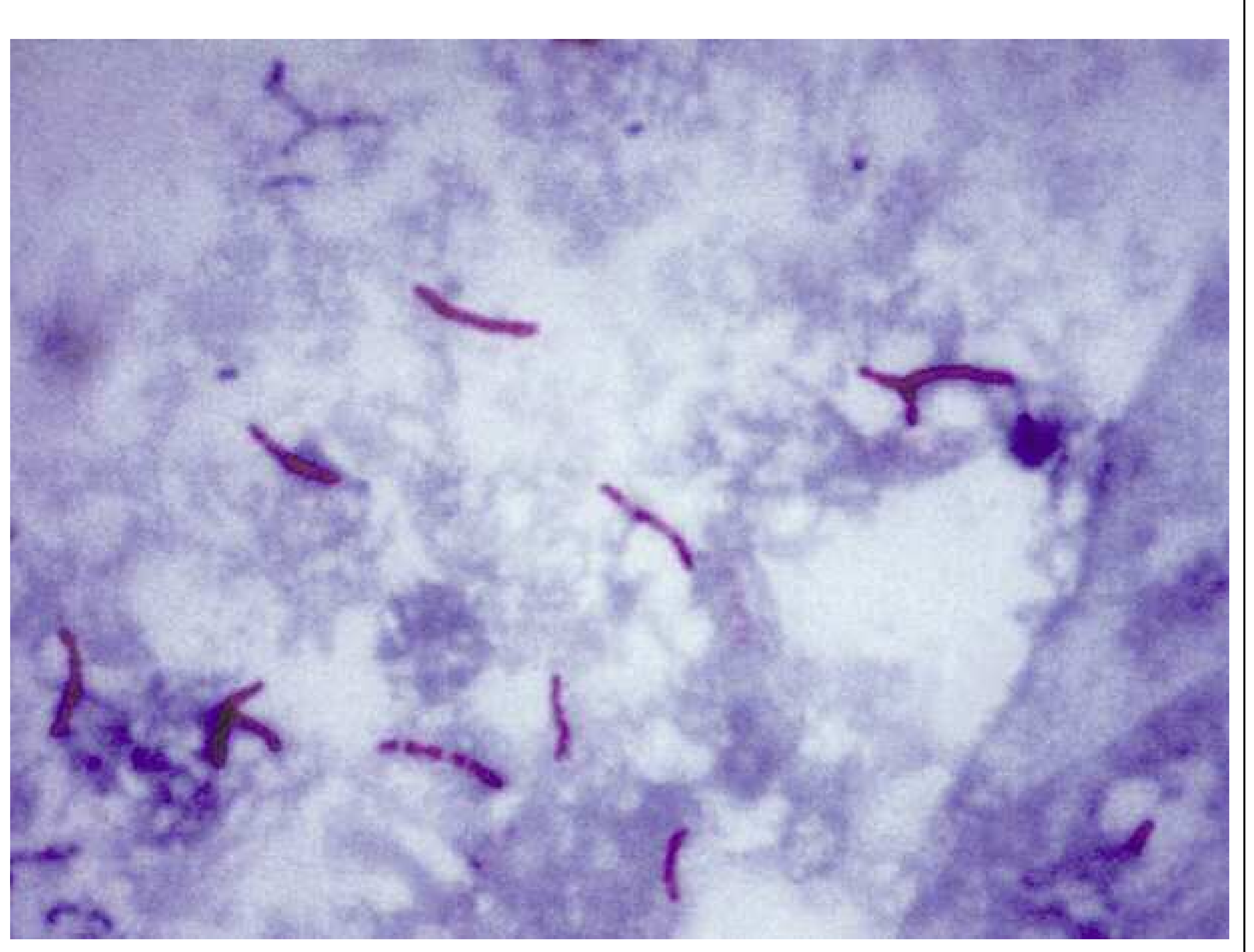
Die aktuell größte Gefahr geht aber von den Asylsuchern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus, die in Massen nach Europa strömen. In Deutschland werden die Neuankömmlinge zwar grundsätzlich bei der Erstaufnahme auf meldepflichtige Krankheiten untersucht, aber zahlreiche tauchen vor ihrer Registrierung ab. Obwohl sie nun allerlei ansteckende Leiden behandeln müssen, die bisher bloß in ihren Lehrbüchern vorkamen, spielen manche Mediziner das Problem auf ignorante Weise herunter. Man verfüge doch hierzulande über ein hervorragendes Gesundheitssystem und hochwirksame Medikamente, argumentieren sie.

Manche Mediziner spielen das Problem herunter

Dabei könnte sich zumindest letzteres sehr bald ändern, denn die Asylsucher bringen nicht nur altbekannte Keime mit, sondern auch erst kürzlich entdeckte Mikroben wie Carbapenem-resistente Enterobakterien (CRE). Gegen die hilft teilweise nicht ein einziges der derzeit verfügbaren Antibiotika, und sie sind zudem noch leicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Einige dieser Superkeime stammen aus den Abwässern asiatischer Pharmafabriken, wie kürzlich durch Recherchen deutscher Medien aufgedeckt wurde. Andere wiederum finden sich vor allem in Nordafrika und auf dem Balkan. Solche Erreger lauern dann im Organismus der Asylbewerber, die auf diesem Wege nach Deutschland gelangen. Das zeigen unter anderem Untersuchungen des Instituts für Medizinische Mikrobiologie der Universität Frankfurt am Main. In 61 Prozent der analysierten Proben von Asylsuchern aus Somalia, Syrien und Afghanistan entdeck-ten die Wissenschaftler multiresistente Bakterien – eine Quote, die sehr viel höher liegt als bei Menschen, „die schon länger hier leben.“

Hauptursache für das häufige Vorkommen solcher Keime bei Zuwanderern ist die falsche medizinische Behandlung im Herkunftsland. Oft werden dort nämlich billige, aber ungeeignete Antibiotika verabreicht, oder man bricht die Behandlung zu zeitig ab. Die Einschleppung multiresistenter Erreger könnte zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen, wenn auch so lebensgefährliche Mikroben wie das Pestbakterium immun gegen Antibiotika werden würden.

Wolfgang Kaufmann



Wenn er Antibiotika-resistent wird, droht eine Katastrophe: Der Erreger der Tuberlukose

Bild: CF

Jeder 2500. Asylbewerber leidet an Tbc

Die früher auch „Schwindsucht“ oder „Weißer Tod“ genannte Tuberkulose (Tbc) zählt zu den schweren bakteriellen Erkrankungen. Ihr fallen laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) etwa 1,5 Millionen Menschen pro Jahr zum Opfer. In Deutschland entfiel bis 2014 durchschnittlich ein Tbc-Fall auf 20000 Einwohner. Schon damals hatte jeder Zweite der Betroffenen einen Immigrationshintergrund. Meist stammten die Patienten aus Rumänien, der Türkei oder der Russischen Föderation.

Bei dieser im internationalen Maßstab vergleichsweise geringen Durchseuchung dürfte es aber nicht bleiben. Experten rechnen mit einem Anstieg der Tuberkulose-Infektionen hierzulande um die Hälfte, wie auf der 68. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie im September 2016 bekannt wurde. Verantwortlich hierfür sei, so die unmissverständliche Aussage des Professors Steffen Stenger von der Universität Ulm, der angewachsene Asylsucherzustrom. Das untermauern auch die aktuellen Zahlen, nach denen derzeit jeder 2500. registrierte Asylbewerber an Tbc leidet.

Besonders gefährliche Erreger

Doch damit nicht genug: Asylsucher tragen immer häufiger spezielle Stämme des Tuberkulose-Bakteriums in sich, die gegen die üblicherweise verwendeten Antibiotika wie Isoniazid oder Rifampicin resistent sind. Oft haben die von solchen Keimen Befallenen vorher in ägyptischen oder libyschen Krankenhäusern gelegen oder kommen vom Balkan. Weil sie langwierig und teuer ist, unterbleibt oft in ärmeren Staaten die Bekämpfung multiresistenter Formen des Tbc-Erregers mit Kombinationen von fünf Präparaten.

Dabei ist die sich durch Tröpfcheninfektion verbreitende Tuberkulose hochansteckend. Daher droht im Falle des Auftauchens von Tbc-Bakterien, die gegen alle Antibiotika immun sind, das Horrorszenario einer tödlichen Krankheit, die ebenso leicht wie Schnupfen von Mensch zu Mensch weitergegeben werden kann. *W.K.*

Gefahr aus der Tiefe

Resistenzen entstehen auch ohne menschliches Versagen

Gegen Antibiotika resistente Keime entstehen offenbar nicht nur durch den falschen oder übermäßigen Einsatz von Medikamenten in Landwirtschaft und Medizin, wie allseits vermutet wird. Das zeigen die sensationellen Funde am Grunde der 500 Meter tiefen Lechuguilla-Höhle bei Carlsbad im US-Bundesstaat New Mexico. Dort entdeckte ein Forscherteam unter Gerard Wright von der kanadischen McMaster University 2012 in bis dahin niemals betretenen Gängen vier Millionen Jahre alte Mikrobenstämme vom Typ Paenibacillus. Von denen waren drei gegen insgesamt 14 Antibiotika-Sorten immun.

Ähnliches gilt für die Erreger, die Wright im Jahr zuvor in Bohrproben aus dem Permafrostboden Alaskas fand, in den sie vor rund 30000 Jahren hinein gelangt sein müssen. Diese Mikroorganismen widerstanden sogar dem hochwirksamen Medikament Vancomycin, das erst 1954 synthetisiert wurde.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Fähigkeit von Bakterien, Antibiotika der verschiedensten Art zu neutralisieren, also schon seit ewigen Zeiten in deren Genen verankert – vermutlich als Folge des permanenten Kontakts mit keimtötenden Substanzen in der Natur.

Penelope Boston von der NASA spielte mit dem Feuer

Deshalb müssen Mediziner prinzipiell damit rechnen, dass, selbst wenn sie bei der Anwendung bewährter Antibiotika keine Fehler begehen, es passieren kann, dass der zu bekämpfende Erreger plötzlich doch eine Resistenz gegen das Medikament entwickelt. Vor diesem Hintergrund verbieten sich Experimente, wie sie kürzlich von der NASA-Mitarbeiterin Penelope Boston durchgeführt wurden. Die Direktorin des Astrobiologischen Instituts der US-Raumfahrtbehörde hatte in den gigantischen Gipskristallen der Naica-Höhlen im mexikanischen Bundesstaat Chihuahua bis zu 50000 Jahre alte, anscheinend abgestorbene Mikroben gefunden und im Labor zu neuem Leben erweckt. Was könnte nicht alles passieren, wenn aufgrund derartig riskanter Aktionen noch mehr Keime mit unbekannten und vielleicht auch gefährlichen Eigenschaften wie eben Antibiotika-Resistenz in Umlauf gelangen würden? *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Cyberkriminalität im Kuhstall

In Brandenburg nutzen Viehdiebe zunehmend die EDV der Betriebe zur Vorbereitung ihrer Taten



Eines wie das andere? Selbst ein erfahrener Landwirt kann nicht auf den ersten Blick erkennen, welches ein besonders wertvolles Tier ist

Bild: Imago

Brandenburgs Landwirte leiden bereits seit dem Wegfall von Grenzkontrollen an Oder und Neiße unter dem Diebstahl von Traktoren und anderem landwirtschaftlichen Gerät. Nun kommt auch noch eine Welle von Viehdiebstählen hinzu.

Erst vor wenigen Wochen ist es zwischen Brandenburgs Forschungsministerin Martina Münch (SPD) und Brandenburgs Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel zu einem bemerkenswerten Schlagabtausch gekommen. Die Ministerin hatte sich beim Besuch des Leibnitz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung sehr entschieden für eine Digitalisierung in der Landwirtschaft ausgesprochen: „Wir haben in der Landwirtschaft so viele Daten, wollen gute Erträge und hervorragende Lebensmittel produzieren. Da braucht es die Digitalisierung, um alles zusammenzubringen, um es zu analysieren und optimal zu steuern.“

Kiesel sprach angesichts des Optimismus der SPD-Ministerin spöttisch von einer „Osterhasengeschichte“ und konterte: „In Zeiten, wo jeder Schüler ein Smartphone und jeder zweite Rentner einen Laptop besitzt, finde ich es nicht besonders aufregend, wenn auch in der Landwirtschaft digitale Technik angewendet wird.“ Aus Sicht Kiesels stellt die Digitalisierung bestenfalls ein Hilfsmittel dar, das „Naturbeobachtung, Wissen und Erfahrung des Bauern“ nicht einmal ansatzweise ersetze. Kiesel verwies zudem noch auf eine Gefahr im Zusammenhang mit der Digitalisierung: „Wir müssen aufpassen, dass wir über die EDV nicht in Abhängigkeit von wenigen landtechnischen Anbietern geraten und noch mehr, dass nicht von außen zugegriffen werden kann.“

Inzwischen kann sich der Landwirt mit seiner Befürchtung bestätigt sehen. Bei den Ermittlungen gegen die bandenmäßig organisierten Viehdiebe in Brandenburg ist nun auch der Verdacht von Cyberkriminalität aufgekommen. Gegenüber dem Sender RBB erklärte Ingo Decker, der Sprecher des Brandenburgischen Innenministeriums: „Wir haben die Vermutung, dass die Einbrecher Zugriff auf die EDV haben. Die Diebe müssen sehr gut informiert sein.“ Hintergrund dieser Vermutung ist der Umstand, dass die Täter oftmals besonders hochwertige Tiere oder Zuchtbullen zielgerichtet ausgesucht und abtransportiert haben. Die Viehdiebe könnten sich daher zuvor Zugriff auf die IT-Systeme der Landwirtschaftsbetriebe verschafft haben, um Daten zu Abstammung, Alter, Leistung und Gesundheitszustand der Tiere auszuspionieren.

Die Ermittler vermuten, dass die gestohlenen Tiere in Richtung Osteuropa gehen. Ohne die entsprechenden Abstammungspapiere sind die Zuchttiere in Deutschland und wahrscheinlich auch in weiten Teilen der übrigen EU ohne Wert. Zudem ist neben Brandenburg bislang nur Mecklenburg-Vorpommern von den gut organisierten Raubzügen durch Ställe und Weiden betroffen, was ebenfalls auf einen Abtransport in Richtung Osten hindeutet. Bereits im März hatte Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke davon gesprochen, dass die Ermittler „eine Tätergruppe im Raum Stettin im Visier“ hätten.

Täter suchen sich nur hochwertige Tiere aus

Auch auf ukrainischen Märkten sollen Rinder aus Brandenburg zum Verkauf angeboten worden sein. In den Blick der Brandenburger Polizei sind zudem Weißrussland und das Baltikum geraten.

Die Zahl der Viehdiebstähle war nach Angaben des brandenburgischen Innenministeriums zu Beginn des Jahres stark angestiegen. Die Statistik wies bis Mitte März schon 310 gestohlene Rinder aus. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 ging es um insgesamt 180 Rinder. Laut Landesbauernverband Brandenburg (LBV) liegt der Schaden bei den betroffenen Betrieben bereits im sechsstelligen Bereich. Für die Landwirtschaft in Brandenburg scheinen die Schäden insgesamt gering zu sein, für betroffene Landwirte kann dies allerdings anders aussehen, zumal die Schäden oft höher als die Versicherungssummen sind.

Der starke Anstieg der Diebstahlzahlen in diesem Jahr war der Anlass, beim Landeskriminalamt die Sonderkommission (Soko) „Koppel“ einzurichten. Nach Angaben der Ermittler hat es seit Bildung der Soko keine weiteren Viehdiebstähle mehr gegeben.

Ob dieser Effekt anhält, bleibt abzuwarten. Möglicherweise warten die Täter nämlich nur ab, bis die öffentliche Aufmerksamkeit wieder etwas abflaut. Offenbar haben nicht nur hiesige Medien das Thema aufgegriffen, sondern auch Journalisten und Behörden aus Osteuropa zeigen Interesse. Brandenburgs Innenministerium und der Landesbauernverband wollen nun mit einem Paket von Maßnahmen für Sicherheit im ländlichen Raum sorgen. Die Polizei will dem Verband dabei auch Beratung zur technischen Prävention sowie Schulungen zur IT-Sicherheit anbieten. Brandenburgs CDU hat sich bereits im April für eine Ausweitung der Schleierfahndung im ganzen Land ausgesprochen, um den Druck auf die Diebesbanden zu erhöhen und schnelle Ermittlungserfolge zu erzielen. *Norman Hanert*

Schrott-Boulevard

Von Theo Maass

Kunst ist Geschmackssache. Mancher Kunstliebhaber hängt sich Nachbildungen von Adolph von Menzel ins Wohnzimmer, ein anderer bevorzugt Pablo Picasso. Wohlhabende Zeitgenossen sammeln ihre Lieblinge im Original, und wenn sie einen Hang zur Gemeinnützigkeit haben, dann machen sie ihre Sammlung in einem Museum der Öffentlichkeit zugänglich. Erst im Januar 2017 eröffnete in Potsdam das Museum Barberini mit der Sammlung des Stifters und Mäzens Hasso Plattner.

Staatlicherseits besteht mitunter der Drang zur volkspädagogischen Zwangsbeglückung. Künstler, deren Werke keine privaten Käufer und Freunde finden, freuen sich darüber, wenn öffentliche Stellen für teures Geld ihre Arbeiten ankaufen. Dies gilt besonders dann, wenn der Künstler „gesellschaftliche Anliegen“ propagiert.

Eines dieser Beispiele sind die beiden Cadillacs, die ein ansonsten wenig bekannter Bildhauer mit Namen Wolf Vostell 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin an der Autobahnauffahrt Halensee am Ku'Damm aufbauen durfte. Sein erzieherischer Ansatz war die Kritik am „24-stündige(n) Tanz der Autofahrer ums Goldene Kalb“. Wohlgefällig ruhten die Augen des damaligen Stadtentwicklungssenators Volker Hassemer (CDU) auch auf anderen Exponaten des von ihm angestoßenen „Skulpturenboulevards“, der im Volksmund rasch den respektlosen Beinamen „Schrottausstellung“ erhielt.

Jahre später beschimpfte eine Berliner Zeitung die Kritiker des „Skulpturenboulevards“ als keifende Spießer und Provinzler. Gerade gegen Vostells Cadillacs formierte sich jedoch schon 1987 breiter gesellschaftlicher Widerstand, der sich darin ausdrückte, dass wohlhabende Teilnehmer eines Stammtischs gegenüber einen teilweise in Beton umrahmten Trabi aufstellen ließen, in dem Puppen von Gorbatschow und Reagan zu sehen waren. Dieses Werk fand viel Zustimmung. Nach der Wiedervereinigung der Stadt wurde der Trabbi weggeräumt, während Vostells „gesellschaftlich wertvolles“ Werk stehen bleiben durfte. Es vergammelte zusehends und wurde daher jüngst restauriert.

Angeblich sind die Bürger inzwischen „einsichtig“ geworden. Vostells Betonklotz sei inzwischen populär und ein „Wahrzeichen Berlins“, heißt es. Ich weiß nicht, wie die Kulturredakteure der schwindsüchtigen Berliner Tageszeitungen zu solchem Urteil gelangen.

Anstatt über den „Autowahnsinn“ belehrt zu werden, wünscht man sich den Trabi mit Gorbatschow und Reagan an den alten Standort zurück. Frieden und Verständigung zwischen Russland und den USA erscheinen mir wichtiger als wohlfeile Autofahrerkritik auf Kosten der Steuerzahler.

Radeln statt fliegen

BER miserabel angebunden – SPD amüsiert mit bizarrem Vorschlag

Die Verkehrsanbindung des im Bau befindlichen Flughafens BER ist nach dem Stand der Planungen völlig unzureichend. Obwohl zurzeit der deutschen Teilung die West-Berliner U-Bahn Linie 7 fast bis zum Stadtrand gebaut wurde und eine Verlängerung kostengünstig in offener Bauweise möglich wäre, haben die Verantwortlichen bei der Anlage des 636 Millionen Euro teuren unterirdischen Flughafenbahnhofs die U-Bahn-Gleise „vergessen“. Eine Buslinie soll nun die Fluggäste vom BER zur U-Bahn-Station Berlin-Rudow bringen.

So bleibt den Ankömmlingen noch die Möglichkeit einer Fahrt mit der S-Bahn oder den Zügen der Regionalbahn. Die Strecken S 9 und S 45 erschweren die Erreichbarkeit des Flughafens für Berliner aus dem Süden, dem Westen und dem Norden der Stadt enorm. Die Linie S 45 endet im Zentrum der Stadt, während die S 9 Pankow im Osten anfährt. Alle zehn Minuten soll ein S-Bahn-Zug fahren.

Die Regionalbahnen RB 14 (Nauen–BER) und RB 22 (BER–Potsdam) bieten wenig Abhilfe. Der Verlauf der geplanten Regionalexpress-Linien 9 und 7

U-Bahn-Gleise wurden einfach »vergessen«

steht noch nicht einmal fest, und wird wohl erst nach Eröffnung des Flughafens beschlossen. Nach der späteren Fertigstellung der Bahnstrecke über Berlin-Lichtenrade nach Erfurt soll dann nur noch der RE 9 den Flughafen anfahren und in Berlin-Gesundbrunnen enden. Fast alle Reisenden müssten dann mindestens einmal umsteigen. Berlins Verkehrs-Staatssekretär Jens-Holger Kirchner (Grüne) findet in all dem umständlichen Durcheinander der kein Problem: „BER ist verkehrstechnisch gut angebunden.“

Eine völlig neue Idee zur Abwicklung des Flugzeug-Urlaubsverkehrs hat die Berliner SPD in die Debatte eingeführt. Ihr Fachausschuss Verkehr will auf dem Landesparteitag am 20. Mai einen Antrag einbringen, wonach der Luftverkehr von und nach Berlin an den vorhandenen Mangel angepasst werden soll.

Und wie? Die Genossen empfehlen den Berlinern, mit dem Fahrrad in Urlaub zu fahren statt wegzufliegen. Das sei aus „finanziellen, klimapolitischen und Lärmschutzgründen“ geboten. Kurzstreckenflügen unter 600 Kilometer sehen die Genossen kritisch, stattdessen sollten besser Bahn und Bus genutzt werden. Selbst auf der Leserbriefseite des linksliberalen „Tagesspiegel“ erntete die Partei Hohn und Spott für diese Überlegungen. *Hans Lody*

BVG warnt vor Lücken

Berlins U-Bahn weicht auf Uralt-Wagen aus den 50ern aus

Die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) warnt davor, dass es im Bereich der Fahrzeuge zu einer „Versorgungslücke“ kommen könne, wenn sich die Beschaffung neuer Vehikel weiter verzögern sollte. Der Mangel betrifft Busse, Straßenbahnen und U-Bahn-Züge gleichermaßen, ist aber bei der U-Bahn besonders prekär.

Auf der bisher vom übrigen Netz isoliert betriebenen Linie 55 – hochtrabend auch „Kanzler-Linie“ genannt – kommen seit 2016 Uralt-Wagen zum Einsatz. Sie wurden in den Jahren 1956 bis 1965 beschafft und von 1999 bis 2004 eigentlich ausgemustert.

Anfang des Jahres gab die BVG bekannt, bis 2035 immerhin 1000 neue U-Bahn-Wagen beschaffen zu wollen. Die Probleme der Verkehrsbetriebe sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Einwohnerzahl Berlins ist seit 2012 um rund 200 000 angestiegen. 1,045 Milliarden Fahrgäste hat die BVG 2016 befördert – 35 Millionen mehr als im Vorjahr. Da die Verkehrsbetriebe nicht kostendeckend arbeiten können, erhält das landeseigene Unternehmen einen Zuschuss aus dem Landeshaushalt von etwa 419 Millionen Euro.

Gegenüber London oder Paris fällt die Stadt weit zurück

Die Gründe für die Misere reichen weit zurück. Der frühere rot-schwarze Senat hat wenig für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur getan, die neue rot-rot-grüne Landesregierung schikaniert mehr oder weniger ungeniert den motorisierten Individualverkehr und ist allenfalls bereit, einige Straßenbahnlinien zu verlängern. Im Bau ist zurzeit lediglich der weitgehend aus Bundesmitteln finanzierte Lückenschluss zwischen der Linie U 55 und dem bisherigen Endpunkt der Linie 5 am Alexanderplatz. Im Vergleich zu London und Paris ist das Berliner U-Bahn Netz schwach ausgebaut.

Die BVG betreibt rund 600 Straßenbahnwagen. Knapp die Hälfte stammt noch aus der DDR und müsste dringend ersetzt werden. Ab 2020 sollen 220 neue Wagen angekauft werden. Da aber einige Neubaustrecken vorgesehen sind, ist es nicht möglich, alle Uralt-Wagen zu ersetzen.

Die BVG verfügt über etwa 1300 Busse, davon 400 „große Gelbe“ (Doppeldeckerbusse), und hat weitere 118 angemietet. Hier erfolgte bisher eine kontinuierliche Erneuerung des Bestands. Die Doppeldecker baut der schwedische Anbieter Scania, die neuen Eindecker der niederländische Busbauer VDL. Im kommenden Jahr wird die BVG einen ausschließlich elektrisch betriebenen Bus erproben. *H.L.*

MELDUNGEN

IGFM kritisiert Ankara scharf

Frankfurt/M. – Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wirft der Türkei vor, ihre Luftangriffe im Nordirak auch gegen jesidische Zivilisten zu richten. Nach Angaben der IGFM sind die Zielgebiete ganz überwiegend von Kurden bewohnt, unter ihnen die überlebenden kurdischen Jesiden, die dem Völkermord des Islamischen Staates entgangen sind. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin kritisiert: „Die Luftschläge der Türkei bringen nicht nur die zivilen Opfer des ‚Islamischen Staates' in unmittelbare Gefahr, sie richten sich auch gegen die wichtigsten und erfolgreichsten Gegner der Islamisten: die kurdischen Einheiten in Nordsyrien und im Nordirak." Bereits Mitte März hatte die UNO der türkischen Regierung schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Kurden im eigenen Land vorgeworfen. *J.H.*

Deutsche weiter benachteiligt

Preßburg – Slowakische Bahnhöfe erhalten jetzt ab einem örtlichen Bevölkerungsanteil der Minderheiten von 20 Prozent zweisprachige Namen. Dies hat Verkehrsminister Árpád Érsek von der Ungarnpartei Hid angeordnet. Frühere Versuche einer solchen Berücksichtigung der Belange der Minderheiten scheiterten an einer weithin rigiden Haltung gegenüber den Minderheiten. Die besteht zum Teil weiter fort, denn nach der neuen Regelung kommen zwar die Ungarn und Ruthenen zu ihrem sprachlichen Recht, nicht aber die Deutschen: Eine Berücksichtigung größtenteils aus dem Land vertriebener Minderheiten sieht die Verordnung nämlich nicht vor. *T.W.W.*

Ungewöhnliche Allianz in Libyen

Hinsichtlich des nordafrikanischen Landes sind sich Russland und die EU einmal einig

Es ist nicht mehr als ein Hoffnungsschimmer für ein am Boden liegendes Land, dem eine Schlüsselrolle in der Asylkrise zukommt. Die verfeindeten Parteien Libyens sprechen wieder miteinander, und eine seltene Allianz aus Russland und EU bemüht sich um eine friedliche Lösung.

Derzeit leben in dem nordafrikanischen Wüstenstaat, der fast fünfmal so groß ist wie Deutschland, neben den rund 6,3 Millionen Einwohnern auch noch rund eine Million Immigranten, die auf die Gelegenheit zur Weiterreise nach Europa warten. Dem Land geht es wirtschaftlich sehr schlecht. Nach dem Sturz von Diktator Muammar al-Ghaddafi im Jahr 2012 herrscht ein Bürgerkrieg. Die Inflation beträgt mehr als zwölf Prozent. Das Land lebt fast ausschließlich von Ölexporten, um deren Verteilung verfeindete Milizen und Regierungsanhänger streiten.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hatte den UN-Sicherheitsrat Mitte April vor einer Eskalation des Konflikts gewarnt. In einem Bericht an das Gremium schrieb der Portugiese, der Islamische Staat (IS) kontrolliere zwar kein Gebiet mehr in Libyen, würde aber weiterhin Anschläge ausüben. Die neu aufflammenden militärischen Auseinandersetzungen und Kämpfe in den Regionen mit Erdöl seien zudem alarmierend. „Das Grundproblem ist, dass es ein Kampf um Öl, um Macht und Geld ist", erklärt der Sondergesandte der Vereinten Nationen, Martin Kobler, gegenüber dem „Handelsblatt". Seit dem Sturz Ghaddafis herrsche Anarchie und Chaos. „Die Einheitsregierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch hat kaum Kontrolle über die Hauptstadt hinaus", sagt der gebürtige Stuttgarter. Im Osten des Landes, dort wo sich die wichtigsten Öl-Häfen befinden, habe das Abgeordnetenhaus eine Gegenregierung ausgerufen. Das Gebiet stehe unter Kontrolle eines der einflussreichsten Militärs in Libyen: General Chalifa Haftar.

Jahrelang haben die Waffen gesprochen und die Politiker geschwiegen. Bis zur vergangenen Woche. Der Ministerpräsident und der einflussreiche General seien in Abu Dhabi auf neutralem Boden zusammengekommen, teilte ein Sprecher der international

Seit Anfang des Jahres mischt auch Russland in dem Land mit, dessen langjähriger Diktator Ghaddafi einst der Lieblingsfeind der USA war. Vor rund zwei Monaten traf sich der Chef des russischen Öl-Konzerns Rosneft mit dem Chef der libyschen Erdölgesellschaft und unterschrieb ein Kooperationsabkommen. Die libysche Zentralbank, die von der Regierung im Osten kontrolliert wird, hat Russland mit dem Druck von frischem Geld beauftragt. Neben wirtschaftlichen Interessen gehe es Russland aber auch um die Sicherheit des guten Partners Ägypten, das direkt an das Bürgerkriegsland grenzt, erklärte der russische Sicherheitsexperte Maxim Suchkow gegenüber westlichen Medien. Dabei habe Russland auch seine eigenen Interessen in Nordafrika, erklärt Suchkow, der für das Russian International Affairs Council tätig ist. „Das hat vor allen Dingen damit zu tun, wie Russland über die ganze Region denkt." Eine Russland freundlich gesinnte Führung in Libyen könne Teil einer von Russland dominierten Achse Damaskus–Kairo–Tripolis werden.



Bild: pa

„Das Grundproblem ist, dass es ein Kampf um Öl, um Macht und Geld ist": Raffinerie in Libyen

anerkannten Regierung im libyschen Tripolis der Deutschen Presse-Agentur (DPA) mit. Durch das Treffen sollte eine Lösung für den politischen und wirtschaftlichen Stillstand in dem zerrütteten Bürgerkriegsland gefunden werden. Arabische Medien sprachen gar von „weitgehenden Zugeständnissen", doch dieser Frieden erscheint brüchig.

Denn die Russen haben noch eine Rechnung offen. Durch den Sturz Ghaddafis soll Moskau Rüstungsverträge im Wert von mehreren Milliarden Dollar verloren haben.

Doch dem Westen ist die russische „Einmischung" diesmal gar nicht so unrecht. „Ich bin sehr froh, dass die Russen einen guten Einfluss auf General Haftar haben", sagt UN-Diplomat Kobler.

Die Europäische Union blickt seit Langem mit Sorge auf den nordafrikanischen Staat. In Europa bestehe zwar großes Interesse, mit Libyen zusammenzuarbeiten, gleichzeitig gebe es aber Befürchtungen, dass Hilfslieferungen in falsche Hände geraten könnten. „Stabile Verhältnisse sind das Wichtigste", erklären UN-Mann Kofler und der russische Außenexperte Maxim Suchkow unisono.

Davon ist man allerdings noch weit entfernt. Hilfsorganisationen berichten von einem regelrechten Sklavenmarkt. Es gebe keine Regeln, die Schleppern Einhalt gebieten, sagte der Immigrationsexperte Leonard Doyle gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit". Das Bürgerkriegsland gilt als wichtigstes Drehkreuz für afrikanische Immigranten auf dem Weg nach Europa. Nach Angaben der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind allein dieses Jahr

> »Stabile Verhältnisse sind das Wichtigste«

schon fast 28 000 Menschen von Libyen aus nach Italien gelangt.

„Das ist ein Anstieg um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum", sagte Frontex-Chef Fabrice Leggeri der „Passauer Neuen Presse". Asylsucher aus anderen Ländern werden von Milizen entführt und festgehalten. „Die Milizen nehmen ihnen das restliche Bargeld ab, alle Wertsachen und Papiere. Einige werden auf der Stelle erschossen. Die anderen werden zur Ware der Menschenhändler", so Doyle. Die Immigranten seien für viele Libyer eine wichtige Einkommensquelle geworden. Nun bemüht sich eine seltene Allianz aus Russland und EU um eine friedliche Lösung. UN-Mann Kofler spricht von „einem Pulverfass". Wenn die Situation eskaliere, käme eine Asylsucherwelle auf Europa zu, die destabilisierende Wirkung entfalten könnte. *Peter Entinger*

Teure Scheidung

EU und Brexit – eine sich ausweitende Geldfrage

Der Ton um den baldigen EU-Austritt der Briten wird rauer. Jetzt geht es beiderseits fast nur noch um Geld. Ohne Einigung steht ein Streit um höhere Beiträge für alle Noch-EU-Staaten bevor.

Resteuropa hat seine Verhandlungslinie Ende April binnen Minuten abgesteckt: Die Briten sollen für ihren EU-Austritt zahlen, die Vorzüge von EU-Bürgern auf der Insel erhalten bleiben. Die Briten stellen sich quer. Der zuständige britische Minister für den „Austritt aus der Europäischen Union", David Davis, sagt, man werde keine 100 Milliarden Euro zahlen, wie heimische Medien spekulierten. Was zu zahlen sei, werde bei den Verhandlungen geklärt und nicht in Brüssel. Ende Mai müssen die 27 anderen EU-Staaten erneut über ein ausführliches Verhandlungsmandat der EU-Kommission abstimmen. Beim jüngsten Treffen zeigten sie vordergründig Einigkeit.

Wenn die britische Premierministerin Theresa May sich bei den von ihr anberaumten Neuwahlen ein stärkeres Mandat für Verhandlungen um den Brexit holt, wird die Ratlosigkeit in Brüssel zunehmen. Die Unterhauswahlen am 8. Juni bestimmen, auf welche Härten die 27 Staaten sich einstellen müssen. Die Briten haben das Heft des Handelns in der Hand und haben alle vorigen Gespräche mit Verweis auf die Wahl beendet. May kündigt bereits an, sie könne eine „verdammt schwierige Frau sein". Brüssel arbeite mit Drohungen, so May. Kann sie mit dieser Deutung daheim punkten, dann gilt ihr eine breitere Mehrheit im Parlament als sicher. Der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker bestätigte im Gegensatz zu Davis 60 Milliarden Euro als „konkrete Forderung" an die Briten, deren Höhe bereits

> »Wir zahlen nicht«, lautet das Credo vieler EU-Staaten

feststehe. EU-Chefunterhändler Michel Barnier wiegelte ab, er könne die Zahlungsverpflichtungen der Briten nicht beziffern. Es gehe nicht um „Bestrafung", vielmehr müssten „Konten ausgeglichen werden".

Wenn das im Haushalt der Europäischen Union verplante Geld von der Insel nicht fließt und das Konto nicht ausgeglichen wird, dann hat Brüssel viele neue Probleme. In einigen EU-Staaten sind Debatten um die zusätzlichen Brexit-Lasten im Gang. Der Tenor ist eindeutig: „Wir zahlen nicht!" Österreichs Bundeskanzler Christian Kern sagte begleitend zur demonstrativen Einigkeit, sein Land wolle keine höheren EU-Beiträge leisten.

Noch stehen die Regierungen hinter dem EU-Unterhändler, ohne Geld gerät der ganze EU-Haushalt aus den Fugen. Beispielsweise hat die Slowakei zwei Ziele im Brexit formuliert, welche den Status ihrer Bürger und die britische Zahlungspflicht betreffen. Zwingen kann Brüssel die Briten kaum: Versucht die EU es, kommt der harte Brexit. Ohne Einigung in dem auf März 2019 begrenzten engen Zeitfenster für den Austritt hat die EU noch mehr zu verlieren: Die Wirkung auf Warenverkehr und Zölle, Unternehmen und Finanzmärkte ist kaum kalkulierbar. Die Annehmlichkeiten für über drei Millionen EU-Bürger im Vereinigten Königreich, gemeinsame Förderprogramme, die gemeinsame Haftung für Schulden und die Pensionen für EU-Beamte wären verloren.

Bisherige Gewinner der Umverteilung in der EU wird der versiegende Geldstrom besonders hart treffen: Polen, Griechenland, Ungarn, Spanien, Portugal und Rumänien, Tschechien, die Slowakei, Bulgarien sowie Litauen bilden dabei die obersten Zehn. *SG*

Schluss mit Muhammad!

China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xingjiang

Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.

Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den „religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen. China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt: So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.

„Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Pro-

> Der IS hat sich im Riesenreich schon längst breitgemacht

zent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das „Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.

In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat „Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjiangs Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt. Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staatlichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.

Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.

Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das größte Land der Erde erfasst. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, dass in „China bald ein Blutstrom strömen wird". *Bodo Bost*

Voller Brotkorb

Ein Schuss, der nach hinten losging – Europas Sanktionen machen Russland zur Agrar-Supermacht

Für die Landwirtschaft der Russischen Föderation war der Lebensmittelboykott, den der Kreml als Gegenmaßnahme auf die europäischen Sanktionen von 2014 verhängt hat, ein wahrer Segen. Er hat der einheimischen Landwirtschaft einen solchen Aufschwung beschert, dass Russland zur neuen Agrar-Supermacht werden konnte.



Profiteur des Aufschwungs der Landwirtschaft: Der in Russland tätige deutsche „Milchbaron“ Stefan Dürr Bild: pa

Russland hat nach dem Importverbot für landwirtschaftliche Produkte seine eigene Agrarproduktion deutlich gesteigert, weil es seit dem Embargo von 2014 auf Selbstversorgung gesetzt hat. Die Steigerung war so imposant, dass bei bestimmten Getreidesorten, wie Roggen und Weizen, das Land heute sogar weltweit führend ist. 120 Millionen Tonnen Weizen hat das Land allein im vergangenen Jahr geerntet. Damit wurde es Spitzenreiter in der Welt vor China und Indien, wie aus den Daten des russischen Statistikamts Rosstat hervorgeht.

Beim Roggen hat Russland Deutschland auf den zweiten Platz verwiesen. Innerhalb weniger Jahre ist Russland vor allem dank des Weizens zu einer Agrar-Supermacht aufgestiegen. Der Weizenertrag ist der höchste seit dem Ende der Sowjetunion. Das Land macht jetzt sogar den US-Amerikanern und Europäern Marktanteile in Asien, Südamerika und Afrika streitig.

Russland besitzt mit zirka 120 Millionen Hektar ein knappes Zehntel der Flächen, die weltweit für den Ackerbau genutzt werden können. Auf diesen Flächen erzielte das Land nach jüngsten Schätzungen einen Anteil von gut acht Prozent an der weltweiten Weizenproduktion. Mittlerweile liegt der Grad der Selbstversorgung Russlands bei landwirtschaftlichen Gütern um die 95 Prozent.

Die US-Farmer, die einstmals fast die ganze Erde ernährten, sind überholt worden. Seit den 1970er Jahren sind die US-Ausfuhren von Mais, Soja und Weizen um die Hälfte geschrumpft. Russlands Weizenexporte sind dagegen in den letzten zehn Jahren um 60 Prozent gestiegen. Der Export von Mais, der weltweit eine immer wichtigere Rolle in der Nahrungskette einnimmt, hat sich sogar verdreifacht, wie aus einer Statistik des US-Agrarministeriums hervorgeht.

Russland generiert heute durch Agrarexporte bereits mehr Einnahmen als durch Waffenverkäufe. Die Sanktionen für landwirtschaftliche Produkte haben in der Landwirtschaft zu dem geführt, was die Industrie seit der sogenannten Wende verpasst hat, nämlich zu einer Modernisierung der Produktion und zu einer Anpassung an die internationalen Märkte. Die Rubel-Abwertung hat die russische Landwirtschaft dabei zusätzlich gestützt, denn dadurch sind Russlands Exporte günstiger geworden. Importe von Weizen, Gemüse oder Fleisch benötigt Russland jetzt keine mehr.

Die Produktionssteigerung der eigenen Landwirtschaft war so groß, dass es zu einem Zulauf der Oligarchen aufs bäuerliche Land geführt hat. Landwirtschaft ist plötzlich „in“ in dem von der Fläche her größten Land der Erde. Oligarchen investieren jetzt auch in die Landwirtschaft. Zu den neuen Gutsherren zählt zum Beispiel der Ölmagnat Gennadi Timtschenko, der wegen der Sanktionsliste des Westens seine Aktivitäten wieder nach Russland verlagert hat. Seit knapp zwei Jahren baut er in einem russisch-französischen Joint-Venture-Projekt großflächig Obst im fruchtbaren Gebiet Krasnodar am Schwarzen Meer an. Und der russisch-usbekische Oligarch Iskander Machmudow, der bislang in der Kohleförderung, Buntmetallerzeugung und im Rüstungssektor tätig war, lässt jetzt auf mehr als 35 000 Hektar Milch, Fleisch und Obst erzeugen.

> Die Landwirtschaft ist der einzige Sektor in der Russischen Föderation, der stetig wächst

Unter die Agrarunternehmer hat sich auch Sergej Adonjew begeben, der Glashäuser baut, in denen er Gemüse produziert. Selbst ehemalige und noch aktive Provinzgouverneure haben die Landwirtschaft inzwischen für sich entdeckt.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft hatte in der Sowjetunion nicht die erwartete Produktionssteigerung erzielt und aus Bauern Proletarier gemacht. Deshalb hatte die UdSSR aus den Kolchosen regelrechte Super-Kolchosen, landwirtschaftliche Fabriken gemacht. Auf diese konnten die Oligarchen jetzt bei der Modernisierung der Landwirtschaft auf Präsident Wladimir Putins Befehl aufbauen.

Der Importboykott von westlichen Agrarprodukte, den Putin als Antwort auf die Wirtschaftssanktionen des Westens im Jahr 2014 verhängt hat, gab dem Landwirtschaftssektor jenen starken Impuls, den er brauchte. „Importsubstitution“ mit Produkten „Made in Russia“ lautet seither die patriotische Parole. Die Landwirtschaft ist derzeit der einzige Sektor, der stetig wächst. Das Wachstum beträgt jährlich zwei bis drei Prozent.

Auch deutsche Landwirte haben Russland mittlerweile entdeckt. Hier gibt es mit genügend Ackerland und günstigem Diesel fast alles, was die Landwirtschaft braucht, um rentabel zu sein. Stefan Dürr aus Franken ist der neue Milchbaron Russlands. Mit 60 000 Stück Vieh auf fast 200 000 Hektar Land erwirtschaftet er vor allem am Don mit seiner Firma EkoNiva 100 Millionen Euro Umsatz und produziert einen Großteil der Milch Russlands. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

China hängt Deutschland ab

Moskau – Beim Export von Maschinen nach Russland hat China im vergangenen Jahr erstmals Deutschland den Rang abgelaufen. Während China fast fünf Milliarden Euro Erlöse erzielte, war es für Deutschland eine halbe Milliarde weniger. Schuld daran sind die faktisch gleichermaßen gegen Russland wie gegen Deutschland gerichteten westlichen Sanktionen, die den Handel zwischen beiden Ländern massiv erschweren. Dabei ist Russland ein Handelspartner, der im Gegensatz zu vielen EU-Ländern auch tatsächlich zahlt und sich keiner Verrechnungssysteme bedient, die den Verkäufer am Ende leer ausgehen lassen. *T.W.W.*

Kein Nutzen vom Mindestlohn

Nürnberg – Langzeitarbeitslose profitieren offenbar nur sehr wenig von den Ausnahmeregelungen des Mindestlohngesetzes. Laut Bundesagentur für Arbeit hat sie von August 2015 bis Februar 2017 lediglich 3300 Bestätigungen für eine Langzeitarbeitslosigkeit ausgestellt. Der Paragraf regelt, dass die Bezahlung Langzeitarbeitsloser in den ersten sechs Monaten nach Aufnahme einer Beschäftigung nicht an den gesetzlichen Mindestlohn gebunden ist. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.738.342.537 €
Vorwoche: 2.006.697.218.279 €

Verschuldung pro Kopf:
24.419 €
Vorwoche: 24.418 €

(Dienstag, 9. Mai 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gemeinsame Instandhaltung

Lufthansa und MTU gründen dafür ein neues Unternehmen

Lufthansa Technik und der Triebwerkshersteller MTU Aero Engines wollen ein gemeinsames Instandhaltungsunternehmen für Getriebefan-Triebwerke gründen, eine Technologie, die mehr und mehr ältere Triebwerkstypen ersetzt und an deren Entwicklung das süddeutsche Traditionsunternehmen MTU stark beteiligt war. Die Neugründung soll voraussichtlich 2020 ihren Betrieb aufnehmen und dann rund 300 Instandsetzungen pro Jahr an Getriebefan-Triebwerken vom Typ PW1000G durchführen.

Serienflugzeugen wie der Airbus A320neo und die neue C-Series von Bombardier fliegen bereits mit Getriebefan-Triebwerken. Auch der Mitsubishi Regional Jet, die russische MS-21 und die neuen E-Jets von Bombardier sollen derartige Triebwerke erhalten.

MTU und Lufthansa Technik wollen bis 2020 rund 150 Millionen Euro investieren und um die 500 Arbeitsplätze schaffen. Bereits am 20. Februar unterzeichneten beide Unternehmen einen entsprechenden Vertrag in Berlin. Wenn die zuständigen Kartellbehörden grünes Licht geben, findet die eigentliche Gründung in der zweiten Jahreshälfte statt. Allerdings ist der zukünftige Standort noch offen. Ob er tatsächlich in Europa, gar in Deutschland liegen wird, muss sich zeigen.

MTU hat die Getriebefan-Technologie zusammen mit dem US-amerikanischen Triebwerkshersteller Pratt & Whitney entwickelt. Das besondere dabei: Zwischen dem vorne sitzenden Fan eines Düsentriebwerks und dem direkt dahinter laufenden Niederdruckverdichter ist ein Untersetzungsgetriebe installiert.

Das hat zwei Vorteile: Einmal kann sich der Fan langsamer drehen. Dafür können die dahinter liegenden Niederdruckverdichter und die Turbine mit höherer Umdrehungszahl laufen. Damit erreicht der Getriebefan einen wesentlich höheren Wirkungsgrad, der den Treibstoffverbrauch und den Ausstoß von Kohlendioxid deutlich senkt.

> Startende Flugzeuge werden um 60 Prozent leiser

Außerdem sind die neuen Triebwerke erheblich leiser, weil sie im Gegensatz zu herkömmlichen Jet-Turbinen hochfrequente Töne erzeugen. Die liegen außerhalb des menschlichen Hörbereichs und werden von der Luft schneller gedämpft als die tieferen Töne. So schrumpft der Lärmteppich eines startenden Flugzeugs um rund 70 Prozent.

Lufthansa Technik und MTU sind mit ihrer Entscheidung nicht allein, denn der weltweite Markt für Wartungs- und Instandsetzung von Flugzeugen wächst. Marktforscher erwarten ein jährliches Wachstum von rund zwei Prozent in den Jahren bis 2021. So plant auch Pratt & Whitney an seinem Standort in Columbus/Ohio weitere Kapazitäten zur Wartung speziell von Getriebefans zu schaffen und auch die dortige Produktion auszuweiten. Das US-Unternehmen will 386 Millionen US-Dollar in neue Jobs und neue Maschinen investieren sowie zwei neue Fertigungshallen errichten.

Lufthansa Technik hat jahrzehntelange Erfahrungen mit der Überholung von Pratt & Whitney-Triebwerken. Seit Juli 2016 gehört das Unternehmen zum Instandhaltungs-Netzwerk für die Getriebefan-Triebwerke des US-Herstellers. MTU Aero Engines arbeitet mit Pratt & Whitney bei der PW1000G-Serie zusammen. Bislang hat MTU rund 8000 Bestellungen für Triebwerke mit Getriebefan erhalten. *Friedrich List*

Kampf dem Weltraummüll

Trümmerteile gefährden GPS und Wettervorhersage

Vom 18. bis 21. April veranstaltete das Europäische Raumflugkontrollzentrum (ESOC) in Darmstadt seine 7. Konferenz zum Thema Weltraummüll. Der hat in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen, weil unser Alltagsleben, aber auch viele Bereiche der Wirtschaft, immer mehr durch im Kosmos stationierte Technik geprägt werden. Man nehme da nur die Standortbestimmung mittels GPS oder die Telekommunikation und Wettervorhersage. Deshalb wären Ausfälle der hierfür benötigten Satelliten durch eine Kollision mit herumfliegenden Trümmerteilen fatal. Aber genau die sind in überreichlichem Maße vorhanden.

Schließlich wurde seit 1957 bei den Starts von mittlerweile rund 7000 Raumflugkörpern auch jede Menge Schrott produziert, der nun ebenfalls um die Erde schwebt – vorrangig handelt es sich dabei um Reste von Trägerraketen sowie havarierten oder ausgedienten Satelliten. Nach Berechnungen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) kreisen derzeit etwa 29 000 künstliche Objekte von mehr als zehn Zentimetern Größe im Orbit, die dort fehl am Platze sind. Dazu kommen rund 750 000 Teile zwischen zehn und einem Zentimeter sowie um die 170 Millionen kleinerer Partikel, die ebenfalls noch erheblichen Schaden anrichten können, wenn sie mit 25 000 Stundenkilometern oder mehr einschlagen.

Die Gefahr ist nicht nur hypothetisch. Kollisionen dieser Art gab es nämlich bereits. So im Jahre 1996, als Splitter einer zehn Jahre zuvor explodierten Ariane-Oberstufe den französischen Spionagesatelliten „Cerise“ beschädigten.

> Der Spionagesatellit »Cerise« wurde 1996 von Splittern getroffen

Viel Weltraummüll entstand beim Zusammenstoß der beiden Kommunikationssatelliten „Iridium 33“ (USA) und „Kosmos 2251“ (Russland) im Februar 2009 – Experten gehen hier von allein schon 100 000 Bruchstücken aus. Ähnlich waren die Auswirkungen des törichten Abschusses eines außer Dienst gestellten Wetterbeobachters vom Typ „Fengyun“ durch die Chinesen zwei Jahre zuvor.

Nach Ansicht von Experten ist nun unbedingt ein Umsteuern nötig, damit das Gefahrenpotenzial für die Nutzsatelliten sowie auch bemannten Raumfahrzeuge nicht noch weiter wächst. Wegen der Trümmer in der Erdumlaufbahn musste die Internationale Raumstation (ISS) über 20 Mal ihre Bahn ändern. Dem stehen freilich Pläne von Google und Samsung entgegen. Die beiden Unternehmen wollen schon bald einige Tausend Mini-Satelliten in den Kosmos schicken. Ziel ist, ein weltraumgestütztes Internet mit Zugang von jedem Winkel der Erde aus zu schaffen. Dabei dürfte sicher noch deutlich mehr Müll im Orbit anfallen.

Am besten wäre es aus Sicht der ESA, wenn jeder Satellitenbetreiber seine nicht mehr benötigte Technik in der Erdatmosphäre verglühen lässt, was derzeit aber bloß zu etwa 60 Prozent erfolgt. Deshalb plant der Airbus-Konzern, bis 2020 ein Teleskop im All zu stationieren, um die Suche nach dem gefährlichen Schrott zu optimieren. Denn aktuell sind lediglich die Bahndaten von rund 22 000 größeren Objekten bekannt, die vom US-amerikanischen Space Surveillance Network verfolgt werden, von dem dann auch Kollisionswarnungen und Ausweichempfehlungen kommen. *Wolfgang Kaufmann*

Inquisition

Von Jan Heitmann

Erschütterndes hat sich im französischen Illkirch, Standort des unter Terrorverdacht stehenden Bundeswehroffiziers Franco A., ereignet, wurden in der Kaserne doch „Hinweise auf rechtes und völkisches Gedankengut“ gefunden, wie die Bundeswehr mitteilte. Konkret geht es um ein Gewehrgehäuse, in das ein Hakenkreuz eingeritzt ist. So etwas zu tun, ist zweifellos dumm und geschmacklos, aber nicht unbedingt ein Hinweis auf eine rechtsextremistische Gesinnung. Außerdem entdeckten die Ermittler in einer Toilette eine Kritzelei, die „H...H“ heißen könnte. Und das kann selbstverständlich für nichts anderes als für „Heil Hitler“ stehen. Oder auch nicht, denn die Ermittler mussten zugeben, dass es auch „H...J“ heißen könnte. Ganz schlimm ist aber, dass in einigen Räumen „Devotionalien der Wehrmacht“ wie die gerahmte Abbildung eines Wehrmachtsoldaten in einem Aufenthaltsraum zu finden waren.

Letzteres hat sogleich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf den Plan gerufen. Die will jetzt das Traditionsverständnis in der Bundeswehr überprüfen. Bei einem Besuch in Illkirch erklärte sie, die Wehrmacht dürfe „in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr“ sein. Einzige Ausnahme seien „einige herausragende Einzeltaten im Widerstand“. Ansonsten habe die Wehrmacht „nichts mit der Bundeswehr gemein“. Dass sie dafür aus den Reihen der Bundeswehr keinen Widerspruch erntet, versteht sich von selbst. Was aber mag ihr Amtsvorgänger und Kabinettskollege Thomas de Maizière davon halten? Immerhin war dessen Vater Generalstabsoffizier eben dieser Wehrmacht und später mit zehntausenden anderen ehemaligen Wehrmachtsoldaten am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, in der er sogar zum Generalinspekteur aufstieg. Und das ganz ohne jegliche Widerstands-Meriten.

Es ist eine für uns Deutsche schmerzliche historische Tatsache, dass die Wehrmacht auch ein Instrument des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges war. Dementsprechend war ein Teil ihrer Angehörigen an Verbrechen beteiligt. Die allermeisten Soldaten haben jedoch in tadelloser Haltung ihren Dienst versehen und ritterlich gekämpft. Ein Pauschalurteil über nicht weniger als 19 Millionen Menschen, die in der Wehrmacht gedient haben, verbietet sich.

Wie gut, dass sich die Ministerin bei ihrem Gesinnungs-Feldzug auf gehorsame Inquisitoren wie Generalmajor Bernd Schütt, Kommandeur der 10. Panzerdivision, verlassen kann. Angehörige seiner Division berichten aus verschiedenen Standorten übereinstimmend, dass auf seinen Befehl Ende vergangener Woche sämtliche Kasernenräume durchsucht, „verdächtige“ Materialien fotografiert, dokumentiert und die Soldaten, denen solche Materialien zugeordnet werden konnten, erfasst wurden.

In der Wehrmacht gab es die Funktion des „Nationalsozialistischen Führungsoffiziers“, der für die weltanschauliche Zuverlässigkeit der Truppe zu sorgen hatte. Darüber, wie diese Funktion in der Bundeswehr heißen soll, ist noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Aber offensichtlich haben die Wehrmacht und die Bundeswehr eben doch mehr gemein, als die Chef-Inquisitorin von der Leyen glaubt.

Versöhnlichere Signale

Von Manuela Rosenthal-Kappi

In Moskau wurde Angela Merkels Reise als das gesehen, was sie ist, nämlich ein Teil des Wahlkampfs. Nicht nur in Russland fragt man sich, was Angela Merkel bei WladimirPutin wollte, wo doch die Positionen als völlig festgefahren gelten.

Offiziell heißt es, Merkel sei zur Vorbereitung des G20-Gipfels, der am 7. und 8. Juli in Hamburg stattfindet, nach Mos-kau gereist, um Putin daran zu erinnern, dass der Ukrainekonflikt und die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen nur durch seinen Einfluss auf die Separatisten gewährleistet werden könnten. Weitere große Themen waren der Krieg in Syrien und Russlands Rolle darin, aber auch innenpolitische Themen wie der Schutz der Menschenrechte in Russland, das Verbot der Zeugen Jehovas, die jüngsten Verhaftungen bei Demonstrationen sowie die Rechte Homosexueller in Tschetschenien. Alle angesprochenen Themen konterte Putin in gewohnt selbstsicherer Art. Soweit also nichts Neues.

Und doch hat sich etwas verändert. Allein schon der dicht gedrängte Terminplan des Treffens lässt darauf schließen. Zwei Stunden Gespräche, eine Pressekonferenz und ein weiteres Arbeitsessen zeigen, dass es einiges zu besprechen gab. Schon die Mimik, mit der Merkel und Putin sich in dessen Schwarzmeer-Residenz in Sotschi die Hand zur Begrüßung reichten, deutet auf eine freundlichere Gesprächsatmosphäre hin als beim letzten Treffen 2014.





Die Mimik spricht oft mehr als 1000 Worte: Merkel und Putin begegnen sich am 2. Mai in Sotschi wie versöhnlich gestimmte Partner nach einem Streit (oben), während sie auf dem Höhepunkt der Meinungsverschiedenheiten kalt und trotzig aufeinandertrafen (am 6. Juni 2014 im französischen Deauville)

Bild (Montage): pa

Erstaunlich oft fiel der Begriff Dialog und wie wichtig es sei, miteinander zu kommunizieren. Merkels Sprecher hatte schon vor der Reise betont, man wolle konstruktiv mit Russland zusammenarbeiten, den Dialog fortsetzen, auch wenn die Meinungen auseinandergehen.

Während für Merkel das Festhalten am Minsker Prozess im Vordergrund stand – sie wollte wohl ihrer führenden Rolle in Europa einmal gerecht werden –, galt Putins Hauptaugenmerk der wirtschaftlichen Kooperation. Der Warenumsatz zwischen Deutschland und Russland sei erst im Januar und Februar um 43 Prozent gestiegen. Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau schaffe Zehntausende Arbeitsplätze. Damit spricht der russische Präsident deutschen Wirtschaftsbossen aus der Seele, denn die fordern seit Langem eine Lockerung der Sanktionen. Sie fürchten, dauerhaft Marktanteile in Russland an China zu verlieren.

Putin sagte, er wolle beim G20-Gipfel für die „Abschaffung der Einschränkungen in der Entwicklung der Weltwirtschaft“ eintreten, gemeint ist natürlich der Wegfall der Sanktionen. Doch da dürfte er bei Merkel und ihren Partnern auf taube Ohren stoßen, auch wenn die Sanktionen ihr offizielles Ziel weitgehend verfehlt haben.

Dass nach dem Merkel-Putin-Treffen Gemeinsamkeiten wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus betont wurden, lässt auf die Erkenntnis der Bundesregierung schließen, dass man Russland bei internationalen Prozessen nicht ausschließen kann.

Dass es umgekehrt nicht ohne den Westen geht, hat auch Wladimir Putin erkannt, wenn er sagt: „Trotz der bekannten politischen Schwierigkeiten ist Deutschland ein führender internationaler Partner.“ Die Gesprächsatmosphäre bezeichnete er als „offen und sachlich“.

Frei gedacht



Wir sind selbst schuld

Von Eva Herman

Es sieht leider nicht danach aus, als ob die Politiker der EU und Deutschlands die Einwanderungskatastrophe, die derzeit Europa heimsucht, je in den Griff bekommen werden. Es ist gar nicht möglich, wenn sie so weitermachen. Wir sprechen mittlerweile von möglicherweise hunderten Millionen Menschen, die bereits auf gepackten Koffern sitzen. Wie es aussieht, scheint dieses Szenario offenbar einkalkuliert zu werden. Was das bedeuten würde, weiß jeder von uns. Zwar wiederholt die deutsche Kanzlerin seit dem EU-Gipfel im Dezember 2016 gebetsmühlenartig das inzwischen nur noch propagandistisch wirkende Mantra: *Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen*, doch handeln tut sie nicht danach, außer ein paar Millionen Fördergeldern, die in die afrikanischen Länder gepumpt werden für den Aufbau einiger Flüchtlingscamps und weiterer Maßnahmen. Schrecklich zynisch!

„Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen“, sagt also Merkel jetzt. Das wäre tatsächlich der richtige Weg. Denn seien wir ehrlich: Haben wir uns nicht längst mehr als genug versündigt gegen die heutigen Fluchtländer, durch NATO-Angriffskriege und finanzwirtschaftliche Ausbeutung?

Gib einem Hungernden nicht einen Fisch. Schenk ihm deine Angel. So lautet ein Sprichwort, das eine erfrischende Überlebenslogik enthält. Nehmen wir den afrikanischen Kontinent, der derzeit schwer beladen ist. Die von globalistischer Gier geleiteten Regierungen und Machtkartelle haben den Kontinent ausgeplündert, er blutet aus: Die Rohstoffe, die seine Erde birgt, gehören ihnen, die Völker Afrikas darben vor sich hin – die Bevölkerung explodiert. Hungersnöte, soweit das Auge reicht: Not, Elend, Schmerzen, Todesqualen, Millionen sind es, Kinder, Alte, Frauen und Männer – während der zivilisierte Europäer des Abends im Polstersessel, mit dem Rotweinglas in der Hand, den Hungernden in Afrika großzügig 20 Euro spendet. So sprachen die Vereinten Nationen jetzt, angesichts der Hungersnot in Somalia, von der größten humanitären Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Etwa sechs Millionen Menschen brauchen dort dringend Lebensmittel. Doch auch im Südsudan, Nigeria und im Jemen, der durch eine vom Westen unterstützte Militärinvasion inzwischen nahezu brachliegt, verschärfen sich die Hungerkrisen stetig.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Und so beklagen sich die Vereinten Nationen darüber, dass in vielen Flüchtlingslagern die Nahrungsmittelhilfe sogar gekürzt werden musste. Wie bitte? Gekürzt? Warum denn das? Weil das Geld nicht ausreicht? Genau so sieht es aus. Es trifft die Ärmsten der Armen, denen letztlich doch nichts anderes übrig bleibt, als zu fliehen. So, wie es im Frühjahr 2015 geschah, als die winzige Überlebenssumme für Flüchtlinge von etwas über 30 Dollar im Monat auf unter die Hälfte gekürzt wurde: zum Sterben zu viel, doch zum Leben zu wenig. Millionen traten den Weg nach Europa an, und die Verantwortlichen wussten es genau.

Die Welt steht nun vor der größten humanitären Katastrophe seit 1945. Mit diesem dramatischen Appell hatte sich der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, Stephen O'Brien, vergangene Woche an die internationale Gemeinschaft gewandt. Rund 20 Millionen Menschen in den vier Krisenstaaten Somalia, Südsudan, Nigeria und Jemen drohe der Hungertod. Die UN benötigen bis Mitte dieses Jahres 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. Ansonsten werden die Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben. So heißt es ganz offiziell. Wir wiederholen: 4,4 Milliarden Euro! Wir merken uns diesen Betrag, mit dem laut den UN das Leben von zirka 20 Millionen Menschen gerettet werden könnte.

Und nun schalten wir um nach Deutschland. Hier lesen wir Anfang des Jahres 2017 in der Presse, Deutschland habe 2016 bislang etwa 22 Milliarden Euro für die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise ausgegeben. Doch dabei werde es natürlich nicht bleiben. Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Asylsucher würden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 sogar knapp 50 Milliarden Euro kosten. Pro Jahr, versteht sich. Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, rechnet gar mit 75 Milliarden pro Jahr. Das alles bei nur *einer* Million Immigranten (was ja längst um mindestens das Doppelte überschritten ist).

Der Finanzwissenschaftler hat berechnet, „dass eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten würden, also 450 000 Euro pro Kopf“. Bei seiner Rechnung unterstellt er, dass sie nach sechs Jahren so integriert sein würden, „wie es die bislang schon in Deutschland anwesenden Altmigranten im Durchschnitt sind“. Somit ergeben sich 75 Milliarden Euro pro Jahr – bei nur einer Million Asylsuchern. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Haushaltsplanes 2015 von 299,1 Milliarden Euro ist das ein Viertel aller Staatsausgaben – 25,07 Prozent.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Wir sollten jedoch gleich realistisch rechnen, denn, wie erwähnt, sind seit 2015 nicht eine Million, sondern inzwischen, offiziell, mindestens zwei Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen. Die Dunkelziffer indes dürfte weitaus höher liegen, alleine die hohe Zahl der Illegalen fällt bei all den Statistiken unter den Tisch. Zentral erhoben werden schließlich nur die gestellten Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Dunkelziffer der eingewanderten Sozialbetrüger, die bis zu zwölf Mal unter jeweils anderer Identität in unterschiedlichen Gemeinden Deutschlands sich haben Sozialbeiträge auszahlen lassen, rechnen wir hier jetzt auch nicht mit ein. Viele andere Kosten, die in den hier vorliegenden Statistiken nicht mit aufgeführt werden, die beispielweise mit der extrem hohen Kriminalitätsrate in Zusammenhang stehen, lassen wir ebenfalls außer Acht. Wir multiplizieren die von Raffelhüschen errechneten 75 Milliarden Euro pro Jahr mit zwei (Millionen Asylsucher). Das macht mindestens 150 Milliarden Euro pro Jahr, die Deutschland aufbringen muss für die sogenannte Flüchtlingskrise.

Nun schauen wir noch einmal zurück zu dem jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten Hilferuf: Die UN benötigen bis Mitte 2017 ganze 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. „Ansonsten werden 20 Millionen Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben.“ Doch, so die „Tagesschau“, „das nötige Geld kommt nicht zusammen“. Im laufenden Jahr haben die UN gerade mal sieben Prozent der geforderten Spenden erhalten. „In einer Verteilstation in einem entlegenen Dorf in Somaliland kam es zu Tumulten unter den hungrigen und durstigen Menschen. Weil sie wussten, dass die Reissäcke nicht für alle ausreichen werden. Weil viele von ihnen ein krankes, manche sogar ein sterbendes Kind in den Armen hielten.“ Im Jemen warnen Hilfsorganisationen vor einer Katastrophe „biblischen Ausmaßes“. Diese drohe spätestens, sollte Saudi-Arabien mithilfe der USA die Hafenstadt Hudaida erobern.

Was machen wir hier nur? Wo sind Verstand, Logik und Herz geblieben? Können Sie eigentlich noch ruhig schlafen?

Shakespeare der Musik

Vor Verdi kam Monteverdi – Der Pionier der Gattung Oper kam vor 450 Jahren zur Welt

Vor 450 Jahren, am 15. Mai 1567, wurde der italienische Komponist Claudio Monteverdi in Cremona getauft. Er war ein Revolutionär der Musikgeschichte, der sich an der Schwelle zum Barock von den strengen Regeln des Tonsatzes verabschiedete und erstmals die ganze Bandbreite menschlicher Gefühle in Musik umsetzte.

Der virtuose Bach und der göttliche Monteverdi, wie schon zu Lebzeiten Bewunderer diese beiden Meister der abendländischen Musik beschrieben, sind keine Zeitgenossen, teilen aber ein gemeinsames Schicksal: Beider Werk geriet nach ihrem Tod lange in Vergessenheit. Was heute zum Bedeutendsten der Musikhistorie gehört, bedurfte zu seiner Rettung der Wiederentdeckung.

Für den 1750 verstorbenen Johann Sebastian Bach begann vergleichsweise früh, „nur" acht Jahrzehnte nach seinem Tod, mit der Wiederaufführung der Matthäus-Passion durch Felix Mendelssohn Bartholdy 1829 eine Renaissance. Für den im Alter von 76 Jahren 1643 in Venedig verstorbenen Claudio Monteverdi mussten mehr als 300 Jahre vergehen, bis man von einer Monteverdi-Renaissance sprechen konnte, ausgelöst durch den triumphalen Erfolg des Züricher Monteverdi-Opernzyklus von 1976/1978 durch Nikolaus Harnoncourt als Dirigent und Jean-Pierre Ponnelle als Regisseur.

Den Auftakt machte die legendäre Aufführung des „L'Orfeo", es war das Opernereignis der Saison! Die 1607 am Hof der Gonzaga in Mantua uraufgeführte „favola in musica", wie der damals 40-jährige Monteverdi sein Singspiel über die gescheiterte Reise des Sängers Orpheus in die Unterwelt zur Errettung seiner Geliebten Eurydike nannte, war das erste Meisterwerk der gerade erfundenen Gattung Oper. Blickt man auf die Entwicklung der jungen Gattung, überraschte „L'Orfeo" mit einer gänzlich neuen Form. Entstanden war ein musikalisches Drama von bis dato ungeahnter Kraft und Emotionalität, das Monteverdi sogar zum eigentlichen Erfinder der modernen Oper werden lässt.

Monteverdis Musik hat bis heute nichts von ihrer Kraft und Expressivität verloren und ist seit dem Züricher Zyklus fest in den Spielplänen von Europas großen Opernhäusern verankert. Mit den Worten von Harnoncourt: „Monteverdi war ein leidenschaftlicher Musiker, ein kompromissloser Neuerer in jeder Hinsicht, ein durch und durch moderner Komponist. Er war ein erbitterter Feind alles Antiquierten, er hätte kein Verständnis für die Wiedererweckung von ‚Alter Musik'. Für uns ist Monteverdis Musik deshalb so interessant, weil sie niemals Alte Musik werden kann, sondern stets glühende, lebendige Musik bleibt."



Musikalisches Genie: Claudio Monteverdi (um 1630) Bild: CF

Von den insgesamt zehn Opern, die Monteverdi zwischen 1607 und 1642 schrieb, sind nur drei vollständig überliefert: Neben „L'Orfeo" die beiden 1641 und 1642 in Venedig uraufgeführten Spätopern „Il ritorno d'Ulisse in patria", die Heimkehr des Odysseus, und „L'incoronazione di Poppea", die Krönung der Poppea. Mit allen dreien geht der Barockspezialist Sir John Eliot Gardiner mit mehr als 20 namhaften Sängersolisten und den von ihm gegründeten English Baroque Soloists sowie dem Monteverdi Choir auf Welttournee. Das einzige Gastspiel des konzertant aufgeführten Zyklus in Deutschland erfolgt beim diesjährigen Musikfest Berlin in der Philharmonie am 2., 3. und 5. September.

Eine gute Einführung sind kurze Ausschnitte im Internet (www.monteverdi.co.uk), die auch Gardiner nicht unkommentiert lässt: „Für mich ist Claudio Monteverdi das musikalische Gegenstück zu William Shakespeare. Er hat es als erster Komponist in der Geschichte der abendländischen Musik verstanden, die ganze Bandbreite der menschlichen Empfindungen darzustellen: das pralle Leben, von den nobelsten und göttlichen Charakteren bis zu den niedersten Gestalten."

In tiefe menschliche Abgründe blickt dabei das Polit-Drama um den römischen Kaiser Nero und seine Geliebte Poppea. „In der Poppea geht es um maßlose menschliche und politische Ambitionen, um sexuelle Begierden, um Futterneid und Eifersucht", sagt Gardiner, „kein Komponist vor Monteverdi hatte jemals so etwas in Musik zu setzen gewagt."

Monteverdis Leben selbst, das sich beruflich zwischen Mantua und Venedig abgespielt hat, war nicht frei von Theatralik. Während seiner 22-jährigen Dienstzeit am Hof der Gonzaga, die er 1590 als Sänger und Violaspieler in Mantua begann, musste er nicht nur hart um Karriere und Bezahlung kämpfen. Er musste auch die extravaganten Launen seiner Dienstherren ertragen.

Aus einer solchen heraus folgte Vincenzo Gonzaga 1595 einem Aufruf des Kaisers Rudolf von Habsburg und beteiligte sich an einem Feldzug gegen die in Ungarn eingefallenen Türken. Dabei ließ sich der Herzog von einem standesgemäßen Tross aus Höflingen, Kammerherren, Sekretären, Pagen, Ärzten, Köchen, Kellermeistern und Schildknappen begleiten. Auch eine fünfköpfige Schar von Musikern zur abendlichen Unterhaltung fehlte nicht. Monteverdi wurde zu deren provisorischem „Maestro di cappella" ernannt. Eine zweifelhafte Ehre, waren die Reisekosten für das fürstliche Luxus-Abenteuer doch von dem ohnehin knapp bezahlten Monteverdi selbst zu tragen. Dauerhafter Hofkapellmeister wurde er erst im Jahr 1601.

Nach seiner plötzlichen Entlassung 1612 kam zum ersten und einzigen Mal in seinem Leben der Zufall zu Hilfe. Der „Maestro di Cappella di San Marco" starb nach nur vierjähriger Amtszeit, und Monteverdi erhielt die überraschend vakant gewordene Stelle des Domkapellmeisters von San Marco, eine der bedeutendsten Positionen des damaligen musikalischen Europa. Als er selber am 29. November 1643 in Venedig starb, ordnete die Serenissima eine nach zeitgenössischen Berichten geradezu fürstliche Totenfeier an. Begraben liegt Monteverdi, dessen Werk nicht nur Opern, sondern auch ein große Zahl an Madrigalen und Kirchenmusik umfasst, in Santa Maria Gloriosa dei Frari. *Helga Schnehagen*

Cremona veranstaltet das ganze Jahr über ein Monteverdi-Kulturprogramm: www.monteverdi450.it/en.html. Beim Bachfest im Gewandhaus Leipzig gibt es am 13. Juni ein Monteverdi-Konzert: www.bachfestleipzig.de

MELDUNGEN

Neuer Hesse-Preis an Muschg

Calw – Der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg wird am 13. Mai in der Aula der baden-württembergischen Stadt Calw mit dem Preis der Internationalen Hermann-Hesse-Gesellschaft ausgezeichnet. Die mit 10000 Euro dotierte Auszeichnung, die nicht mit den beiden Hesse-Preisen der Hermann-Hesse-Stiftung und der Stadt Calw zu verwechseln ist, wird erstmals verliehen. *tws*

Puschkin-Bilder gehen fremd

Gotha – Vor einem Jahr wurden in Moskau Werke von Cranach ausgestellt, die sich vor dem Krieg in Gotha befunden haben. Da die Beutekunst nicht in Deutschland gezeigt werden soll, „entschädigt" sich das Moskauer Puschkin-Museum mit einem Ausstellungsgeschenk: Vom 14. Mai bis 6. August zeigt es im Gothaer Schloss Friedenstein französische Malerei aus russischen Beständen von Boucher bis Poussin. Information: www.stiftung-friedenstein.de *tws*

Der Reformator im Kreuzgang

Feuchtwangen – Mit Michael Endes „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer" starten am 14. Mai die Kreuzgangspiele in Feuchtwangen. Bei dem seit 1949 im Kreuzgang des ehemaligen Benediktinerklosters in der mittelfränkischen Stadt ausgetragenen Theaterfest steht aber Martin Luther im Mittelpunkt. Am 15. Mai ist die Premiere eines nach dem Film „Luther" (2003) entstandenen Theaterstücks. Programm: www.kreuzgangspiele.de, Kartentelefon: (09852) 90444. *tws*

Folkloristische Stadtpiraten

Das deutsch-dänische Musikfestival Folkbaltica geht ins 13. Jahr

Grenzüberschreitende Musik ist das Merkmal der Folkbaltica. Hier werden nicht nur stilistische Grenzen überschritten, sondern jedesmal auch eine Landesgrenze. Seit 2005 findet in der deutsch-dänischen Grenzregion Sønderjylland-Schleswig das zwischen Folk- und Rockmusik angesiedelte Festival statt, das diesmal vom vom 13. bis 21. Mai unter dem Motto „Die große Reise" steht.

„Musik hat schon immer große Reisen unternommen und war für viele Menschen Sprache und Pass zugleich – sie vereinigt Kulturen und überwindet Grenzen", ist der künstlerische Leiter Harald Haugaard überzeugt. Gerade in der heute konfliktreichen und polarisierten Welt bringe sie die Menschen zusammen. Dies solle durch das Festivalthema hervorgehoben werden.



Hoch hinaus: Festival-Ensemble unter Harald Haugaard Bild: Ard Jongsma

Auf ihre große Fahrt nehmen die Veranstalter wieder zahlreiche Künstler aus Deutschland, Skandinavien, Polen, England, Kanada, USA und sogar der Karibik mit. „Jeder Musiker ist auf seine Art und Weise ein Reisender – die Geschichten darüber erzählen sie in ihrer Musik", so Haugaard. Als Galionsfigur, neudeutsch: Artist in residence, ist die Berliner Sängerin Dota Kehr mit an Bord. Die studierte Medizinerin ist die Frontfrau ihrer Band „Dota und die Stadtpiraten", Singer-Songwriterin und Musikproduzentin. In unterschiedlichen Zusammensetzungen wird sie bei der Folkbaltica in insgesamt neun Projekten zu erleben sein.

Nach einem Auftaktkonzert in der Messe Husum am 13. Mai wird das Festival offiziell am Mittwoch, den 17. Mai im Alsion in Sonderburg mit dem vor vier Jahren gegründeten Jugendensemble aus 50 jungen Talenten von beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze eröffnet. Eine Reihe der Festivalkünstler wird das Ensemble unter Leitung von Haugaard begleiten und das Thema „Die große Reise" widerspiegeln.

„Das diesjährige Eröffnungskonzert ist eine epische Inszenierung unseres Festivalthemas", betont der Festivalchef, „die musikalische Reise führt uns von Nordeuropa nach Nordamerika und gibt einen Einblick in die verschiedenen Kulturen, denen wir unterwegs begegnen."

Beim Konzertfinale kann man mit eigenen Ohren hören, wie sich die Musik durch Geografie und Zeit entwickelt hat, wenn der 83-jährige, dänischstämmige Spielmann Dwight Lamb aus Iowa zusammen mit den jungen Musikern die Bühne regelrecht rockt. Dank neuer Sponsoren und erhöhter öffentlicher Zuwendungen konnte das Budget für die Folkbaltica auf 300000 Euro für das Jahr 2017 gesteigert werden. Das bedeutet im Endeffekt neue Spielstätten, mehr Konzerte und mehr Künstler. Das „Wehmut & Hoffnung" betitelte Abschlusskonzert findet am 21. Mai in der Flensburger St.-Marien-Kirche statt. *Andreas Guballa*

Karten und Programminformationen unter: www.folkbaltica.de

Wirksame Schlaftablette

Tranquilizer statt Stimulans – Film-»Gift« beim Pharmazie-Abend

Aufklären, den Finger in die Wunde legen will der Autor und Regisseur Daniel Harrich mit seinen Stoffen. Das war bei seinem Film über Waffengeschäfte so, nun also „Gift" (17. Mai, 20.15 Uhr, Das Erste), ein Thriller der beim ARD-Themenabend über Pharmazie von gefälschten und gepanschten Arzneimitteln handelt.

Das Thema brennt auf den Nägeln: Weltweit erzielt der Handel mit minderwertigen Präparaten laut der Weltgesundheitsorganisation geschätzte Umsätze von bis zu 430 Milliarden US-Dollar. In Deutschland gehen Experten von einer Fälschungsrate von zirka einem Prozent aus. „Gift" ist folgerichtig ein Thesenpapier in der Verkleidung eines Spielfilms, fokussiert auf zwei Protagonistinnen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten: Maria Furtwängler, so blond wie durchtrieben, spielt die Lobbyistin der Pharma-Industrie, Julia Koschitz deren Gegenspielerin, eine Aufklärerin von Interpol.

Schade nur, dass die Versatzstücke einfach nicht zu einem spannenden Reißer emulgieren wollen. Ständig wechselnde Schauplätze verwirren, zu viele Figuren von Investmentbankern bis Pharma-Managern, die miteinander in krumme Geschäfte verwoben sind, führen auf falsche Fährten. Im Mittelpunkt steht Heiner Lauterbach als skrupelloser Pharmagroßhändler Günther Kompalla, der erst geläutert wird, als seine eigene Tochter aufgrund unwirksamer Medikamente zu sterben droht.

Der in Indien spielende Nebenstrang soll die Auswirkungen des Medikamentenhandels in die Dritte Welt belegen: Kompallas Tochter Katrin (Luise Heyer) eilt wie weiland Mutter Theresa durch die Armenghettos von Mumbai und verteilt Medikamente, die sie vorher nach „echt" oder „gefälscht" vorsortiert hat. Als könne man den Inhalt anhand der Verpackung entlarven – kann man eben nicht, räumt der Regisseur ein. Es sei der Dramaturgie geschuldet wie so vieles andere auch. Die indische Mutter etwa, die in einem ärmlichen Verschlag vor sich hinvegetiert: Seht her, so sieht es aus, wenn Medikamente nicht wirken.



Günther Kompalla (Heiner Lauterbach) und Interpol-Agentin Juliette Pribeau (Julia Koschitz) in „Gift" Bild: BR/diwafilm

Arg konstruiert wirkt auch die Zuspitzung des Films: Plötzlich hat sich die Tochter infiziert. Der Vater, selbst an Krebs erkrankt, eilt nach Indien, weil er nun endlich abrechnen will mit der korrupten Pharma-Industrie. Immer wieder sprechen die Protagonisten Sätze, wie sie auch auf einem Beipackzettel stehen könnten: „Was willst du hier? Deinen Opfern beim Sterben zusehen?", fragt die vor Idealismus glühende Tochter ihren Vater bei ihrer Hochzeit mit einem Inder. Und Lauterbach stapft gedemütigt hinaus in den Monsunregen – buchstäblich wie ein begossener Pudel.

Der Zweck mag in diesem Fall die Mittel heiligen, stimmiger als der Film ist an diesem Themenabend Harrichs anschließende Dokumentation. „Gefährliche Medikamente – gepanscht, gestreckt, gefälscht". Denn das Thema ist ein Skandal – auch ohne den Holzschnitt von gut und böse, eiskalt und altruistisch. *Anne Martin*

Mehr als nur Bismarcks Gegenspieler in Rom

Vor 225 Jahren wurde der »Unfehlbarkeitspapst« Pius IX. geboren – Niemandes Pontifikat war länger

Interessierte an der preußischen Geschichte kennen Pius IX. vor allen als internationalen Gegenspieler Otto von Bismarcks im Kulturkampf. Doch war der sogenannte Unfehlbarkeitspapst weitaus mehr. Zu verweisen ist hier auf seine Bedeutung für die Kirchen- und die Geschichte des italienischen Nationalstaates sowie das grundsätzliche Verhältnis zwischen Religion und säkularem Staat im aufgeklärten Abendland.

Am Morgen des 20. September 1870 war Rom umstellt. Die Truppen des italienischen Königs Viktor Emanuel II. hatten die Aurelianische Mauer erreicht und begannen um kurz nach 5 Uhr in der Frühe mit dem Bombardement auf die Ewige Stadt. Nach nur dreieinhalb Stunden war die Eroberung bereits militärisch entschieden. Eine Bresche an dem nordöstlich gelegenen Stadttor, der Porta Pia, ermöglichte den italienischen Soldaten den Einzug in die Stadt und um kurz vor 10 Uhr wehten weiße Fahnen auf der Kuppel von Sankt Peter und dem Quirinalspalast. Mit dieser Erstürmung war die territoriale Einheit des italienischen Nationalstaates vollendet und Rom wurde nur wenige Monate später zur neuen Hauptstadt des Königreichs Italien erklärt. Obgleich dieses Ereignis von den italienischen Politikern und Patrioten überschwänglich gefeiert wurde, verursachte es gleichzeitig einen konfliktreichen Identitätszwiespalt zwischen nationaler und katholischer Orientierung, der die Beziehungen zwischen dem italienischen Staat und der Katholischen Kirche bis in die Zeit des Faschismus stark belastete.

Seit 1861 gab es den italienischen Nationalstaat, der durch zwei erfolgreiche Unabhängigkeitskriege und noch größeres diplomatisches Verhandlungsgeschick auf internationaler Ebene realisiert werden konnte. Nicht geklärt war allerdings zu diesem Zeitpunkt die schwierige „Römische Frage“, die es für die italienischen Politiker zu lösen galt. Denn bis zur Eroberung der Porta Pia waren die Stadt Rom und der Vatikanstaat nicht nur das Machtzentrum der Katholischen Kirche, sondern sie umfassten auch ein eigenständiges weltlich-politisches Herrschaftsgebiet. Dieses Terrain, das sich über fast ganz Mittelitalien erstreckte und auf diese Weise eine Barriere zwischen dem nördlichen und südlichen Teil des Königreiches darstellte, war Ziel der italienischen Eroberungspolitik. Die Gelegenheit zur Tat ergab sich im Sommer 1870 als Folge des Deutsch-Französischen Krieges und der Schlacht von Sedan. Frankreich, das seit 1848 als Schutzmacht des Papstes fungierte und Truppen im Vatikan stationiert hatte, rief diese zur Verstärkung an die eigene Front ab. Diese Lage, die den Vatikan militärisch ungeschützt hinterließ, wurde nun von den italienischen Truppen ausgenutzt, um den letzten Schritt zu tun und den hochsymbolischen Ort Rom dem neuen Reich hinzuzufügen.

Im Zentrum des Geschehens stand in dieser Zeit auf Seiten der Katholischen Kirche Papst Pius IX., der am 13. Mai 1792 geboren wurde und mit über 31 Jahren und acht Monaten das bislang längste Pontifikat in der römisch-katholischen Kirche innehatte. Als Sohn des Grafen Mastai-Ferretti geboren, entschloss sich Giovanni Maria – so sein Taufname – im Alter von 24 Jahren für die kirchliche Laufbahn. Im Jahr 1840 zum Kardinal geweiht, wurde er nur sechs Jahre später durch das Konklave zum Papst gewählt.

Da er zu Beginn seines Pontifikats zahlreiche Reformen durchführte, die von der italienischen Liberalen gefordert wurden, setzten deren Vertreter große Hoffnungen in Pius IX. Politische Publizisten wie Vincenzo Gioberti sahen durch ihn die Möglichkeit gekommen, die Einigung Italiens nicht in Opposition zur Katholischen Kirche durchzuführen, sondern in Zusammenarbeit mit ihr. Den Unterstützern dieser Lösung, die sich selbst als Neoguelfen bezeichneten, schwebte ein konföderal organisierter Nationalstaat vor, der durch den Papst regiert werden sollte.



Saß von 1846 bis zu seinem Tode 1878 auf dem Heiligen Stuhl: Papst Pius IX. Bild: CF

Doch die Revolution von 1848/49, die in Rom zur Gründung einer kurzzeitigen Republik und der Flucht des Papstes in das 130 Kilometer südlich liegende Gaeta führte, zerstörten diese Hoffnungen. Nach seiner Rückkehr in den Vatikan im Frühjahr 1850 änderte Pius IX. seinen liberalen Kurs. Er verfolgte von nun an eine streng konservative Politik. Resultat dieses Richtungswechsels waren sowohl die 1854 verkündete päpstliche Bulle Ineffabilis Deus, die den Lehrsatz von der unbefleckten Empfängnis Marias beinhaltete, als auch das folgenreiche Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes. Dieses wurde im Juli 1870 durch das Erste Vatikanische Konzil bekanntgegeben und beinhaltete, dass der römische Bischof in seinem Amt als „Lehrer aller Christen“ ex cathedra in Glaubens- und Sittenfragen eine Entscheidung fällen kann, die nicht mehr infrage gestellt werden darf. Das Dogma der Infallibilität gilt bis heute als einer der umstrittensten Beschlüsse der Kirchengeschichte und wurde gegen den Widerstand einer oppositionellen Minderheit der Bischöfe durchgesetzt.

Vor dem Hintergrund, dass sich Pius IX. im Sommer 1870 vom italienischen Nationalstaat umzingelt sah, bekommt das Dogma der Unfehlbahrkeit aber eine weitere Bedeutung. Der Papst sah seine Macht als politischer Souverän durch die italienische Einigungsbewegung bedroht. Liberale und demokratische Kräfte schienen aber die Autorität des Papstes auch außerhalb der italienischen Halbinsel anzugreifen. So mündete die Auseinandersetzung um die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Deutschland im sogenannten Kulturkampf, der zwischen Reichskanzler Otto von Bismarck und Pius IX. in der Zeit von 1871 bis zu Pius' Todesjahr 1878 ausgetragen und 1887 diplomatisch beigelegt wurde.

Doch Pius IX. beließ es nicht bei diesen beiden Dogmen. Als „Gefangener des Vatikans“ und „Unversöhnlicher“ exkommunizierte er die Verantwortlichen eines 1855 erlassenen Gesetzes, das die Aufhebung fast aller Klöster und religiösen Gemeinschaften dekretierte und deren Besitz zum Staatseigentum erklärte. In einem weiteren Schritt verfügte Pius IX. die Bulle Non expedit, mit der er den italienischen Katholiken die Teilnahme am politischen Leben sowohl als Wähler als auch als Gewählter untersagte. Gläubige Katholiken, die sich in der Nationalbewegung politisch engagierten, stellte er damit eine unlösbare Gewissensfrage, die zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen dem laizistischen und dem katholischen Italien führte. Bis zu seinem Tod am 7. Februar 1878 führte Pius IX. diese unversöhnliche Politik fort. Eine Beilegung des Konflikts zwischen dem Heiligen Stuhl und dem italienischen Staat fand erst in den Lateranverträgen im Jahr 1929 statt. Bis heute jedoch geht dieser Riss durch die italienische Gesellschaft, die immer noch diskutiert, ob die Zusammenführung des italienischen Nationalstaates mit Rom als Hauptstadt einen politischen Glücksfall oder eher einen historischen Fehlschlag darstellt.

Anne Bruch

Wie Theseus Rommel den Feldherrenstab einbrachte

Vor 75 Jahren begann die Schlacht von Gazala, die zur Eroberung Tobruks führte und den Weg nach El Alamein öffnete

Ende Mai 1942 startete der „Wüstenfuchs“, Generaloberst Erwin Rommel, seine erfolgreichste Offensive während der Kämpfe in Nordafrika. In deren Verlauf wurde die Frontlinie innerhalb von nur 36 Tagen um über 600 Kilometer nach Osten verschoben. Darüber hinaus fiel auch die britische Küstenfestung Tobruk.

Im Februar 1942 waren sowohl die Offensiven der deutsch-italienischen Panzerarmee Afrika unter Rommel als auch sämtliche Gegenangriffe der 8. Armee des alliierten Middle East Command unter Lieutenant General Neil Ritchie gescheitert. Nun lagen sich die Truppen beider Seiten so wie in den Grabenkämpfen des Ersten Weltkriegs in einem System von Stellungen gegenüber. Dieses reichte von Ain el Gazala an der libyschen Mittelmeerküste bis zur festungsartig ausgebauten Oase von Bir Hakeim 80 Kilometer südlich davon. Dabei befand sich Rommel in einer strategisch ungünstigeren Situation als der Gegner. Obwohl die Wehrmacht Kreta besetzt hatte und den britischen Stützpunkt Malta durch ständige Luftangriffe blockierte, floss sein Nachschub immer noch vergleichsweise zäh. Deshalb war es unbedingt nötig, den Tiefwasserhafen in Tobruk östlich von Gazala zu erobern – zumal die durch Commonwealth-Truppen gehaltene Festung dort auch das größte Hindernis auf dem Wege in Richtung Suezkanal darstellte.

> Das Unternehmen Theseus gilt als einer der größten militärischen Erfolge Rommels

Rommels Operationsplan vom 5. Mai 1942 für das Angriffsunternehmen mit dem Codenamen „Theseus“ lautete deshalb folgendermaßen: Nach Ablenkung des Feindes durch eine scheinbar frontale Attacke auf Gazala überraschende Umgehung des Verteidigungsriegels im Süden bei Bir Hakeim und dann Angriff im Rücken der 8. Armee. Anschließend handstreichartige Einnahme von Tobruk, wobei die dortigen Depots gleich noch die Versorgungsprobleme der Panzerarmee Afrika abmildern sollten. Dafür standen dem Generaloberst insgesamt drei deutsche und italienische Panzerdivisionen sowie sechs Infanteriedivisionen zur Verfügung – alles in allem 565 Panzer, 9000 sonstige Fahrzeuge, 460 Flugzeuge und 90 000 Mann.

Auf Seiten des Gegners, der durch entzifferte Funksprüche von der bevorstehenden Offensive wusste, warteten zwei Panzerdivisionen und zwei Panzerbrigaden mit 849 Kampfwagen. Dazu kamen 190 Flugzeuge und zehn britische, südafrikanische und indische Infanteriedivisionen beziehungsweise -brigaden, darunter die polnische Karpatenbrigade und die 1. Freie Französische Brigade unter Général de Brigade Marie-Pierre Kœnig mit zusammen 110 000 Mann.

Rommel, der also über weniger Panzer und Soldaten verfügte, startete seine Offensive am 26. Mai 1942 um 14 Uhr mit dem Scheinangriff im Norden. Daraufhin konzentrierten die Alliierten tatsächlich ihre Kräfte dort, denn sie kannten nur den Termin für das Unternehmen „Theseus“, jedoch keine Details der Planungen. Danach begann im Schutze der Dunkelheit die Umgehungsbewegung nach Süden. Insofern verlief der erste Teil der Operation erfolgreich. Anschließend änderte sich die Situation allerdings, weil die 3700 Franzosen, schwarzen Kolonialsoldaten und Fremdenlegionäre in den Stellungen von Bir Hakeim der Achsenstreitmacht bis zum 11. Juni standhielten – nicht zuletzt wegen Rommels Verzicht auf den Einsatz von Panzern gegen das Bollwerk in der Wüste.

Und auch sonst verfehlten die deutsch-italienischen Kampfverbände zunächst viele ihrer Operationsziele. Zwar konnten die 15. und die 21. Panzerdivision unter den Generalmajoren Gustav von Vaerst und Georg von Bismarck tatsächlich im Bogen um die Gazala-Linie herum vorstoßen, sie verloren dabei aber ein Drittel ihrer Panzer. Diese zogen im Duell mit den neuen mittleren Kampfpanzern vom Typ Medium Tank M3 der Briten aus US-amerikanischer Produktion unerwartet oft den Kürzeren. Darüber hinaus haperte es auch mit der Versorgung, denn der Rest des Umfassungskontingents war zurückgeblieben. Und das, obwohl die beiden Angriffsverbände nur Wasservorräte für vier Tage mitführten. Außerdem gerieten Teile der Panzerarmee Afrika in eine Art Kessel. Rommels Führungsstab wollte schon zum Rückzug blasen.

> Der Preis für den Sieg, darunter 400 Panzer, erwies sich als zu hoch

In dieser Situation ging Ritchie auf Druck des Middle-East-Oberbefehlshabers General Claude Auchinleck zur Gegenoffensive über (Operation Aberdeen). Die scheiterte aber schon am 5. Juni aufgrund der konzentrierten Gegenwehr Rommels, dessen Panzerspitzen nun davon profitierten, dass ihnen einige alliierte Nachschublager in die Hände gefallen waren. Sechs Tage später räumte Kœnig Bir Hakeim. Daraufhin befahl Auchinleck am 14. Juni, die Gazala-Stellung komplett aufzugeben und eine neue Verteidigungslinie vor Tobruk zu bilden.

Doch die sollte ebenfalls nur bis zum 17. Juni standhalten. Dann zog sich die 8. Armee zunächst bis ins 160 Kilometer entfernte Marsa Matruh und später noch weiter nach Osten in die El-Alamein-Stellung zurück, die 110 Kilometer vor Alexandria lag.

Dadurch konnte Rommel mit dem Sturm auf Tobruk beginnen, wo die 2. südafrikanische Infanterie-Division unter Major General Hendrik Klopper ausharren sollte. Die Festung fiel nach nur einem Tag Kampf am 21. Juni 1942, deren 32 000 Verteidiger gerieten in Gefangenschaft. Insgesamt büßten die Alliierten ab dem 26. Mai 50 000 Mann durch Tod, Verwundung oder Gefangennahme ein. Dagegen lagen die Personalverluste auf deutsch-italienischer Seite lediglich bei rund einem Zehntel davon. Allerdings hatte die 8. Armee etwa 400 Panzer Rommels vernichten können – und dieser Umstand sollte sich später als ebenso fatal erweisen wie das Abblasen des geplanten Unternehmens Herkules, also der Eroberung Maltas, denn hierdurch vermochten die Briten bald wieder größere Attacken gegen die Versorgungsflotte für die Panzerarmee Afrika von der Insel aus zu starten.

Die Eroberung Tobruks brachte Rommel die Beförderung zum jüngsten Generalfeldmarschall der Wehrmacht, während Ritchie sein Kommando verlor. Das nächste Ziel des „Wüstenfuchses“, dessen Truppen am 23. Juni die Grenze zu Ägypten überschritten, war der Vorstoß in Richtung Kairo und Suezkanal. Dazu musste er allerdings den Sperrriegel bei El Alamein überwinden. Das misslang jedoch wegen des absolut unzureichenden Nachschubs. So trafen im Juli lediglich 20 Prozent der benötigten Versorgungsgüter an der Front ein. Deshalb erlahmte die deutsch-italienische Offensive, woraufhin sich der Stellungskrieg in Nordafrika fortsetzte.

Wolfgang Kaufmann

Einigung in London auf Neutralisierung

Vor 150 Jahren wurde die Luxemburgkrise gelöst – Der durch sie bewirkte Bruch zwischen Napoleon III. und Bismarck aber blieb

Vor 150 Jahren brachte die Luxemburgkrise Europa an den Rand eines Krieges. Sie zerrüttete das Verhältnis zwischen Frankreich und Preußen, die kein halbes Jahrzehnt später gegeneinander Krieg führen sollten, und bescherte Luxemburg eine „immerwährende Neutralität“.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen, stützte seine Herrschaft wie sein noch berühmterer Onkel weniger auf das Gottesgnadentum als auf die Zustimmung der Nation. Dieser Zustimmung glaubte der Kaiser sich durch regelmäßige außenpolitische Erfolge vergewissern zu müssen. Das führte zu einer aktiven, offensiven, aggressiven, expansiven, interventionistischen und imperialistischen Außenpolitik. Wenn Napoleon III. auch wie sein Oheim ein Kind der Revolution war, so strebte er doch in klassisch französischer Manier an den Rhein, getreu dem französischen Anspruch, dass es sich bei ihm nicht um „Deutschlands Fluss“, sondern wie die Pyrenäen um Frankreichs „natürliche Grenze“ handele. Folglich hatte Napoleon bereits vor dem Deutschen Krieg von 1866 am 12. Juni jenes Jahres mit Österreich einen Geheimvertrag geschlossen, der für den Fall einer Neuordnung Deutschlands nach dem erwarteten österreichischen Sieg im absehbar bevorstehenden Krieg gegen Preußen die Umwandlung der preußischen Rheinlande in einen de jure „unabhängigen“ französischen Satellitenstaat vorsah.

Nun kam es zwar tatsächlich zu dem erwarteten preußisch-österreichischen Krieg, aber wider Erwarten gewann ihn nicht Österreich, sondern Preußen, und es war deshalb primär Preußen, mit dem Frankreich nun die deutsche Nachkriegsordnung zu verhandeln hatte. Naheliegenderweise konnte Frankreich schwerlich vom siegreichen Preußen die Abtretung seiner Rheinlande verlangen. Doch auch die zu den Verlierern des Deutschen Krieges gehörenden vormaligen Verbündeten Österreichs Bayern und Hessen-Darmstadt besaßen linksrheinisches Gebiet. Hieran äußerte Frankreich gegenüber Preußen in schriftlicher Form Interesse. Doch Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck war nicht bereit, der preußisch-französischen Freundschaft linksrheinisches Deutschland zu opfern. Statt der schriftlichen französischen Interessensbekundung nachzukommen, setzte er die Süddeutschen darüber in Kenntnis, die darüber schockiert Schutz vor dem französischen Imperialismus in den von Preußen ihnen angebotenen Schutz- und Trutzbündnissen suchten.

Um der Verständigung mit Frankreich willen stellte Bismarck sich dem französischen Drang an den Rhein jedoch nicht grundsätzlich entgegen. Vielmehr versuchte er, diesen auf Gebiet abzulenken, das er zum französischen Kulturkreis zählte. Die Franzosen waren damit grundsätzlich einverstanden.

Der Erwerb belgischen Territoriums war für Frankreich nicht so einfach. Großbritannien legte nämlich großen Wert darauf, dass die der Themsemündung gegenüberliegende Küste des europäischen Kontinents nicht in die Hände einer seefahrenden Großmacht fiel, die mit ihrer Flotte die Themsemündung hätte kontrollieren und schlimmstenfalls blockieren können. Deshalb hatte das Vereinigte Königreich nach der Belgischen Revolution von 1830 gleich in zwei Londoner Konferenzen die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens durch die europäischen Großmächte garantieren lassen.


Bild: Streppel from nl

Nach der Londoner Konferenz über acht Jahrzehnte neutral: Das Großherzogtum Luxemburg

Luxemburg war hingegen unproblematischer. Es handelte sich um einen Binnenstaat, bei dem weder die Neutralität noch die Unabhängigkeit international garantiert war. „Einmal in Luxemburg, sind wir auf der Straße nach Brüssel“, frohlockte Vincent Graf Benedetti, Frankreichs Botschafter in Berlin. Der luxemburgische Großherzog Wilhelm III., in Personalunion König der Niederlande, befand sich in Geldnot und war bereit, sein Großherzogtum an die Franzosen zu verkaufen. Die niederländische Regierung stand der in Aussicht genommenen Beendigung der niederländisch-luxemburgischen Personalunion ebenfalls positiv gegenüber, stand ihr doch die Verwicklung Dänemarks in den Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 durch die Personalunion des Königreiches mit den Elbherzogtümern mahnend vor Augen.


Wollte Luxemburg Wilhelm III. abkaufen: Napoleon III. Bild: CF

Auch Bismarck war mit einem französischen Luxemburg einverstanden, denn für ihn war das Großherzogtum hinsichtlich „Nationalität und Sprache“ eher französisch als deutsch. Dem Politiker war jedoch durchaus bewusst, dass die deutsche Nationalbewegung das anders sah, und er forderte deshalb die französische Seite auf, diskret mit Wilhelm III. handelseinig zu werden und dann die Öffentlichkeit und scheinbar auch ihn vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Franzosen folgten Bismarcks Rat.

Wenige Tage, nachdem die Verhandlungen Napoleons III. mit Wilhelm III. begonnen hatten, am 19. März 1867, veröffentlichte der „Preußische Staatsanzeiger“ die preußischen Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Bismarcks Motive waren innerdeutsche, doch Wilhelm III. missverstand diese Veröffentlichung als außenpolitische Drohgebärde. Der Deutsche Bund, dessen Bundesfestung Luxemburg gewesen war, war zwar bereits 1866 im Deutschen Krieg untergegangen, aber aus jener Zeit standen immer noch preußische Truppen in der Festung, und Wilhelm scheute es, den großen Nachbarn im Osten mit einem Fait accompli zu konfrontieren. Entgegen dem französischen Rat setzte er am 26. März 1867 auf offiziellem diplomatischen Wege den preußischen König über die Verhandlungen in Kenntnis und versicherte diesem, dass er in der Angelegenheit nichts ohne dessen Kenntnis und Einverständnis unternehmen werde.

Wilhelm III. Bild: CF

Damit war genau das eingetreten, was Bismarck hatte verhindern wollen: Preußen musste Farbe bekennen zu einem Zeitpunkt, als von seiner Stellungnahme das Gelingen des Projekts abhing. Bismarck befand sich in der Zwickmühle, entweder mit Napoleon III. oder der deutschen Nationalbewegung zu brechen. Bismarck war die Nationalbewegung wichtiger. Am 3. April 1867 beantwortete er die Mitteilung Wilhelms III. telegrafisch mit dem dringenden Rat, von einem Verkauf abzusehen, da „der Krieg nach der Aufregung der öffentlichen Meinung kaum zu verhüten sein würde, wenn die Sache vor sich ginge“. Wilhelm III. befolgte den Rat.

Napoleon III. empfand Bismarcks offizielles Nein nach dem vorherigen inoffiziellen Ja als Verrat. Das Vertrauen zwischen den beiden war nachhaltig gestört. Ein Sprung Preußens über den Main und eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter preußischer Führung ohne französischen Widerstand war damit ausgeschlossen.


Wollte sich scheinbar überrumpeln lassen: Otto von Bismarck Bild: CF

Damals, im Frühjahr 1867, kam es jedoch noch nicht zum Krieg. Vom Scheitern der französischen Intervention in Mexiko mussten sich das Kaiserreich und seine Armee erst einmal erholen. Zudem sollte die am 1. April eröffnete prestigeträchtige Pariser Weltausstellung, in der die Grande Nation die Welt zu Gast hatte, nicht durch einen Krieg mit dem Nachbarn überschattet werden. Und Bismarck wollte den Norddeutschen Bund sowie die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten nicht schon gleich zu Beginn einer derartigen Belastungsprobe aussetzen. In einer derartigen Situation bietet sich eine internationale Konferenz an. Nach der Belgischen Revolution hatten die Großmächte in London eine Lösung für die Zukunft des Landes gefunden; da lag es nahe, bei Luxemburg analog zu verfahren. Die Anregung kam vom Gastgeberland Großbritannien, die Ehre einzuladen, wurde Wilhelm III. gewährt, ging es doch um sein Großherzogtum.

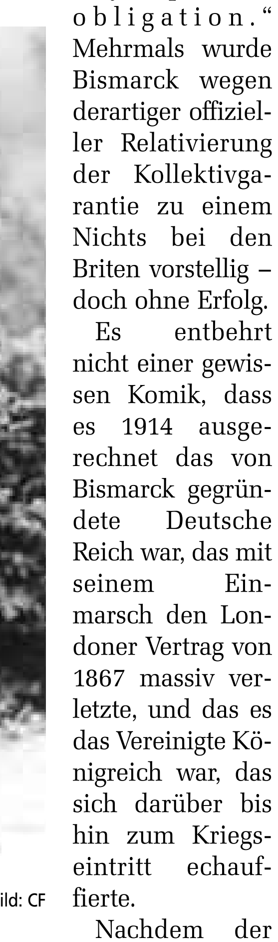
Vom 7. bis 11. Mai tagte die Londoner Konferenz bezüglich Luxemburg. Wieder waren alle europäischen Großmächte dabei. Diesmal gehörte aber neben den klassischen fünf Großmächten der Pentarchie auch der sechs Jahre zuvor gegründete italienische Nationalstaat dazu. Des Weiteren waren Luxemburg, um das es ging, und dessen Nachbar Belgien vertreten.

Hauptergebnis der Konferenz war, dass es zu dem von Napoleon III. angestrebten Kauf Luxemburgs nicht kam, vielmehr der niederländische König weiterhin Großherzog von Luxemburg blieb. Auch blieb der Staat Mitglied des Deutschen Zollvereins. Dafür zog Preußen seine Garnison aus der Festung ab und die Festungswerke wurden geschleift. Nach belgischem Vorbild wurde Luxemburg für neutral und unabhängig erklärt sowie die Wahrung sowohl der „immerwährenden Neutralität“ als auch der Unabhängigkeit von Frankreich, Großbritannien, Preußen, Österreich und Russland garantiert.

Anders als im Falle Belgiens wenige Jahrzehnte zuvor hatte diesmal vor allem Preußen auf eine international garantierte Neutralität und Unabhängigkeit Wert gelegt. Nach der Verschlechterung der preußisch-französischen Beziehungen infolge der Luxemburger Krise wollte Bismarck ein französisches Luxemburg in unmittelbarer Nachbarschaft verständlicherweise verhindert wissen. Ohne preußische Truppen und mit geschleifter Festung wäre der Kleinstaat dem französischen Nachbarn jedoch ohne internationale Garantien ziemlich hilflos ausgeliefert gewesen.

Großbritannien hingegen zeigte anders als seinerzeit im Falle Belgiens wenig Engagement. Da die luxemburgische im Gegensatz zur belgischen Frage nicht die kontinentale Gegenküste der Themsemündung betraf, zeigte London wenig Bereitschaft, sich deswegen in einen Krieg ziehen zu lassen. Zudem verfolgte die damalige britische Regierung eine eher isolationistische als interventionistische Politik. Mit dem Reform Act von 1867, einer Wahlrechtsreform, welche die Zahl der Wahlberechtigten glatt verdoppelte, hatte sie im eigenen Land genug zu tun.

Die Briten sorgten deshalb für einen bemerkenswerten Unterschied zwischen den Garantieerklärungen für Belgien und Luxemburg. Während im Falle des Küstenstaates jede einzelne der fünf Großmächte Neutralität und Unabhängigkeit garantiert hatte, handelte es sich im Falle des Binnenstaates nur um eine Kollektivgarantie. Von britischer Seite wurde das in der Weise interpretiert, dass ihr Land nur als Bestandteil des Kollektivs zur Verteidigung von Luxemburgs Neutralität und Unabhängigkeit tätig zu werden brauche. Da aber zu erwarten war, dass eine Verletzung der Neutralität oder Unabhängigkeit Luxemburgs entweder im Interesse Preußens oder Frankreichs lag, war nicht anzunehmen, dass das Kollektiv der Garantiemächte in seiner Gesamtheit sich auf Gegenmaßnahmen würde verständigen können. Der britische Premier Edward Geoffrey Smith-Stanley zog daraus die Schlussfolgerung, dass aufgrund der Kollektivgarantie sein Land bei einer Verletzung der luxemburgischen Unabhängigkeit oder Neutralität zweifellos das Recht habe, Krieg zu führen – aber nicht notwendigerweise die Pflicht. An 14. Juni 1867 erklärte er im Unterhaus: „It would, no doubt, give a right to make war, but not necessarily impose the obligation.“ Mehrmals wurde Bismarck wegen derartiger offizieller Relativierung der Kollektivgarantie zu einem Nichts bei den Briten vorstellig – doch ohne Erfolg.



Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass es 1914 ausgerechnet das von Bismarck gegründete Deutsche Reich war, das mit seinem Einmarsch den Londoner Vertrag von 1867 massiv verletzte, und das es das Vereinigte Königreich war, das sich darüber bis hin zum Kriegseintritt echauffierte.

Nachdem der deutsche Nachbar auch im Zweiten Weltkrieg die Neutralität und Unabhängigkeit Luxemburgs ignoriert hatte, wurde 1948 formell die ab 1867 bestehende „immerwährende Neutralität“ aufgehoben. Damit war der Weg in die Nato frei.

Manuel Ruoff

Der Moment der Woche


Foto: Timothy Mardo

Da klingeln dem braven, angepassten Mainstream-Journalisten die Ohren: Von Steigbügelhaltern und Parlamenten als Puppentheatern singen die Söhne Mannheims und meinen unter anderem genau ihn, den Journalisten, der „die Tatsachen schon wieder verdreht“.

Das Stück „Marionetten“ ist auf dem neuen Album „MannHeim“ der Band um Xavier Naidoo zu finden und bringt mit perlendem Pop und provozierendem Text derzeit die Medien zum Brodeln. Das sei der „Soundtrack zu Pegida“ empört man sich. „Ist Naidoo ein Hassmusiker?“, fragt der Fokus schockiert. Die Antwort: Nein, die Söhne Mannheims haben einfach nur einen astreinen Protestsong abgeliefert. *FH*

Inspirierende Alltagssadisten

Querulanten im Internet werden Trolle genannt – Manchmal sind sie sogar ziemlich nützlich

Was soll denn dieser Unsinn?!“ Jeder, der schon einmal im Internet in Diskussionsforen oder auf Kommentarspalten unterwegs war, kennt den Moment, wo plötzlich ein Beitrag ins Auge sticht, dessen verquerer Inhalt wütend macht oder Kopfschütteln verursacht und das Verlangen auslöst, dem Verfasser des Textes sofort und mit aller Macht die Meinung zu sagen. Dann ist man auf einen Troll gestoßen.

Diese, früher nur aus der nordischen Märchen- und Sagenwelt bekannten, meist recht unangenehm daherkommenden Wesen tummeln sich nämlich jetzt auch in den virtuellen Weiten des Internets. Ihr Ziel besteht darin, aus der Anonymität heraus Mitnutzer zu provozieren, Konflikte zu entfachen und jedwede vernünftige Debatte zu sabotieren. Dazu verwenden die Trolle charakteristische Techniken wie die Verfälschung von Zitaten, Verbreitung von Halbwahrheiten oder allerlei irrelevanten Informationen sowie abrupte Themenwechsel.

Manche Trolle tun dies, weil sie eine gestörte Persönlichkeit beziehungsweise zu viel Freizeit haben oder beides. Andere leben ihren Hang zum Alltagssadismus und Narzissmus aus. Einige verfolgen aber auch konkrete politische oder wirtschaftliche Ziele. Das gilt besonders für all jene Störenfriede, die im Auftrag von Regierungen, Unternehmen oder Geheimdiensten agieren. Dabei gerieten in der Vergangenheit Länder wie Nordkorea und Russland in Verdacht, regelrechte Troll-Armeen zu beschäftigen. Aber die meisten Plagegeister im Staatsdienst leisten sich wohl die USA und Großbritannien. Dort verfügt man über Computerprogramme, die Unmengen falscher Identitäten per Knopfdruck generieren können. So entstehen künstliche Trolle, die auf andere Nutzer freilich komplett real wirken.

Als wirksamstes Mittel gegen die Nervensägen im Netz wird meist empfohlen, sie keinesfalls noch zu füttern, das heißt, man soll ihre Beiträge ignorieren und unkommentiert lassen – die Verweigerung der erhofften Aufmerksamkeit führe dann zum Abtauchen der Trolle. Zudem sperren viele Seitenbetreiber sie einfach kurzerhand aus. Allerdings ist dabei nicht immer genau erkennbar, wo die Grenze zwischen legitimer Notwehr und der Zensur unerwünschter Meinungen liegt. Neuerdings müssen sie anscheinend auch als Vorwand herhalten, wenn es darum geht, zu verhindern, dass Leute über brisante Themen diskutieren.

Ansonsten sind die Internet-Trolle auch nicht nur schlecht – genau wie jene in den Märchen und Sagen. Denn manche beleben die Netzkultur, indem sie gegen die bleierne Langeweile anstänkern, die der allgemeine Konsens mit sich zu bringen pflegt. Gekonntes Trollverhalten kann sogar zur Kunstform geraten und die Kommunikation sowie den Humor im Internet nachhaltig inspirieren.

Auf jeden Fall aber gehen von den Trollen – so sehr sie Geduld und Nerven strapazieren mögen – deutlich weniger Gefahren aus als von Viren und Trojanern, die den Computer ruinieren oder sensible Daten stehlen können. Denn Trolle richten ja keine materiellen Schäden an. Zudem geben sie auch einen guten Indikator für die Gesundheit des Meinungsklimas im Internet ab: Da, wo die Besserwisser, Provokateure und Nörgelfritzen ihre ökologischen Nischen finden, kann auch jeder andere frei sagen, was er möchte. Und das ist gut so – obwohl es eben leider seinen Preis hat, den die Trolle auf ihre ganz eigene Weise mitbestimmen.

Wolfgang Kaufmann

Troll mit Tiefgang

Mit zumindest überlegenswerten Gedanken reagiert dieser Troll auf Äußerungen von Phillipp Lahm. Der Bayern-Fußballer hatte mit Blick auf die AfD in der „Welt“ gewarnt, dass Deutschland nicht rechts werden dürfe. Der Troll schreibt:

Worin definiert sich rechts? Für mich bedeutet es:

1. Mithilfe der Manipulation, mit dem Mittel der Massenmedien Halbwahrheiten oder gar direkte Lügen in den Köpfen der Menschen zu implantieren.

2. Mit Mitteln der direkten Gewalt unerwünschte, politische Meinungen brutal zu unterdrücken.

4. Bestehende, politische Systeme mit aller Gewalt vor echter Veränderung „zu beschützen“.

5. Diskriminierung, Verleumdung, berufliche Ver- und Behinderung Andersdenkender.

Schaue ich mir die Punkte an, werden diese durch unsere Bundesregierung erfüllt. Daher ist jeder Bürger, der bei der Wahl ein Kreuz hinter den gewohnten Massenparteien setzt, selbst ein typisch rechtsgerichteter, denkender und handelnder Mensch.

Liebet eure Feinde – aber bitte nicht die AfD

Mit unversöhnlichem Hass reagieren die Kirchenoberen auf die neue Partei, dabei findet sie gerade unter Christen viele Anhänger

Der evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg vom 24. bis 28. Mai ist keine Ausnahme: Die Vertreter der AfD werden weitgehend ausgegrenzt, die Partei als unchristlich verdammt. Nichts könnte falscher sein.

Jeder Event, jedes Festival hat seinen Star. Der Deutsche Evangelische Kirchentag auch. 2003, beim ökumenischen Großtreffen in Berlin, war es der Dalai Lama. In diesem Jahr, wieder in der Bundeshauptstadt und mitten im Luther-Gedenken, wird Barack Obama der Publikumsmagnet sein. Der ehemalige US-Präsident, Mitglied der United Church of Christ, will am 25. Mai am Brandenburger Tor mit Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutieren. Das eher profane Thema: „Engagiert Demokratie gestalten – Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen.“

Das kommt längst nicht bei allen gut an. „Reine Politshow“, sagt der ZDF-Moderator und evangelikale Bestsellerautor Peter Hahne: „Warum spricht Obama nicht mit jungen Christen über Jesus, Glauben, Bibel, Luther?“ Die Antwort, das weiß der ehemalige EKD-Synodale Hahne nur zu gut, liegt auf der Hand: Weil sich in der zerklüfteten Kirche der Reformation weithin Sprachlosigkeit in Glaubensdingen ausgebreitet hat. Politik sticht Theologie aus. Wie sagte der damalige Ratsvorsitzende Manfred Kock 1998 auf der Synode im westfälischen Münster: „Wir trauen der christlichen Botschaft nicht zu, die Ohren und Herzen der Zeitgenossen zu erreichen und stürzen uns deshalb auf die aktuellen Fragen, von denen in der Öffentlichkeit die Rede ist.“ Es sei ein Irrglaube anzunehmen, die Kirche würde dadurch mehr Aufmerksamkeit erreichen.

Das sieht, von eher liberaler Warte her, Friedrich Wilhelm Graf ähnlich. Graf ist emeritierter evangelischer Theologieprofessor. Er hat über Jahrzehnte das öffentliche Gebaren von „Gottes Bodenpersonal“ verfolgt. Seine Beobachtungen fasste er in einem Katalog von „Kardinal-Untugenden“ protestantischer und auch katholischer Amtsträger zusammen. Graf rügte den „autoritären, oft auch besserwisserischen Habitus, mit dem manche Bischöfe in den öffentlichen politischen Streit intervenieren“.

Als sein schmales Bändchen „Kirchendämmerung“ 2011 erschien, war noch nicht von der AfD die Rede. Doch lässt sich mit Grafs Befund haargenau die Selbstherrlichkeit belegen, mit der Repräsentanten der Amtskirchen der noch relativ jungen Partei begegnen. Zum 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg, einem Großereignis im Luther-Jahr unter dem etwas schlichten Motto „Du siehst mich“, bei dem etablierte Parteien in Gruppenstärke Schau laufen, hat man halbherzig und erst nach einigen verbalen Verrenkungen eine (!) AfD-Vertreterin zu einem Streitgespräch mit dem Berliner Bischof Markus Dröge eingeladen: Anette Schultner, Sprecherin der Bundesvereinigung „Christen in der AfD“.

Selbst gegen diese Mini-Vertretung regte sich Widerstand. Die Kirchentagsleitung wurde massenhaft mit Petitionen eingedeckt, die Zuladung wieder zurückzunehmen. Immerhin: Es bleibt dabei. Die Dame wird es freilich nicht leicht haben. Der geplante Disput ist Teil des, man staune, Schwerpunktprogramms „Reiz und Risiko von Verschwörungstheorien“ und „Wiederkehr des völkischen Denkens“.

Wie immer man zu dieser kleinen Lösung stehen mag: Die Protestanten machen etwas, was die katholischen Geschwister, genauer: die Leitung des 100. Deutschen Katholikentages 2016 in Leipzig abgelehnt hatte. Der kategorische Ausschluss der AfD von den Podien dieses Laientreffens wurde in der öffentlichen Wahrnehmung zur eigentlichen Botschaft aus der Messestadt an der Pleiße. Es hatte durchaus Warnungen vor einer „Ausschließeritis“ gegeben. Durchgesetzt hat sich aber dann das (was für ein martialisches Wort) Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Dabei war man, und das gilt für beide Konfessionen, stets stolz auf die „gesellschaftlichen Labore“, wie die großen Christentreffen genannt wurden. Es konnten neue, auch unbequeme, radikale Positionen diskutiert werden. In Leipzig hingegen blieben die Menschen mit der politisch korrekten Gesinnung unter sich. Das ging selbst dem Chef der Katholischen Nachrichten-Agentur, Ludwig Ring-Eifel gegen den Strich. Zweifelnd fragte er in seinem Kommentar „Ob das eine freie Gesellschaft weiterbringt?“

> 15 Prozent der Katholiken würden AfD wählen

Der schroffe Umgang der ZdK-Spitze mit der AfD hat einen sachlichen Diskurs über die Flüchtlingsfrage verhindert. Beide Seiten verhedderten sich in Polemik. Von AfD-Seite wurde die Kirche als „Asylindustrieverband“, der das Gespräch mit der Partei wegen der Angst vor „Geschäftsschädigung“ ablehne, geschmäht. Die Bischofskonferenz antwortete: „Gequatsche“. Und während des jüngsten Bundesparteitages der AfD in Köln lud die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zu Veranstaltungen unter dem anzüglichen Motto „Unser Kreuz hat keine Haken“ ein. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentierte: „Kirchen sind weder Verfassungsschutz noch politische Parteien noch öffentliche Hygieneanstalten.“

Das begreift die Basis besser als die Spitze: Es geht ein Riss durch die Kirchen. Die Herde folgt nicht unbedingt ihren Hirten. 15 Prozent der Katholiken würden der AfD ihre Stimme geben, hat das Erfurter Meinungsforschungsinstitut Insa herausgefunden. Am Umgang mit dem Asylproblem scheiden sich die Geister. Vielen als konservativ bezeichneten Christen stößt bitter auf, dass Kirchenleiter, was die Aufnahme von Asylbewerbern und Zuwanderern angeht, keinen Unterschied zwischen den Religionen und Konfessionen machen. „Sind wir schon soweit, dass wir aus Gründen der Politischen Korrektheit die Mahnung des Apostels Paulus vergessen haben?“, meldete sich im Internet ein katholischer Philosophieprofessor zu Wort. „Helft zuerst Euren Brüdern“, lautet die Forderung des Apostels.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry, eine Protestantin, hat Anfang des Jahres in einem Streitgespräch mit dem rheinischen Präses Manfred Rakowski den Kirchen vorgehalten: „Wer für unsere Situation das Gleichnis vom barmherzigen Samariter heranzieht, vergewaltigt biblisches Wissen.“ Der Kirche gehe das Bewusstsein dafür verloren, dass Barmherzigkeit und Toleranz gegenüber Fremden nur möglich seien, wenn der Rechtsstaat funktioniere, also kein „Staatsversagen“ vorliege.

Die EKD schwingt die Keule gegen jeden, der Barmherzigkeit anders buchstabiert als die Apologeten einer naiven „Willkommenskultur“. In Einzelfällen mag das berechtigt sein. Wenn allerdings Kritik an der Zuwanderung und der Ruf nach einer „Willkommenskultur für einheimischen Nachwuchs“ pauschal als unchristlich verdammt werden, überdehnt die Kirche das von ihr reklamierte gesellschaftliche Wächteramt. Vor dem Kirchentag in Berlin und in der Lutherstadt Wittenberg lohnt sich ein Blick auf die politische Szene in Sachsen-Anhalt. Gottfried Backhaus ist Landtagsabgeordneter und Gründungsmitglied der „Christen in der AfD“. Die Kirchen, sagt er, agierten wie rot-grüne Arbeitskreise, sie grenzten Andersdenkende in ihren Gemeinden aus: „Man will gar nicht reden. Mir ist fast die Zeit zu schade, immer und immer wieder den Austausch zu suchen.“ Dabei ist seine Partei diejenige, die in jüngster Zeit „klare Kante“ in ethischen Fragen gezeigt hat.

Man muss sie ja nicht mögen, aber man sollte nicht darüber hinweg sehen: Entschiedener als andere, etwa SPD, Grüne und FDP, die selbstverständlich bei Kirchentagen gern gesehen sind, hat sich die AfD klar für den Lebensschutz eingesetzt. Sie bekennt sich zur Ehe als einer Verbindung von Mann und Frau, offen für Kinder. Sie tritt der – von der EKD gepflegten – modernistischen Gender-Ideologie, für die vor Jahren im hessischen Gelnhausen ein eigenes Studienzentrum eingerichtet worden war, entgegen. Zum Christentreffen in Berlin und Wittenberg hat die von Bischöf Dröge geleitete Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz ein besonderes Event geplant: eine „Trauung für alle“. Auf der Facebookseite des Kirchentages beschrieb eine Teilnehmerin ihre Erwartungen: „Ich freue mich besonders auf die Trauung homosexueller Paare.“ Ein anderer Forumsteilnehmer konterte kurz und knapp: „Abscheulich, was dieser ‚Kirchentag‘ hier veranstaltet.“ *Gernot Facius*


Foto: pa

Priester aus totem Holz, sprachlos in christlichen Glaubensdingen, mit starrem Blick auf eine „naive Willkommenskultur“





Nr. 19 – 12. Mai 2017

Sonnabend, 13. Mai 2017
10 bis 17 Uhr Stadthalle Neuss

Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen

Ausverkauft!

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung Platz für maximal 900 Personen. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, können auch keine Karten mehr an der Tageskasse erworben werden. Der Kartenverkauf ist abgeschlossen und die Veranstaltung ausverkauft. Ohne gültige Eintrittskarte zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss zu fahren, ist also zwecklos.

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Musikverein Holzheim, BernStein, Herbert Tennigkeit u.v.m.

Stadthalle Neuss,

Selikumer Str. 25, 41460 Neuss



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn sich an diesem Wochenende in Neuss beim Treffen der Ostpreußen alte Landsleute und junge Nachfahren der Vertriebenen zusammenfinden, um der Heimat zu gedenken, werden auch neue Freunde unseres schönen Landes dabei sein, die unsere Zeitung bisher nicht oder kaum gekannt haben. Beim Lesen des Ostpreußenblattes werden sie auf diese Kolumne stoßen und fragen: Wer oder was ist denn die Ostpreußische Familie? Eine kurze Antwort gibt es in jeder *PAZ*-Ausgabe, sie ist in dem blauen Kasten zu finden und stellt das Hauptanliegen dieser Kolumne heraus: Leserwünsche zu erfüllen oder zu vermitteln, für die bisher kein Weg gefunden wurde, da es sich um sehr spezielle Fragen handelt, die vor allem die ostpreußischen Geschichte und Leben und Schicksal ihrer Menschen betreffen. Wir Vertriebenen aus der Erlebnisgeneration bewahren mit unseren Erinnerungen ein Kapital, das gar nicht hoch genug einzuschätzen ist, denn nichts geht über dieses abrufbare erlebte Wissen von Zeitzeugen, die sich voll an das Geschehen erinnern können. Das machen sich nicht nur jüngere Menschen zum Zweck der Ahnenforschung oder zur Ergänzung ihrer Familiengeschichte zu Nutze sondern auch wissenschaftliche Institutionen, die sich mit entsprechenden Themen befassen, und zwar weltweit. So hat unser, auf kleine Wünsche ausgerichteter Leserbriefkasten von einst immer mehr an Bedeutung gewonnen, je weiter die Zeit voranschreitet.

Zwar sind die Zeiten vorbei, als ein Leser durch unsere Ostpreußische Familie auf Anhieb 80 Verwandte finden konnte – vor der Veröffentlichung hatte er von keinem gewusst –, aber wenn heute einem noch in Königsberg Geborenen durch Zuschriften aus unserem Leserkreis die Kindheit erhellt wird, sodass er Elternhaus und Schule richtig einordnen kann und sogar Menschen findet, die ihm von seiner Großmutter erzählen können, dann bedeutet das für den Betreffenden sehr viel. Und für die Informanten auch. Ohne sie, die inzwischen einen treuen Helferstamm bilden, hätte unsere Ostpreußische Familie nicht solch einen guten Ruf, der bewirkt, dass auch Fragen an uns gestellt werden, die nicht nur die verlorenen Ostgebiete betreffen.

Zu diesem Informanten Kreis gehört auch Herr **Peter Perrey** aus Neustadt, ein verlässlicher Mitdenker, der uns schon oft auf die richtige Spur geführt hat. Und so ist es auch diesmal, denn Herr Perrey hilft uns auch heute in einem Fall weiter, der sich wie der sprichwörtliche rote Faden durch mehrere Veröffentlichungen zog – so auch durch unsere vorletzte Ausgabe in der Folge 17. Es handelt sich um das Denkmal, das in Königsberg von der Karl-Ernst von Baer Stiftung errichtet werden soll, weil der berühmte Wissenschaftler an der Medizinischen Universitätsklinik der Königsberger Albertina tätig gewesen war. Auf dem Gelände seiner ehemaligen Wirkungsstätte soll das Monument stehen, das auch an zwei weitere bedeutende Mediziner, den Anatom Karl-Friedrich Burdach und den Zellforscher Karl Bogislaus Reichert, erinnern soll. Nur fehlte bisher eine Aufnahme des Gebäudes, bis schließlich eine Suche über unsere Kolumne einen kleinen Erfolg brachte, denn eine Königsbergerin besaß ein Foto von ihrer Einschulung, das die Sechsjährige mit Schultüte zeigte – aufgenommen vor der Hauswand der Medizinischen Klinik. Herr **Karl-Heinz Gast** aus Geilenkirchen, der sich im Namen der Stiftung an uns gewandt hatte, freute sich sehr über diesen Teilerfolg, seinen Dank brachten wir in Folge 17, und ich meinte dazu, dass der rote Faden noch längst nicht abgerollt sei – womit ich Recht hatte, denn nun tritt Herr Perrey auf den Plan und zwar mit einer dicken Überraschung. Er ist nämlich fündig geworden, und wie: Fünf Aufnahmen kann er vorlegen, die den Bogen von der Kaiserzeit bis zum zerstörten Königsberg der Nachkriegszeit spannen. Die älteste Abbildung stammt von einer Postkarte mit „Gruß aus Königsberg i. Pr., auf der das Gebäude inmitten einer großzügigen Gartenanlage mit blühenden Büschen zu sehen ist, in der eine elegant gekleidete weibliche Gestalt steht, sozusagen als symbolische „Gruß-Senderin“. Über allem ragt der Turm der neuen Neurossgärter Kirche, die 1944 durch Bomben und Brand zerstört wurde. Eine Luftaufnahme aus der Nachkriegszeit zeigt als einziges Relikt eine Wand mit hohen Fenstern. Auf diesem Bild ist als Ruine ein Teil der Medizinischen Klinik erkennbar. Zum Vergleich übermittelt Herr Perrey eine Luftaufnahme der noch heilen Stadt mit dem Klinikviertel als Mittelpunkt, ein gestochen scharfes Bild, auf dem sogar die Straßenbahn zu sehen ist, die gerade in die Kurve vom Gesekusplatz zum Steindamm einbiegt. Beide Luftaufnahmen hat Herr Perrey mit genauen Angaben versehen und macht damit dem Betrachter das Auffinden leicht. Als wichtiges Dokument für die wissenschaftliche Arbeit an der Medizinischen Klinik ist eine Aufnahme zu bewerten, die anlässlich der Verabschiedung des Internisten Prof. Dr. med. **Lichtheim** im Jahr 1912 gemacht wurde. Da die feierliche Veranstaltung im Hörsaal der Klinik stattfand, dürfte es vielleicht die einzige Aufnahme von diesem Raum sein, die noch existiert. Jedenfalls bieten diese von Herrn Perrey gefundenen Aufnahmen eine wertvolle Bereicherung für die dokumentarische Arbeit der Karl-Ernst von Baer Stiftung – und so dürfte der rote Faden noch längst nicht abgespult sein. Zuerst einmal ein freudiges Dankeschön an unsern findigen Landsmann Peter Perrey in Neustadt.



Bild: Pekrul

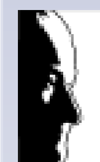
Denkmal des Walther von der Vogelweide von Georg Fugh

Dieser Brückenschlag vom Gestern zum Heute ist eine der Aufgaben unserer Ostpreußischen Familie, die sich immer stärker in den Anfragen und Wünschen, die an uns gestellt werden, bemerkbar macht. Als unsere Kolumne ins Leben gerufen wurde, war das Hauptanliegen noch ein anderes. Sie stand damals unter dem Leitmotiv „Du sollst nicht mehr allein sein“ und richtete sich vor allem an die älteren, oft ohne Familie und Freunde lebenden Landsleute, die nach Flucht und Vertreibung keine Verbindung mehr zu der verlassenen Heimat hatten, sich in der neuen Heimstatt aber noch als Fremde fühlten. Da schuf das Ostpreußenblatt mit diesem Leserbriefkasten ein Forum für die allein nicht lösbaren Fragen und Wünsche und bewirkte eine Verbindung von Mensch zu Mensch. Heute spannt sich dieser Bogen von Generation zu Generation, und einer, der ihn ständig auf Spannung hält, ist Herr **Jörn Pekrul**, ohne dessen Beträge unsere Kolumne kaum denkbar wäre. Er selber nennt sich „Königsberger Wanderer“ und geht den Spuren der deutschen Vergangenheit nach, die noch nicht verweht sind oder sichtbar gemacht werden können. So kommt er gerade von einer Königsberg-Reise zurück und kann uns wieder mit einer Überraschung erfreuen. Es geht um das 1930 von dem Bildhauer **Georg Fugh** geschaffene Denkmal des **Walther von der Vogelweide**, dessen ungewisses Schicksal uns lange beschäftigt hat, und das nach langer Irrfahrt seinen ursprünglichen Platz im Königsberger Tiergarten wieder gefunden haben soll. Hat es auch, wie uns Jörn Pekrul mit Wort und Bild nun beweist:

„Ich komme gerade aus Königsberg zurück. Ein Anlass für diese Reise war das schon mehrfach in Ihrer Kolumne erwähnte und von Ihrer Leserschaft mit Anteilnahme verfolgte Geschick der Skulptur des Walther von der Vogelweide von Georg Fugh. Es sollte in den Tiergarten heimgekehrt sein – so die letzte Information. Da hielt es der Wanderer nicht länger. Und er darf der Ostpreußischen Familie mitteilen: Es ist gut angekommen! Ein schönes Rondell schmückt seinen näheren Bereich. Ein Hinweisschild weist auf die Bedeutung dieses Kunstwerks hin. Man kann ihm nahe treten, und dennoch ist er auf seinem Platz durch ein freies Blickfeld der anderen Besucher geschützt. Sein Standort ist nördlich des Hauses, das für die älteren Königsberger noch als Restaurant und Gesellschaftshaus ein Begriff ist. Heute ist die Direktion dort untergebracht. Das Denkmal des Minnesängers steht in Sichtweite zu der Orang-Utan-Skulptur von **Arthur Steiner** und zum noch vorhandenen Denkmal für **Herrmann Claass**, dem Mitinitiator und ersten Direktor des 1896 eröffneten Tiergartens, das auf der Rückseite noch die alte deutsche Inschrift trägt. So bilden heute diese drei Kunstwerke durch ihre räumliche Nähe eine Art „zoologisches Trias“ und erinnern an den alten Tiergarten in Königsberg. Und das lohnt auf jeden Fall einen Besuch. Ich habe einige Fotos gemacht, die das Gesagte gut illustrieren. Ja, liebe Ostpreußische Familie, ich hoffe, Euch damit eine Freude zu machen“. Und das haben Sie mit Sicherheit, lieber Jörn, und wir danken Ihnen für die vielen, immer aktuellen Fotos, mit denen Sie vor allem den betagten Königsbergern, die nicht mehr reisen können oder wollen, Einblick in das heutige Leben ihrer Heimatstadt verschaffen. Soviel für heute – neue Fragen und Wünsche haben wir aus Informationsgründen zurückgestellt, sie werden in einer der nächsten Folgen erscheinen, denn wir sind ja schließlich ein „Such- und Findewunder“, wie wir kürzlich tituliert wurden. Und diese Wortschöpfung verpflichtet!

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Östlich von Oder und Neisse

Irgendjemand liebt irgendeine Sprache

Der »Verband deutscher Gesellschaften in Polen« hat mit Unterstützung des BMI die Aktion »Ich liebe die Sprache!« gestartet

Ist die deutsche Sprache für die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen noch Muttersprache? Wenn man beispielsweise Laia Arnaus Gil, Sprachwissenschaftlerin der Bergischen Universität zu Wuppertal, Glauben schenkt, ist dies nicht mehr der Fall. Sie ist der Ansicht, dass man als Muttersprache nur die in der frühen Kindheit ohne formalen Unterricht erlernte Sprache bezeichnen könne. Diese prägt sich in ihrer Lautgestalt und grammatikalischen Struktur so tief ein, dass Sprecher ihre Muttersprache(n) weitgehend automatisiert beherrschen.

Meyers Enzyklopädisches Lexikon definiert Muttersprache als Sprache, „die jeder als Kind von den Eltern oder anderen Bezugspersonen gelernt hat und im primären Sprachgebrauch verwendet“. Besucht man jedoch einen deutschen Freundschaftskreis in Danzig, Bromberg, Allenstein, Hirschberg oder Oppeln – Deutsch sprechen dort nur noch Vertreter der Vorkriegsgeneration. Wobei es auch hierbei Ausnahmen gibt. Denn im Ermland oder dem ländlichen Oberschlesien fußt die deutsche Volksgruppe oft auf slawischsprachiger Bevölkerung, die man 1945 glaubte problemlos „repolonisieren“ zu können.

Der „Verband deutscher Gesellschaften in Polen“ (VdG) hat nun mit Unterstützung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) ein Programm zur Wiederbelebung des Deutschen in den Reihen der Volksgruppe gestartet. Die Hoffnung ist, dass sich Deutschsprachige künftig anhand einer Ansteckplakette mit dem Logo der Aktion „Ich liebe die Sprache“ als solche erkennen und sich auf Deutsch ansprechen. Ziel sei die „Förderung des alltäglichen und öffentlichen Gebrauchs der deutschen Sprache, sowie das Zusammenbringen einer Gruppe, die öffentlich ihre Zuneigung gegenüber der deutschen Sprache zeigen würde“, so die Macher. Ob diese Gruppe es eher tun würde, wenn das Ziel muttersprachlich und ohne Fehler formuliert wäre?

Das Projekt heißt: „Ich liebe die Sprache!“ Ja, welche denn?, fragt man sich da. Auch wenn das Logo außer in den polnischen auch in den deutschen Farben gehalten ist, so fehlte doch der Mut zu sagen: „Ich liebe Deutsch!“ oder notfalls ebenso konkret: „Ich liebe diese Sprache.“ Was noch bezeichnender ist: In der Beschreibung des Logos steht ausdrücklich: „Das Tragen des Symbols ist kein Zeichen der nationalen Bekenntnis.“ Na dann: Wozu das Ganze? Darf eine Muttersprache kein nationales Bekenntnis mehr sein? Oder wollen bundesdeutsche Mittlerorganisationen verhindern, dass sich deutsche Volksgruppen, deren „hybride Struktur“ und deren „multiple Identität“ man zeitgeistlich abfeiert, der deutschen Nation angehörig fühlen?

DIE SPRACHE

Logo der VdG-Aktion Bild: xyz

Vor einigen Jahren versuchte man seitens des Dachverbandes der Deutschen in der Republik Polen, Familien, die ihren Kindern Deutsch im Alltag vermitteln, einmal jährlich zusammenzubringen. Zu diesen Treffen wurden Wissenschaftler, welche die Eltern unterstützen sollten, eingeladen. Doch eine Renaissance des Deutschen als Muttersprache sehen selbst die Spitzen der deutschen Organisationen nicht. „Das würde viele Menschen mit Überzeugung bedürfen, die Deutsch im Alltag pflegen. Und das wird ein kleiner Teil bleiben“, so Waldemar Gielzok, Chef der polenweit agierenden Deutschen Bildungsgesellschaft (DBG). „Die meisten werden Deutsch als ‚Heritage Language‘ sprechen, als eine Sprache, die man als Erbe mitbekommt, weil beispielsweise die Großeltern sie sprechen, und zu der man deshalb positive Assoziationen hat. Diese Sprache wird nicht das Niveau einer Muttersprache erlangen, aber sie wird bevorzugt angewendet“, so Gielzok.

Viele Programme und Projekte sollen den Alltagsgebrauch des Deutschen in der Volksgruppe fördern. Das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit unterstützt Eltern, Kinder und Lehrer mit dem Programm „Bilingua – Einfach Deutsch!“. Durch „Samstagskurse“ für Kinder will der VdG in den deutschen Freundschaftskreisen in der gesamten Republik Polen zur Pflege der deutschen Sprache und Identität animieren. In Oberschlesien versucht man es auch sportlich durch die – ebenso sprachlich völlig verunglückte – „Miro Deutsche Fußballschule“. Dem angesichts der Wortstellung irritierten muttersprachlichen Leser sei hier erklärt, dass damit die Fußballschule Miro(slav Klose) gemeint sein soll. Die DBG unterstützt daneben Deutschlehrer in ihrer Arbeit. Bei all diesen Projekten ist jedoch augenfällig, dass der Schwerpunkt bei der Werbung auf den späteren Nutzen auf dem Arbeitsmarkt gelegt wird und nicht vorrangig auf den identitätsstiftenden Aspekt. So kann und wird Deutsch nicht mehr Muttersprache der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen sein. *Chris W. Wagner*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Olschewski, Ernst, aus Kielen, Kreis Lyck, am 14. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klauss, Eva, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Wagner, Magdalene, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Chmielewski, Margarete, geb. **Berg**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Hetzelt, Gertrud, geb. **Lasars**, aus Lyck, am 16. Mai
Voss, Gertrud, geb. **Pyko**, aus Neidenburg, und aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 17. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Doll, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Jacobeit, Prof. Dr. Wolfgang, aus Lyck, am 13. Mai
Panzer, Gerda, geb. **Sallowsky**, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartels, Hedwig, geb. **Will**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Benz, Hildegard, geb. **Laurin**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Bernitzki, Margarete, geb. **Jurzeniuk**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Broschell, Gisela, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 14. Mai
Daniel, Erna, geb. **Kruppa**, aus Lötzen, am 17. Mai
Patz, Auguste, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai
Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai
Stramowski, Eva, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Druschke, Hedwig, geb. **Markgraf**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Grzyb, Irmgard, geb. **Paulei**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Gudd, Willy, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Schmidt, Elsbeth, geb. **Lange**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Schmidt, Gertrud, geb. **Tuthas**, aus Ortelsburg, am 18. Mai
Wiechert, Hilda, geb. **Venohr**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Aron, Paul, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 10. Mai
Behnert, Margot, geb. **Scheffler**, aus Neidenburg, am 15. Mai
d'Erceville, Irmgard, geb. **Wiechert**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Haut, Hedwig, geb. **Bialluch**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai
Mayer, Elfriede, geb. **Sbrzesny**, aus Lyck, am 12. Mai
Kerbst, Heinz, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Sczesny, Gustav, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 16. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borawski, Herbert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Brassus, Doris, aus Babken, Kreis Treuburg, am 12. Mai
Conrad, Hedwig, geb. **Kullak**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Jopp, Ewald, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai
Kovscek, Jutta, geb. **Janz**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Lietz, Adelheid, geb. **Pietrzenuk**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. Mai
Loh, Elsa, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Mai
Schillgalies, Fritz, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Wischnewski, Fritz, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 5. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borgmeier, Gertrud, geb. **Wisotzki**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 14. Mai
Bruns, Erna, geb. **Wieberneit**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai
Eggers, Ruth, geb. **Lange**, aus Lyck, am 18. Mai
Ising, Ilse, aus Troppau, Mährisch-Schlesien, am 13. Mai
Köhler, Waltraud, geb. **Jurkscheit**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Küsener, Erna, geb. **Sotzek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Rosinski, Christel, geb. **Meyer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai
Soboll, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 17. Mai
Unvericht, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Werner, Hildegard, geb. **Minga**, aus Gneisthöhe, Kreis Lötzen, am 17. Mai
Woggon, Ruth, geb. **Palluck**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai
Woywadt, Helmut, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Budesheim, Eva, geb. **Naschokin**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Czub, Erich, aus **Schnippen**, Kreis Lyck, am 12. Mai
Fäsecke, Gerda, geb. **Meschkat**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Heinius, Walter, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Hoffmann, Fritz, aus Wehlau, am 13. Mai
Janssen, Christel, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Katzsch, Ilse, geb. **Hantel**, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Mai
Kuhn, Elisabeth, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Pahl, Gittli, geb. **Engelke**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Pichler, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Rogge, Else, geb. **Kannenberg**, aus Treuburg, am 16. Mai
Tuma, Elli, geb. **Rücklies**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai
Twardy, Kurt, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bernhard, Lydia, geb. **Rattay**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai
Bergsch, Anna, geb. **Kaniewski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 17. Mai
Beyer, Eva, aus Mohrungen, am 16. Mai
Braam, Christel, geb. **Gorska**, aus Alt Petersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Braunsberg, Otto, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 15. Mai
Buddrus, Prof. Dr. Joachim, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Czypull, Gisela, geb. **Malz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 14. Mai
Drewes, Ruth, geb. **Lask**, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. Mai
Eisenblätter, Dieter, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Kerinn, Irma, geb. **Schwarz**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 12. Mai
Kloss, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 13. Mai
Klatt, Ingrid, geb. **Seidler**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Koriath, Gerhard, aus Baldenhofen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai
Kutz, Günther, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 15. Mai
Lakatosh, Christel, geb. **Weitschies**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 8. Mai
Maurus, Sonja, geb. **Leinert**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Nicolovius, Elfriede, aus Treuburg, am 5. Mai
Nitsch, Rudi, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Paul, Anneliese, geb. **Lindenau**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Robl, Eva, geb. **Kallweit**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Schrewe, Ingeborn, aus Neuhoff, Kreis Lötzen, am 12. Mai
Seidel, Ruth, geb. **Friederici**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 10. Mai
Seidensticker, Helmut, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 13. Mai
Semkat, Gerd, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 13. Mai
Stanke, Günter, aus Osterode, am 16. Mai
Stubbig, Herta, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Tubenthal, Barbara, geb. **Kirsten**, aus Treuburg, am 18. Mai
Weber, Fritz, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 18. Mai
Weber, Liesbeth, geb. **Spohde**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Zysk, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, am 12. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bräuer, Kurt, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Carlson, Erika, geb. **Sareyko**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 15. Mai
Christians, Hannelore, geb. **Lojewski**, aus Lyck, am 15. Mai
Gerhardt, Winfried, aus Lyck, am 12. Mai
Eder, Horst-Dieter, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Heske, Helmut, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 16. Mai
Isernhagen, Christel, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Mai
Köcher, Edeltraut, geb. **Kensy**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 12. Mai
Krause, Erhard, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 12. Mai
Lindner, Irene, geb. **Krogull**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 15. Mai
Loch, Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai
Ossenberg, Irene, geb. **Parczany**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai
Przibylla, Erika, geb. **Teich**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Redetzky, Klaus, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Ryssel, Christel, geb. **Malinka**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Safrin, Elfriede, aus Lyck, am 14. Mai
Samlinski, Siegfried, aus Auglitten. Kreis Lyck, am 16. Mai
Schechinger, Irmgard, geb. **Joswig**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. Mai
Siemund, Karl-Heinz, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Sommerfeld, Astrid, geb. **Bartz**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Stanko, Ernst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 12. Mai
Taruttis, Werner, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung am 9. Mai
Teske, Alfred, aus Gedwangen, im Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Wedig, Theodor, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai
Weinreich, Lothar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Mai
Willamowski, Kurt, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. Mai
Zielinski, Gerhard, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 12. Mai
Zukowska, Elzbieta, geb. **Brodowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 18. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Blumenstein, Werner, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai
Dziadek, Edith, geb. **Rogowski**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 8. Mai
Grau, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Hofmann, Brigitte, geb. **Bonatis**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Köhler, Käthe, geb. **Seinwill**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 14. Mai
Moron, Brigitte, geb. **Waitkus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Preiksch, Friedhilde, geb. **Ruser**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Redetzky, Volker, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 9. Mai
Rohrwasser, Hannelore, geb. **Schillies**, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Rudat, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Mai
Sabrowski, Heinz, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 12. Mai
Scholze-Kallweit, Regine, geb. **Kallweit**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 11. Mai



Podufal, Wilfried, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, und Ehefrau Ursula, geb. **Klöpper**, am 5. Mai

TERMINE DER LO

2017
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Eiserne Hochzeit

Seit 65 Jahren gemeinsam durchs Leben gegangen sind Siegfried und Rosel Kugies. Am 23. Mai 1952 haben Siegfried Kugies und Rosel Jager in Trebur geheiratet. Die Wohnungsnot war auch im Jahr 1955 noch sehr groß in Trebur. Da die Eltern von Siegfried Kugies in Klein Budschen im Kreis Angerburg einen Bauernhof besaßen, bestand die Möglichkeit zinsgünstige Lastenausgleichsmittel zu bekommen. Außerdem mussten ein Baugrundstück von mindestens 800 Quadratmetern und ein Morgen Ackerland als Eigentum oder vier Morgen Pachtland vorhanden sein. Von ihren Eltern erhielt Ehefrau Rosel als Erbteil einen Morgen Ackerland und von der Gemeinde Trebur konnte ein Baugrundstück von 816 Quadratmetern in der Taunusstraße 40 erworben werden. Am 16. Januar 1956 konnte endlich der Neubau bezogen werden, der mit sehr viel Eigenleistung errichtet wurde. In dem Haus lebt das Ehepaar auch noch heute. Der Sohn, Dr. Hans-Ulrich Kugies, lebt mit seiner Familie ebenfalls in Trebur und hat seinen Vater bei seinen vielen Aktivitäten immer unterstützt.

Beruflich hat Siegfried Kugies Karriere gemacht: Bei der Deutschen Bundesbahn als Bahnhofsvorsteher in Walldorf (Hessen) und zuletzt als Touristen-Betreuer, für amerikanische Soldaten in Deutschland. Die Sehnsucht nach seiner masurischen Heimat war aber geblieben und er unternahm viele Reisen in seine alte Heimat. Zahlreiche humanitäre Transporte nach Angerburg (Wegorzewo) sowie der Schüleraustausch zwischen Trebur und Benkheim (Banie Mazurskie) wurden von Siegfried Kugies organisiert und mitfinanziert.

Für sein berufliches Wirken bei der Deutschen Bundesbahn erhielt Siegfried Kugies im Jahr 1980 das Bundesverdienstkreuz am Bande. Sein langjähriger kommunalpolitischer Einsatz für die Gemeinde Trebur wurde am 12. September 1997 mit der Verleihung des Titels „Ehrenvorsitzender der Gemeinde Trebur" anerkannt. Am 11. September 2010 wurde Siegfried Kugies mit dem „Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen" ausgezeichnet. Damit wurde sein großes Engagement für Angerburg und die heutigen Bewohner in einem geeinten Europa gewürdigt. Für sein Buch „Der Ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner" erhielt Siegfried Kugies im September 2011 den Kulturpreis des Landkreises Rotenburg (Wümme).

Diese Aktivitäten waren aber nur möglich, weil seine Frau Rosel geborene Jäger mitgemacht hat.

Der Vorstand und die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Angerburg gratulieren dem Ehepaar Kugies ganz herzlich zu diesem seltenen Ehejubiläum und wünschen Rosel und Siegfried Kugies noch viele glückliche Jahre bei stabiler Gesundheit. *Kurt-Werner Sadowski*



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Jahreshaupttreffen

20. Mai, 11 Uhr, Rathaus, Neanderstraße 85, 40822 **Mettmann**: Jahreshaupttreffen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

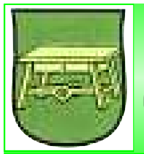


BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Jubiläum

Sonnabend, 20. Mai, Bartenstein (Württemberg): 65. Wiederkehr der Namenspatenschaft.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Noch Plätze frei

Bei unserer diesjährigen Kreisgemeinschaftsreise in die Heimat vom 8. bis 17. Juni sind noch einige Plätze frei. Hier noch einmal in Kürze die wesentlichen geplanten Routen und Stationen: Im Luxusreisebus von den Zustiegspunkten Wuppertal, Bielefeld, Hannover, Hamburg, Kiel weiter per Schiff über die sommerliche Ostsee nach Memel. Rundfahrt auf der Kurischen Nehrung, Stadtbesichtigung Memel, vorbei an der Luisenbrücke nach Heydekrug und zum Rombinus-Park, weiter entlang der Memel und Scheschuppe nach Kurdikos Naumestis mit Schirwindt-Museum und nach Mariampole. Über Eydtkuhnen und Ebenrode (Stallupönen) geht es nach Trakehnen mit Museum und Tempelhüter-Denkmal. Von hier aus Gelegenheit zum Besuch der Heimatorte oder Rundfahrt durch die berühmte Rominter Heide mit neuem Naturkundemuseum, ferner Schloßberg und Gumbinnen. Die Rückfahrt führt über Insterburg/Georgenburg zur Stadtrundfahrt in Königsberg und weiter in die Hafenstadt Pillau. Am Frischen Haff entlang erreichen wir Frauenburg und durch die Weichselniederung Danzig, dort geführter Stadtrundgang und freier Abend. Über Oliva mit berühmter Kathedrale und Orgel und durch die Kaschubische Seenplatte wird Karthaus angesteuert und schließlich die ehemalige pommersche Hauptstadt Stettin mit Stadtrundfahrt. Weitere Einzelheiten erfragen Sie bitte bei Scheer-Reisen Wuppertal, Telefon (0202) 500077.

Kirchspieltreffen

Das Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen in 29303 Offen/Bergen (Hotel Michaelishof, Hauptstraße 24) findet vom 27. bis 28. Mai statt (im Heimatbrief hatte sich ein Druckfehler eingeschlichen) statt. Anmeldung und Auskunft: Margarete Malchow, Telefon (0381) 717910.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschaftsgespräch

Am 22. April trafen sich die Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Ragnit und die Stadtgemeinschaft Tilsit im Hotel Mennicken in Würselen. Die beiden nördlichsten Kreise und die eingebundene Stadt intensivieren damit ihren gegenseitigen Austausch und die Zusammenarbeit. Alle profitieren von den Erfahrungen der jeweiligen Vorstandsarbeit. Gemeinsame Veranstaltungen werden miteinander abgestimmt. Das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Besonderheiten wird gefördert. Die Beteiligten sind sich einig, dass ein noch engeres Zusammengehen in einigen Jahren unausweichlich sein wird. Daher dienen die regelmäßigen Gespräche auch der mentalen Vorbereitung.

Manfred Romeike, Kreisvertreter



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Texelner-Treffen

12. bis 15. Mai, Landhotel Rhönblick, Hauptstraße 24, 36100 **Petersberg-Steinau:** Treffen der Texelner und Heimatfreunde.

Museumstag

Sonntag, 21. Mai, 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap, 21680 **Stade:** „Spurensuche. Mut zur Vergangenheit".



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de,

Nicht am 17. Mai

Heimatgruppe Hamburg: Das Heimattreffen wird nicht am Mittwoch, den 17. Mai, im Hotel Zeppelin in Hamburg-Schnelsen stattfinden. Ein neuer Termin und ein neuer Veranstaltungsort werden noch rechtzeitig bekanntgegeben. Weitere Auskünfte erteilt Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

Schweizertaler

12. bis 15. Mai, Chemnitz: 23. Treffen der Schweizertaler. Auskunft: Helga Hoffmann und Rolf Werner, Telefon (0371) 49969954, Mobil (0152) 51801029.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuwahlen

Am Wochenende vom 29. und 30. April fand im Kolpinghaus Salzbergen die Sitzung des Kreistages (Gesamtvorstand) der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil statt. Haupttagesordnungspunkt der Sitzung, die von Kreisvertreterin Elke Ruhnke geleitet wurde, war die Neuwahl des Vorstandes (Kreisausschuss) der Kreisgemeinschaft. Zunächst wurde aber in einer Totenehrung der verstorbenen Landsleute gedacht, die im letzten Jahr unsere Reihen verlassen mussten. Es folgten Berichte der Kreisvertreterin und des Vorstandes sowie der Kassenprüfer, die die gute Kassenführung lobten. Nach der Entlastung des Vorstandes folgten die satzungsgemäßen Vorstandswahlen. Hier wurden fast alle Kandidaten mit großer Mehrheit, oft sogar einstimmig, gewählt.

Hier nun die Wahlergebnisse:

– Als Kreisvertreterin wurde Frau Elke Ruhnke in ihrem langjährigen Amt bestätigt.

– Auch der erste Stellvertreter Christian Perbandt wurde einstimmig wieder gewählt.

– Zur zweiten Stellvertreterin wurde die Stadtvertreterin von Zinten, Viola Reyentanz, gewählt.

– Das Amt des Kassenwartes konnte nicht besetzt wurden. Der Vorstand ist hier intensiv auf der Suche, um dies Problem zu lösen. Zwischenzeitig kümmert sich Frau Ruhnke um die Kasse und sorgt dafür, daß die Kreisgemeinschaft ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

– Als Beisitzerin wurde Ilse Thomann (Fotoarchiv) ebenso im Amt bestätigt wie Brunhilde Schulz (Heimatblatt, Publikationen).

– Neugewählt als Beisitzer für die Kreiskartei wurde Arnold Hesse, dessen Vorfahren aus Klein Windkeim im Kirchspiel Bladiau kommen.

Weitere Programmpunkte waren das neue Heimatblatt, das Kreistreffen 2017, das in diesem Jahr zum ersten Mal in Haases Gasthaus und Hotel „Zur Erholung" in Burgdorf bei Hannover stattfinden soll, der Beschluss des Haushaltsplanes 2017 sowie Planungen zum 70-jährigen Bestehen der Kreisgemeinschaft im Jahr 2018. In diesem Rahmen wurden auch weitere Möglichkeiten der finanziellen Einsparung erörtert.

Beschlossen wurde die konstruktive und erfolgreiche Sitzung mit dem gemeinsamen Absingen des Ostpreußenliedes!

Christian Perbandt, Zweiter Kreisvertreter



Heiligenbeil: Siegfried Dreher, hier mit Ehefrau Marlene, wurde 80 und blickt auf mehr als vier Jahrzehnte engagierten Einsatz für Ostpreußen zurück Bild: privat

Siegfried Dreher zum 80.

Sein Name steht wie kaum ein anderer für die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Seit über vier Jahrzehnten arbeitet Siegfried Dreher, der am 11. Mai seinen 80. Geburtstag feierte, mit einem fast nicht zu übertreffenden Engagement für Ostpreußen und die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil an der Spitze derselben. 1937 wurde er in Königsberg als erster Sohn von Herbert Dreher und seiner Frau Lucia, geb. Fischer geboren. Bis 1938 lebte die Familie in Heiligenbeil und zog dann nach Zinten, das für Siegfried Dreher zu seiner geliebten Heimatstadt wurde. Die Familie lebte dort in einem Haus am Markt.

Die Flucht im Februar 1945 beendete die Kinderzeit in Zinten. Gemeinsam mit der Mutter, seinen zwei jüngeren Brüdern und dem Großvater führte die Flucht die Familie zunächst ins Emsland, dann nach Bremen, wo sie mit dem aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Vater wieder zusammen kam.

Die gesamte Familie war sehr heimatverbunden. Bereits 1951 nahmen die Eltern Siegfried zu ersten Treffen der Landsleute mit. Von da an besuchte er regelmäßig Kreistreffen. Der engagierte junge Mann fiel natürlich auf und wurde angesprochen. Eine Arbeitsweise, die Siegfried Dreher in späteren Jahren selbst konsequent verfolgte. Stets warb er Landsleute für die Arbeit in der Kreisgemeinschaft. Zunächst aus der Erlebnisgeneration, später auch aus der Bekenntnisgeneration. Einer der Grundpfeiler für das erfolgreiche Bestehen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil.

1961 heiratete Siegfried Dreher seine Marlene, geborene Niemeyer aus Bremen. 1962 und 1964 wurden die Tochter Karin und Sohn Holger geboren. Im Jahr 2011 konnte das Paar seine Goldene Hochzeit begehen. Die gesamte Familie stand stets hinter Siegfried Dreher. Nur so konnte er seinen umfangreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen.

Bereits 1975 erfolgte die Wahl zum Beisitzer im Kreisausschuss unter dem damaligen Kreisvertreter Georg Vögerl. Zu dieser Zeit arbeitete er bei einer Metallhandelsfirma als Prokurist, später war er bis zu seinem Ruhestand als leitender Angestellter bei VW in Wolfsburg tätig. 1980 wurde er stellvertretender Kreisvertreter unter Siegfried Pelz und arbeitete gemeinsam mit ihm im Team.

Am 8. April 1989 wurde er zum 1. Kreisvertreter gewählt und hatte dieses Amt danach über 17 Jahre inne. Immer schon mit besonderem Augenmerk auf Öffentlichkeitsarbeit gehen auf das Konto von Siegfried Dreher zahlreiche Veröffentlichungen im *Ostpreußenblatt/PAZ* und im Heimatblatt des Kreises Heiligenbeil. 1999 übernahm er dann nach dem altersbedingten Ausscheiden von Elsa Landmann die Schriftleitung des Heimatblattes, das durch ihn in den folgenden zehn Jahren entscheidend geprägt wurde.

Die vielfältigsten Aufgaben des Kreisvertreters aufzuzählen, würde diesen Rahmen sprengen. Zahlreiche Reisen in die Heimat, mit seiner Ehefrau an der Seite, gehören ebenso dazu wie die Pflege der Beziehungen zu den heutigen Bewohnern des Kreises Heiligenbeil. Engagiert, heimatverbunden und mit unermüdlichem Einsatz hat Siegfried Dreher diese Aufgaben bewältigt. Dabei handelte er immer geradlinig mit einer klaren politischen Haltung, dabei aber andere Meinungen zulassend, tolerant und ausgleichend. Nur so konnten unterschiedlichste Charaktere erfolgreich im Sinne der Kreisgemeinschaft zusammenarbeiten.

Die Zeit zu ermessen, die Siegfried Dreher in diese Aufgabe investiert hat, ist nicht möglich. Unterstützung fand er dabei bei seiner Ehefrau Marlene, die ihm den Rücken für seine Aktivitäten freihielt. Jede der zahlreichen Auszeichnungen, die er erhalten hat, ist hochverdient: Silberne Ehrennadel mit Urkunde der Kreisgemeinschaft am 8. September 1979, Goldene Ehrennadel mit Urkunde der Kreisgemeinschaft am 14. Juni 1980. Bismarckmedaille in Silber mit Urkunde des Bismarckbundes, verliehen am 17. Juni 1990 für vaterländische Treue, ausgehändigt durch den Fürsten Ferdinand von Bismarck im Schloß Friedrichsruh, Goldenes Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen im September 2001. Seit 2006 ist Siegfried Dreher Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft und seit 2009 Stadtvertreter für seine Heimatstadt Zinten.

Lieber Siegfried, wir gratulieren Dir ganz herzlich zu Deinem Jubiläum und bedanken uns bei Dir für Deinen unermüdlichen Einsatz. Bleib der Kreisgemeinschaft noch lange erhalten. Wir wünschen Dir Gesundheit und Lebensfreude! *Der Vorstand*



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Köln: Gemeinsames Treffen am Mittwoch, 24. Mai, Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Kiel: Frühjahrsveranstaltung im Mai/Juni (Einladung erfolgt schriftlich), Veranstaltungsort: Matthias-Claudius-Kirche, Alte Dorfstraße 53, Kiel-Suchsdorf. Im September oder Oktober Neuauflage des „Ostpreußischen Nachmittags". Weitere Monatstreffen finden bei Bedarf nach Ankündigung in der Kieler Presse statt. Nähere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag über Eduard Bischoff

Sonnabend, 20. Mai, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster,** Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr ist Gelegenheit, die Sonderausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890 – 1974) zu besuchen. Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag (mit Bildern) zum Thema „Ein Maler zieht Bilanz – Eduard Bischoff und seine Ostpreußen-Holzschnitte". Dr. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, spricht über Leben und Werk dieses Künstlers, der – in Königsberg geboren – einer der letzten an der Kunstakademie Königsberg unter-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

richtenden Lehrer war (ab 1936). Der Blick auf sein ungeachtet großer Kriegsverluste umfassendes und vielseitiges Werk ist auch der Versuch, diesen bedeutenden Kunstschaffenden nicht dem Vergessen auszuliefern. Alte Ostpreußen verbinden mit dem Namen Eduard Bischoff noch etwas. Mancher hat die drei Serien Farbholzschnitte als Postkartenmappe aus den 1960er Jahren in der Schublade. Die nachwachsende Generation muss auf den Künstler und sein Werk aufmerksam gemacht werden. Die großformatigen Farbholzschnitte mit den einprägsamen Erinnerungsmotiven aus Ostpreußen sind dafür ein guter Einstieg. – Eintritt in Ausstellung und zum Vortrag wie immer frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Regionaltreffen Nord

Mit dem Glockengeläut der Lykker Kirche begann das Treffen um 11 Uhr am 23. April. Heidi Mader begrüßte die 28 Anwesenden, die sich trotz des kalten und stürmischen Wetters auf den Weg nach Lübeck gemacht hatten. Die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee übermittelte die Grüße vom Vorstand der Kreisgemeinschaft und nahm anschließend die Totenehrung vor. Sie berichtete von den vielen Aktivitäten in der Heimat, gab eine Vorschau auf das Heimattreffen Ende August 2017 in Hagen und über die Planung einer Busreise im Juni 2018 nach Lyck. Michael Mader gab anschließend Informationen über den Buchverkauf. Reinhard Donder, Familiengeschichtsforscher der KG Lyck, informierte die Anwesenden mit einem detaillierten Bericht über die Anfänge der Kreisgemeinschaft in Hamburg und den Beginn der Landsmannschaft Ostpreußen. Alte Zeitungsausschnitte aus dieser Zeit rundeten seinen Beitrag gekonnt ab. Landsmann Elimar Labusch sprach über seine Tätigkeit, sich als Zeitzeuge in Schulen zur Verfügung zur stellen und über ein umfassendes Interview einer Tageszeitung. Heidi Mader, die auch den Arbeitskreis Mittlere Generation leitet, berichtete über die vielfältigen Aktionen im Jahr 2016 und März 2017 und informierte über die Herbstfahrt im Oktober, die diesmal nach Berlin geht.

Mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes: „Land der dunklen Wälder“, fand der offizielle Teil sein Ende. Nach dem gemeinsamen Mittagessen gab es noch genug Zeit, um sich auszutauschen.



Lyck: Elimar Labusch, Heidi Mader, Bärbel Wiesensee, Michael Mader und Reinhard Donder (v.l.) waren beim Regionaltreffen Nord in Lübeck dabei. Insgesamt kamen 28 Teilnehmer Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

„Unser Schriftleiter hat Geburtstag“

„Aus tiefer Not schrei ich zu dir, Herr Gott, erhör mein Rufen. Dein gnädig’ Ohren kehr zu mir und meiner Bitt’ sie öffne...“ Mit diesem Psalmlied Martin Luthers auf den Lippen hätte man mich vor gut drei Jahren finden können, als es darum ging, in absehbarer Zeit unseren damaligen Redakteur zu ersetzen, der wegen Überlastung das baldige Ende seiner Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft angekündigt hatte. Und siehe da – mein Flehen wurde erhört!

Im Mai 2014 hatten wir einen Mann aus Geilenkirchen, einem Städtchen unweit der holländischen Grenze, als kommissarisches Mitglied in den Kreistag aufgenommen. Sein Name ist Heiner J. Coenen. Heiner Coenen, den gebürtigen katholischen Rheinländer, dürften wir getrost als Beute-Ostpreußen betrachten – ja, wenn nicht seine Hinwendung zu unserer lieben Heimatprovinz aus völlig eigenem Antrieb in ihm gewachsen wäre. Nicht unmaßgeblichen Einfluss allerdings hatte darauf ein ostpreußisches Urgestein, der als Heiners Ausbilder in sein Leben trat. Es war dies unser langjähriger Schatzmeister Klaus-Dieter Metschulat, der den jungen angehenden Groß- und Außenhandelskaufmann nachhaltig beeindruckte. Das anfängliche Abhängigkeitsverhältnis entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer innigen Bekanntschaft, ja Freundschaft, die dazu führte, dass, nachdem Heiner Klaus-Dieter mehrmals auf den von letzterem durchgeführten Busreisen in die Heimat begleitet hatte, er selbst seit 2013 diese Reisen organisiert und sachkundig begleitet. Falls es ein Ostpreußen-Virus gibt – Heiner ist von ihm befallen.

Mein Rufen wurde also erhört, und wir alle – die Tilsit-Ragniter wie auch die Tilsiter – können uns glücklich schätzen, mit Heiner einen meisterlichen Buch-Macher in unseren Reihen zu haben. Er versieht seine Aufgabe professionell, hat er doch schon einschlägige Erfahrungen auf dem Gebiet in Form von etlichen genealogischen und lokalhistorischen Veröffentlichungen vorzuweisen. Stets ansprechbar, freundlich, verständnisvoll, hilfsbereit, rheinisch-fröhlich ist er konziliant, das jedoch nur bis zu der Grenze eines sich auferlegten sachlich-fachlichen Qualitätsanspruchs, die er nicht gewillt ist zu überschreiten und hinter sich zu lassen – zum Frommen unseres Heimatbriefes und zur Freude seiner Leser.

Einige von Heiners biografischen Daten sollen ebenfalls Erwähnung finden: Nach der Lehre studierte er Betriebswirtschaft mit dem Abschluss Diplom-Betriebswirt, wandte sich dann der Ausbildung junger Menschen zu und wurde schließlich als Studiendirektor mit den Fächern BWL und Englisch pensioniert. Politisch fungierte er 10 Jahre als Fraktionsvorsitzender, 15 Jahre als Ortsvorsteher und 20 Jahre als Stadtrat.

Am 6. Mai wurde Heiner Coenen 70 Jahre alt. Wir gratulieren auf das herzlichste und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Dieter Neukamm für den Kreistag



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Reutzstraße 5, 19055 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 203180.

Hauptkreistreffen

Sonnabend, 20. Mai, 10 Uhr (Einlass), Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 **Düsseldorf**: Hauptkreistreffen.



Tilsit-Ragnit: Heiner J. Coenen – auch mit jetzt 70 Jahren „stets ansprechbar, freundlich, verständnisvoll, hilfsbereit“ und ein kompetenter Schriftleiter Bild: Kilian Brandt



Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 16. Mai, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 19. Mai, 19 Uhr, Saal, Hotel Gasthof „Krone“, Grunzenhausen: Heimatliches Essen „Tilsiter Käse“, anschließend Lichtbildvortrag „Das Freilichtmuseum Hohenstein, Ostpreußen“, Ralf Loss, Sausenhofen.

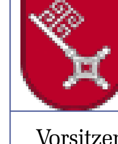
Bamberg – Mittwoch, 17. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Muttertagsfeier. Lustige Geschichten zum Muttertag in Ostpreußen.

Hof – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Muttertag.

Landshut – Dienstag, 16. Mai, 14 Uhr: Zusammenkunft „Insel“. Bericht über Vertreibung der Salzburger.

München – Sonnabend, 12. Mai, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkünfte der Frauengruppe. – Sonnabend, 27. Mai, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Unterhaltsamer Nachmittag zum Thema „Frühling, Liebe, Familie“. Zu Beginn gemeinsame Familientafel.

Nürnberg – Dienstag, 23.Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser. (Endstation der U1, dort gegenüber): „Wir feiern den Muttertag“. Landsleute aus dem Memelland und Danzig sowie Freunde der Heimat sind herzlich willkommen.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

– Wichtige Termine–

Bremen – Die Ausstellung „Mobilität im Wandel“, an der eine Vielzahl Bremer Archive, darunter auch unsere Landsmannschaft beteiligt sind, wird noch bis zum 20. Mai auf ihrer letzten Station im Einkaufszentrum Hansa Carré, Pfalzburger Straße 41, gezeigt. Das Einkaufszentrum ist mit der Straßenbahn-Linie 3 und den Buslinien 40 und 41, Haltestelle „Weserwehr“, der BSAG erreichbar.

Am Mittwoch, 17. Mai werden wir im Rahmen der Ausstellung ganztags einen Verkaufs- und Infotisch präsentieren. Wie in der Vorweihnachtszeit in der „Berliner Freiheit“, werden wir auch hier antiquarische und neue Literatur und Landkarten präsentieren und für mündliche Informationen zur Verfügung stehen.

Da viele Menschen heutzutage gar nicht mehr wissen, warum zum Ende des Krieges und danach mehr als 100 000 Vertriebene nach Bremen gekommen sind und unter welchen Umständen dies geschah, wollen wir am 17. Mai um 16 Uhr auch den Vortrag einer Zeitzeugin anbieten. Vor allem interessierte jüngere Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, authentische Informationen zu erhalten. Die Zeitzeugin Elfriede Brock aus Lilienthal wird mithilfe eines Tagebuchs, in dem die Großmutter täglich ihre Eindrücke und Erlebnisse vermerkt hat, über die damalige Zeit sprechen. Das Thema lautet: „Unsere Flucht vor 72 Jahren mit dem Schiff von Danzig nach Dänemark“. Dreieinhalb Jahre hat Elfriede Brock im Flüchtlingslager hinter Stacheldraht verbracht, auch darüber wird sie berichten.

Einen Tag später, am Donnerstag, 18. Mai, um 15 Uhr, findet im

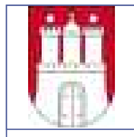
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

„Großen Salon“ des Hotels zur Post, Bahnhofsplatz 11, die Vortragsveranstaltung „Die Ansiedlung der Galiziendeutschen und ihr Leben unter wechselnden Herrschern“ statt. Hans Schwarzwälder, stellvertretender Bundesvorsitzender des 1946 gegründeten Hilfskomitees der Galiziendeutschen, berichtet über eine Region, in der die angesiedelten Deutschen immer nur eine kleine Minderheit neben meist polnischen, ukrainischen und jüdischen Nachbarvölkern waren.

Die für alle Mitglieder offene Veranstaltung stellt zugleich das Monatstreffen der Frauengruppe dar. Im Anschluss an den Vortrag bleiben die Teilnehmer der 16-köpfigen Reisegruppe, die vom 12. bis 21. Juni nach Kiew und Galizien unterwegs sein wird, noch zur Besprechung individueller Fragen der Reise beisammen.

Heinrich Lohmann, Vorsitzender



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 16. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit anschließendem Gesang, Gedichten und Erzählungen rund um den Wonnemonat Mai. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft: Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

Terminänderung

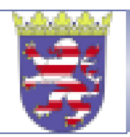


Gumbinnen – Das Heimattreffen der Gruppe wird nicht am Mittwoch, 17. Mai, im Hotel Zeppelin (Hamburg-Schnelsen) stattfinden. Ein neuer Termin und ein neuer Veranstaltungsort werden noch rechtzeitig bekanntgegeben. Weitere Auskünfte erteilt Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.





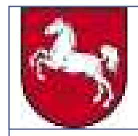
Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamem Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 20. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Der Mai tritt ein mit Freuden. Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit, gestaltet von unserer Frauengruppe. Musikalische Begleitung Mathias Budau. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 18. Mai, 16 Uhr, Haus der Heimat: Eröffnung der Ausstellung „Wolfskinder. Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“. – 18. Mai bis 1. Juli, Haus der Heimat: Ausstellung „Wolfskinder. Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“, Öffnungszeiten: montags – freitags von 13 bis 18 Uhr, sonnabends 10 bis 14 Uhr. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten die Ermordung der eigenen Familie. Auf sich allein gestellt, versuchten sie in der freien Natur des Baltikums zu überleben. Einige fanden Unterschlupf bei litauischen Bauern. Die Ausstellung dokumentiert in Bildern und Textzeugnissen den Weg der Wolfskinder bis heute.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 19. Mai, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 18. Mai, 15 Uhr, 2. Stock, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis. – Donnerstag, 1. Juni, 15 Uhr, 2. Stock, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – Sonnabend, 13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Stadthalle Neuss, Selikumer Straße 25, 41460 Neuss: Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen. Das Jahrestreffen findet in diesem Jahr in NRW in unserer Nähe statt. Wir sind deshalb ganz besonders zur Teilnahme angesprochen. Der von uns angemietete Bus fährt am 13. Mai um 8.30 Uhr hinter dem Bahnhof in der Quantiusstraße ab. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395. – Dienstag, 23. Mai, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Dortmund – Montag, 15. Mai, 14:30 Uhr: Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft in der Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße).

Düsseldorf – Mittwoch, 17. Mai, 19 Uhr, GHH, Film „Tiefe Kontraste“. – Donnerstag, 18. Mai, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – 20. Mai, 11 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Treffen der Treuburger. – 20. Mai, 11.30 Uhr, GHH: Vortrag von Professor Halder über Werner Richard Heymann (1896–1961) – „Von Königsberg nach Hollywood“. – Montag, 22. Mai, 19 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Es lebe unsere gerechte Sache“ – Der Slowakische Nationalaufstand 29. August bis 27. Oktober 1944. – Dienstag, 23. Mai, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Professor Volkmar Hansen „Das protestantische Pfarrhaus als Dichterschule“.

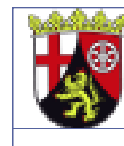
Essen – Freitag, 19. Mai, 15 Uhr: Treffen zum Thema „Wir singen Mai- und Heimatlieder“.

Köln – Dienstag, 16. Mai, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Gemeinsames Treffen. Die Runde kommt an jedem dritten Dienstag im Monat zusammen. Gäste dürfen uns die ersten Male kostenlos besuchen. Beim Treffen im Mai wird, neben anderen kurzen Vorträgen, auch ein Film über Ostpreußen gezeigt. Günter Donder: „Kommen Sie ruhig vorbei, wir freuen uns über jeden Besucher. Bereichern Sie unser zweistündiges Nachmittagstreffen mit dem, was Sie gerade an Wissen über unsere Heimat verfügen.“

– Bericht –

Das April-Treffen bescherte uns einen mit stark französischem Einschlag sprechenden Ostpreußen, der – man glaubt es kaum – seit fast 20 Jahren das Ostpreußenblatt im Ausland bezieht und sich für die ostpreußische Heimat seines (Ende des 19. Jh. ausgewanderten) Urgroßvaters interessiert. Wir verlebten mit diesem noch recht jungen Menschen eine sehr interessante und recht angenehme Weile.

Witten – Montag, 15. Mai, 15 Uhr, Evangelisch-lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Lieder zur Jahreszeit und zum Wandern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 18. Mai, 14 Uhr, vor dem Café „Am Rosengarten“, Am Stiftwingert 21: Spaziergang im Stadtpark Mainz mit Einkehr.

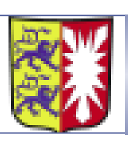


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach – Sonnabend, 13. Mai, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag – Persönlichkeiten Ostpreußens.





SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 12. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte, Zielitzer Straße: Singkreis. Sonntag, 14 Mai, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Ein Dank an alle Mütter. – Dienstag, 16. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

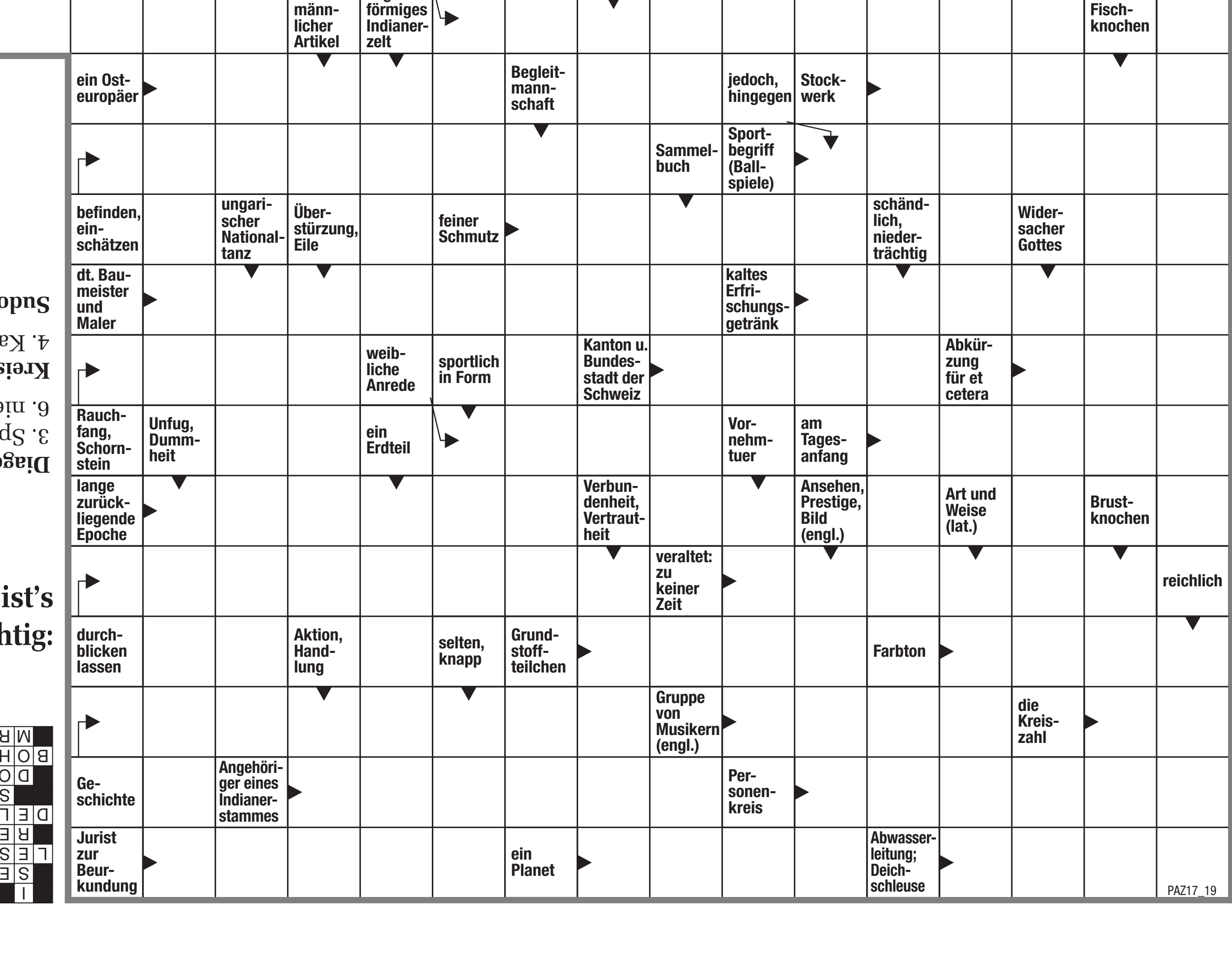
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 19. Mai, ab 15 Uhr, Stadtteilcafé AWO, Mathildenstraße 22: Jahreshauptversammlung. – Mittwoch, 24. Mai: Ausflug mit den Vereinigten Landsmannschaften Flensburg nach Nordfriesland, Reiseleiter Uwe Carstens, Schulleiter a. D. aus Langenhorn.

Neumünster – Die monatliche Veranstaltung der Gruppe war am 12. April gut besucht und stand unter dem Thema „Fotografien aus dem Nachlass von Walter Erben – Neumünster in schwarz-weiß aus den Jahren 1950 – 60 – 70.“ Walter Erben wurde im Riesengebirge geboren und verbrachte seit 1947 viele Arbeitsjahre im zerbombten Neumünster. Er arbeitete als freier Fotograf beim Holsteinischen Courier bis in die 80er Jahre für Zeitungsbilder. Die Umgebung nahm er sehr sensibel wahr und konnte im richtigen Moment abdrücken, immer im richtigen Augenblick und an der wichtigen Stelle dabei! Im Alter von 67 Jahren verstarb Walter Erben im Jahr 1988. Einmalige Momentaufnahmen sind in

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



So ist's richtig:



Sudoku

		9			1			
		2	3					6
		1	6	8	4		5	
					2		8	
	9	3				5	2	
	5		7					
	8		9	4	6	2		
6					3	1		
			2			4		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Handarbeiten.

1 Schutzanstrich
2 schwerer Vertrauensbruch
3 Rundholz, Segelstange
4 Hallen-, Kugelsportler
5 entstehen; sich zu etw. entwickeln
6 mit Metallbolzen befestigen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Südeuropäerin.

1 die Größte der Gesellschaftsinseln, 2 eine der Musen, 3 Heilmittel, Medizin, 4 Wartezeit, Sperrfrist, 5 Flottenwesen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

einem Bildband versammelt. Der Aufwand die Bilder herzustellen war in den Jahren 1950 bis 1970 groß. Die Technik war noch nicht so entwickelt. Wir blicken auf die damalige Zeit zurück, schauen auf schwarz-weiße Aufnahmen mit hervorragenden eindrucksvollen Motiven. Zu sehen sind Hinterhof-Idyllen, der Kuhberg mit dem Kino und Gleisanlagen. Vom Turm der Anscharkriche zeigt sich die Innenstadt mit Christianstraße, Teich und Großflekken Auf der „Abbiegespur" in der Kieler Straße hat Erben ein Pferdefuhrwerk, randvoll beladen mit Kohle, abgelichtet.

Die Journalistin und Fotografin Monika Krebs sichtet 100 000 Negative. Sie müssen noch geordnet und bearbeitet werden, um spätere Ausstellungen zu ermöglichen. Wir bedankten uns ihr für die ausführlichen Berichte zu den vielen hervorragenden Bildern aus unserer Stadt Neumünster. *Brigitte Profé*

Uetersen – Freitag, 12. Mai, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Frühling und Muttertag. Sabine Mennerich begleitet am Flügel.

Auch die *PAZ* ist in Neuss

Haben Sie Anregungen, Fragen, Kritik oder Wünsche zu den Heimatseiten oder zu anderen Themen rund um die *Preußische Allgemeine Zeitung*? Dann kommen Sie doch einfach auf uns zu. Beim Jahrestreffen der Landsmannschaft am 13. Mai in der Stadthalle Neuss sind auch Redakteure vor Ort. Sie finden uns direkt im Foyer am Eingang der Stadthalle. Wir freuen uns auf Sie! *FH*



Mit den Sudetendeutschen nach Kärnten



Zur „Sudetendeutschen Ferienwoche gemeinsam mit den Ostpreußen" geht es auch 2017 wieder für eine Woche nach Seeboden am Millstätter See. Der Luftkurort an der Westbucht des zweitgrößten Gewässers in Kärnten wird diesmal vom 25. Juni bis 1. Juli das Urlaubsziel sein. Auf dem Programm stehen unter anderem eine Seenrundfahrt, ein Treffen mit dem Bürgermeister, ein Besuch des Gedenksteins, eine Hüttenfahrt, ein Heimatabend und vor allem das Zusammensein in heimatlicher Verbundenheit. Weitere Informationen: Susanne Kuttin, Hauptplatz 1, 9871 Seeboden am M. S., Telefon 0043 (4762) 8125512, E-Mail: susanne.kuttin@ktn.gde.at

Der Grüne und die Heimat

Minister Robert Habeck bei der Baltischen Tafelrunde

Sie müssen die Grünen auch nicht aus Mitleid mit mir wählen." Mit diesem Satz – und viel Heiterkeit – endete die Antwort des Ministers Robert Habeck auf die Frage eines der zahlreichen Gäste: „Nennen Sie mir drei Gründe, warum ich Sie wählen soll."

Robert Habeck, Minister für Landwirtschaft und Umwelt in Schleswig-Holstein, war an diesem Abend nicht, wie ausdrücklich von ihm wie auch vom einladenden Hausherrn Raimar Neufeldt betont wurde, in Sachen Wahl unterwegs, sondern um anläßlich der 10. Baltischen Tafelrunde im Forum Baltikum/Dittchenbühne in Elmshorn über das Thema „Zusammenhalt im Ostseeraum" zu sprechen. Dabei konzentrierte er sich auf einige wesentliche Aspekte.

Habeck ist an der Küste aufgewachsen. Er sieht die Ostsee nicht als das uns trennende, sondern als das verbindende Meer. Beim Exkurs in die Geschichte der Hanse (Wie und warum ist sie entstanden?) verdeutlichte er anschaulich, worin die Unterschiede zum Heute liegen, aber auch welche Parallelen sich erkennen lassen. Ein Vakuum der Macht, die Entstehung des Geldes (statt Tauschhandel), sichere Handelswege und mächtig gewordene Städte, die sich auch zu kulturellen Zentren entwickelt hatten, ließen die Hanse groß werden. Heute finden wir Europa in der Krise. Mit der Aussage: „Es regieren Menschen, die ihre eigene Geschichte nicht kennen", erntete Habeck Zustimmung. Entstandene regionale Bünde, wie der Rat der Regionen, werden stets überlagert von Brüssel. „Menschen aber suchen Identitäten, suchen Heimat!" Der Begriff Heimat sei zwar konservativ besetzt, man könne ihn aber auch so verstehen: „Heimat ist der Ort, den wir mit unseren Geschichten füllen." Ein

> »Menschen suchen Identititäten«

Zitat, das Habeck im Büro des Chefredakteurs einer großen deutschen Tageszeitung aufgefallen ist.

Die Baltischen Staaten sind für den Minister ein Vorbild, wenn es um die Entwicklung der Digitalen Welt geht. Diese Länder zeigen gleichzeitig, dass Kultur eine eigene Kraft besitzt. Ein eigenes Kulturbewußtsein zu entwickeln ist notwendig ebensowichtig ist es Sprache als kulturelle Identität zu bewahren. An dieser Stelle lobte Habeck die Tourneen der Dittchenbühne, die wichtiger seien als manche Reise einer Wirtschaftsdelegation.

Raimar Neufeldt, der Erste Vorsitzende der Dittchenbühne, dem einzigen ostpreußisches Theater in Deutschland, hatte in seiner Begrüßung diese Tatsache benannt: Seit 27 Jahren geht das Ensemble der Dittchenbühne jeden Oktober auf Theaterfahrt entlang der Ostseeküste. In der Regel werden in zwölf Tagen elf Aufführungen in fünf Ländern auf die Bühne gebracht. Erwartet wird die Dittchenbühne zwischen Stettin und Helsinki. Welch eine Leistung! Vor allem, wenn man bedenkt, dass sie mit Ausnahme der Regie von Laien, von Ehrenamtlichen erbracht wird.

Eindringlich ging Habeck auch auf die Munitionsbelastung der Ostsee als Folge des Zweiten Weltkrieges ein. Er nannte es „ein ökologisches Katastrophenpotential, das da schlummert". Das Thema würde „unterdramatisiert". Hoffnung besteht in der Entwicklung eines speziellen Tauchroboters. Es waren dann die Atomkraftwerke, die Habeck daran hinderten, den Elchbraten zu genießen, und die kulinarische Reise rund um die Ostsee bis zum Schluss mitzumachen. Eine Telefonkonferenz über die strittigen Energieerzeuger stand noch auf seinem Terminkalender. *Ute Eichler*



Zum zehnten Mal veranstaltete der Verein Forum Baltikum/Dittchenbühne die Baltische Tafelrunde. Gastredner war der schleswig-holsteinische Grünen-Politiker Robert Habeck Bild: Dittchenbühne

Der andere Luther

Zu: Weggefährte Luthers (Nr. 14)

Es ist schön, dass Martin Luther dafür gesorgt hat, dass wir eine einheitliche Sprache bekamen. Was er aber durch seine Lehren (natürlich ohne seine Schuld) verursacht hat, war der Dreißigjährige Krieg, der Deutschland nicht nur in ein Trümmerfeld verwandelte, wovon es sich zum Teil erst nach 100 Jahren erholte, sondern auch in ein Mosaik zahlreicher Fürstentümer zersplitterte. Und der Protestantismus war nun wirklich keine bessere Alternative zum Katholizismus. Die Hexenprozesse in Salem/Massachusetts wurden von Puritanern durchgeführt. Die Bürgerkriege in England waren Kriege zwischen Protestanten und Katholiken. Protestanten mussten aus England nach Amerika fliehen und begannen dort einen Massenmord an den Indianern. Und in Nordirland bekämpften sich bis vor Kurzem Katholiken und Protestanten bis aufs Messer. Diese Betrachtungsweise von Luther muss auch erlaubt sein.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau



Drei Protagonisten des früheren „Anden-Pakts“: Günther Oettinger, Christian Wulff und Roland Koch (v. l.). Bei einem Nachtflug über die Anden entstand 1979 die Idee einiger Mitglieder der Jungen Union, ein konservatives Netzwerk zu gründen Bild: action press

In der Uckermark

Zu: Ostern in Pommern (Nr. 14)

Wenn der Film „Die Heiden von Kummerow und ihre lustigen Streiche“ auch auf Usedom in der Nähe von Putbus, also in Vorpommern, gedreht wurde, so spielt die fiktive Handlung Ehm Welks in Biesenbrow in der Uckermark im Kreis Angermünde. Aus diesem Dorf an der Welse kommt Ehm Welk. Hier verlebte er seine Kindheit und Jugend mit den realen Figuren seiner Geschichte. Sie lassen sich aus seiner Darstellung alle erkennen und identifizieren. Ihre persönlichen Züge sind so präzise und echt geschildert, dass Eingeweihte sie ohne Schwierigkeiten erkennen konnten.

Das „pommersche Kummerow“ ist also uckermärkisch, und das Buch Welks erzählt von uckermärkischen Bräuchen und vom uckermärkischen Leben zur wilhelminischen Zeit im Dorf Biesenbrow.

Friedrich-Karl Baas, Immenhausen

Anm. der Redaktion: Der reale Ort Kummerow gehörte bis 1945 zur preußischen Provinz Pommern.

So machtlos wie der Anden-Pakt

Zu: Aufbruch? (Nr. 13)

Dem Leitartikel über den Freiheitlich-Konservativen Aufbruch kann man voll zustimmen. Nach meiner Einschätzung liegt das Problem der deutschen Konservativen in der fehlenden Definition dessen, was „konservativ sein“ heißt. Dies ausnutzend haben es die früheren CDU-Ministerpräsidenten Wulff und Müller mit einem süffisanten Lächeln immer wieder trickreich verstanden, der Frage, „wie konservativ ist eigentlich die Union?“, auszuweichen.

„Was meinen Sie eigentlich mit konservativ genau?“ – Das war dem Sinne nach die stets gleiche Frage. Man muss wissen, dass sich Konservative in Deutschland auf unterschiedliche Parteien verteilen. Diejenigen in den Unionsparteien haben eine besonders große Leidensfähigkeit. Besonders die CDU ist nicht wirklich konservativ, wie einst in der Weimarer Republik beispielsweise die DVP von Gustav Stresemann. Sie ist vielmehr eine reine Funktionspartei mit dem Ziel des Machterhalts: mal ein bisschen zentristisch-katholisch, mal ein wenig modernistisch, dann wieder mehr sozial und in den Städten auch ein bisschen multikulti, ganz wie es opportun erscheint, um in den Worten Angela Merkels zu bleiben.

Dagegen sind die konservativen Initiativen in der Partei machtlos. Am deutlichsten wird dies an einem anderen, früheren CDU-Zirkel, dem Anden-Pakt. Hier fanden sich so unterschiedliche Polit-Typen zusammen wie Elmar Brok, Friedrich Merz und Roland Koch. Jeder von ihnen wurde mehr oder weniger erfolgreich in der Partei. Zweck dieses Anden-Paktes war schlicht die Vernetzung, also ein rein funktionaler Zweck.

Zurück zum Definitionsmangel der Konservativen in Deutschland: Keiner seiner Exponenten, weder Manfred Wörner, Manfred Kanther oder Wolfgang Bosbach, konnte bisher mit wenigen klaren und überzeugenden Worten wirklich erklären, was es heißt, ein Konservativer zu sein. Das ist vor allem ein Gefühl, eine Herzenssache. Man ist patriotisch, für den Rechtsstaat, für Geld- und Währungsstabilität, für Tugenden und so weiter. Aber reicht das für die politische Auseinandersetzung? Oder als verbindende Klammer für eine Partei? Die Linke hat es da leichter. Seit dem Scheitern des nationalen Sozialismus in Europas Mitte des letzten Jahrhunderts heißt links sein heute immer internationalistisch, pazifistisch, multikulturell, multiethnisch. Jeder Schüler verbindet damit etwas.

Will der politische Konservatismus in Deutschland wieder erfolgreich sein, so muss er sich und dem geneigten Wähler eine schlüssige Selbstdefinition geben. Am weitesten ist dabei der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland gekommen, ein früherer CDU-Staatssekretär aus Hessen, der die AfD bislang aber auch nur als seine konservative Herzenssache bezeichnete – gleichsam als ein konservatives Experimentierfeld, so wie es die Grünen Anfang der 1980er Jahre waren, in der die Linke den Ökofundamentalismus erprobte. Vielleicht gelingt es dem Intellektuellen Gauland ja zu konkretisieren, was einen heutigen Konservativen ausmacht. Ohne diese Definition des Konservativen werden auch alle künftigen Initiativen in Deutschland innerhalb und außerhalb der Altparteien in den Ansätzen stecken bleiben.

Sven Kockler, Saarbrücken

Türken nutzen Deutschland als »Schlachtfeld«

Zu: Das Ende der Täuschungen (Nr. 16)

Dass sich überhaupt die Frage stellt, wie man sich in diesem Fall mit einem Konflikt verhält, den man nicht wollte, ist schon schlimm. Der Konflikt mit Erdogan ist doch nicht aus heiterem Himmel gekommen. Verantwortlich dafür sind die Politik und die Gutmenschen und Weicheier. Der Ausgang des Referendums in der Türkei war absehbar. Wir sollten uns nicht über das knappe Ergebnis freuen. Was sagt das denn schon aus? Glaubt man wirklich, dass Erdogan ein Scheitern des Referendums akzeptiert hätte?

Es ist auch völlig uninteressant, wie hoch die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Türken in Deutschland war. Erdogan konnte sich sicher sein, dass er hier gewinnen würde. Dazu waren Wahlreden in seinem angehenden Kalifat nicht nötig. Natürlich haben die in dem Artikel angesprochenen Minderheiten in Deutschland nicht für Erdogan gestimmt. Aber warum müssen wir die ständigen und oft gewalttätigen Auseinandersetzung der „richtigen Türken“ mit diesen Minderheiten aushalten?

Das „Schlachtfeld“ dieser alten Konflikte hat sich ausgedehnt. Wenn Hamed Abdel-Samad sagt, dass es die „Krawatten-Türken“ und die „grinsenden Kopftuch-Muslimas“ waren, die für Erdogan Propaganda gemacht hätten, so irrt er. Zumindest ist das eine sehr pauschale Feststellung und damit falsch. Denn der Alltag lehrt uns wahrlich auch anderes.

Ich halte eine Doppelstaatlichkeit generell für einen Fehler. Insbesondere bei Wahlen ist das außerordentlich „praktisch“. Nicht nur EU-Beihilfen für das Reich von Erdogan sind einzustellen, sondern auch das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen, das am 30. April 1964 in Kraft getreten war. In diesem Abkommen ist festgelegt, dass jeder türkische Mitbürger, der hier in Deutschland Sozialbeiträge leistet, alle seine in der Türkei lebenden Verwandten mitversichert hat (es geht um die Krankenversicherung). Wer zu seinen Verwandten gehört, bestimmt die türkische Regierung (also neuerdings Erdogan). Und die sagt, auch die Eltern gehören dazu. Also Menschen, die noch niemals deutschen Boden betreten haben und nicht den geringsten Bezug zu Deutschland haben. Die einzige Verbindung zu Deutschland besteht ausschließlich in der Kontoverbindung.

Abgeschafft werden muss unbedingt der Asylpakt mit der Türkei, in dem eine gefährliche Zusatzklausel von Bundeskanzlerin Angela Merkel geheim gehalten wurde. Hierbei hat die Kanzlerin zugestimmt, dass zwischen 150 000 und 250 000 Flüchtlinge pro Jahr aus der Türkei nach Europa umgesiedelt werden (also überwiegend nach Deutschland). Das türkische Innenministerium erstellt eine Liste mit den Namen. Das Ende der Täuschungen ist nicht absehbar.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Unterm Blätterdach

Zurück zur Natur – Warum Waldmenschen Obdach unter Bäumen suchen und der Zivilisation entsagen

„Retour à la nature!", soll der französische Aufklärer Jean-Jacques Rousseau einst gefordert haben. Einige Aussteiger nehmen das wörtlich und schlagen ihre Zelte jenseits der Zivilisation dauerhaft in Wäldern auf.

Anfang 2017 ging das Schicksal eines Mannes durch die Presse, der jahrelang in einer Höhle oberhalb der Donau nahe Regensburg gelebt hatte. Er hatte zuvor seine jüngere Frau verlassen, die von ihm schwanger war, und war in die Höhle geflüchtet, die er aus Kindertagen kannte. Vor was oder wem hatte er Angst? Vor dem Familienleben, vor den Pflichten, die ihm als Vater nun zukamen? Weshalb war die Höhle, in der es ihm an allen Annehmlichkeiten der Zivilisation fehlte, in der es im Winter eisig kalt wurde, angenehmer? Wieso nahm er die Beschwerden und den Ruin seiner Gesundheit in Kauf? Inzwischen ist der Mann verstorben, womöglich nicht zuletzt an den Spätfolgen, die das harte Höhlenleben mit sich gebracht hatte.

Im Frühsommer 2016 starb der Knogl-Toni, der fast zwei Jahrzehnte im Bayerischen Wald in freier Natur verbracht hatte. Er war einst (nach einem Streit, einer Demütigung?) aus einem nahen Dorf ausgezogen, um dann den Rest seines Lebens in einer selbstgezimmertem Hütte unterhalb des Knogl-Gipfels bei Sankt Englmar zu verbringen. Im Winter ist die exponierte Lage auf dem Höhenzug des Bayerischen Waldes, der hier die 1000er-Grenze überschreitet, schneereich und hart.

Im Stühe, einem Waldstück bei Bremen, hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ebenfalls ein Mann in einer selbstgebauten Hütte gelebt. Als Sonderling war er so bekannt, dass manche Bremer gerade nach dem Bau einer Eisenbahnlinie zum Wald eine Ausflugsreise unternahmen, um den Menschen, der fast wie ein Tier lebte, zu sehen. Sie nannten ihn „Hasen-Ahlers", da er, so die Legende, nur von selbstgeschossenen Hasen lebte, die er manchmal auch in den Orten der Nachbarschaft verkaufte. Das Gewehr, das er zur Hasenjagd benutzte, leistete ihm dann auch gute Dienste, um die Neugierigen zu vertreiben.

Hasen-Ahlers war ein Zeitgenosse des US-Philosophen Henry David Thoreau, der ebenfalls in den Wald gezogen war, um wie ein Eremit in einer selbstgezimmerten Hütte zu leben. Sein Traktat „Walden oder Leben in den Wäldern" von 1854, das den Ausbruch aus der Zivilisation beschreibt, gehört zu den großen Werken der US-Literatur, seine Hütte wurde nachgebaut und dient heute noch manchen Amerikanern als Anregung für ein alternatives Leben.

Wenn man ein wenig abtaucht in die deutsche, europäische und amerikanische Regionalgeschichte, wenn man beginnt, die Zeitungen zu studieren, dann stößt man immer wieder auf Einsiedler, auf Menschen, die nur in der Einsamkeit ihre Ruhe fanden und finden. Meistens gingen sie in einen Wald, lebten in einer Hütte oder irgendeiner vorgefundenen Unterkunft. Sie verzichteten freiwillig auf fließend Wasser, Heizung und Strom.

Bemerkenswert ist, dass die meisten Aussteiger oder Eremiten jedoch nicht ein Versteck suchten, das möglichst weit weg von dem Leben der Anderen lag. Im Gegenteil, sie wählten oft einen Rückzugsort im Dunstkreis ihrer alten Beziehungen und im Nahbereich anderer Menschen. Der Mann aus der Höhle lebte nur unweit der Walhalla, die jedes Jahr von zehntausenden Touristen besucht wird. Knogl-Toni hatte sich seine Hütte nur wenige Meter von einer gut frequentierten Wanderroute gezimmert. Bei gutem Wanderwetter konnte er die Fremden, die auf seinen Berg stiegen, hören, vielleicht beobachtete er diese sogar.



Bild: Aschenbeck

Holzvilla im Eigenbau: Die Hütte des Knogl-Toni im Bayerischen Wald, aufgenommen kurz nach seinem Tod

Aussteiger gehen einer Sehnsucht nach, die in unserer Zivilisation tief verankert ist, die wie die zweite Seite der Medaille der Moderne erscheint: einmal alles loslassen, einmal keine Rechnungen beachten müssen, keine Verpflichtungen, keine Termine. Die Attraktivität des Lebens im Wald wuchs mit der Komplexität der modernen Welt. Je mehr die Menschen in den Städten und den Mehrfamilienhäusern das Gefühl bekamen, die Bodenhaftung zu verlieren, je mehr sie sich fremdbestimmt fühlten, um so mehr liebäugelten sie mit dem Leben in der Natur. Manchen reichte ein zweiwöchiger Urlaub in der Natur, andere unternahmen eine Pilgerreise, einigen wenigen war und ist auch das nicht genug, sie wollen draußen leben.

„Draußen Zuhause", so der Werbe-Slogan einer bekannten Modemarke, konnte erst in einer Zeit attraktiv werden, in der das warme Leben in guten Wohnungen Standard geworden ist und in der der Weg in Mutter Natur nicht wie eine Rückkehr in ärmliche Zustände, sondern wie eine begehrenswerte Alternative erscheint.

Vermutlich wollten die meisten zuerst nur ein Zeichen setzen. Sie wollten den Eltern, Freunden oder anderen beweisen, dass sie anders leben können. Das Waldleben am Rande der alten Welt ist oftmals ein symbolischer Akt, der von der verlassenen Welt durchaus wahrgenommen werden sollte. Viele der Aussteiger kehrten nach einiger Zeit um, waren mit der einmaligen symbolischen Tat zufrieden. Nur wenige fanden und finden nicht den Weg zurück und verbringen ihr Leben in der Einsamkeit.

Frühe Aussteiger waren gut situierte Töchter und Söhne, die um Jahr 1900 München verließen, das Buch „Walden" im Gepäck, um südlich der Alpen, bei Ascona in der Schweiz, den „Monte Verità" zu gründen. Das Leben in den Hütten mit Knüppelholzmobiliar schien echter und wahrhaftiger zu sein als das Leben in den prachtvollen Villen des Großbürgertums, in denen die Gründer und Gründerinnen des Monte Verità aufgewachsen waren. Eine der Siedlerinnen, Lotte Hattemer, empfand selbst die Hütten als zu luxuriös, als zu wenig authentisch. Sie bezog eine Höhle in einer Felswand.

Dass sich auch die Siedler auf dem Monte Veritá in der Nachbarschaft der großen Reiserouten angesiedelt hatten – das bei Nordeuropäern beliebte Locarno lag in direkter Nachbarschaft –, dass sie sich bemühten, in Tuchfühlung mit der eigentlich verhassten Gesellschaft zu bleiben, unterstreicht die symbolische Bedeutung des Ganges in die Natur. Die anderen sollten sehen, sollten wissen, dass sie alles besser machen, dass sie die vermeintliche Wahrheit gefunden haben.

Eine der Hütten der Aussteiger, die Casa Selma, ist heute Museum. Jeden Tag stehen die Touristen vor den primitiven Einrichtungsgegenständen und bewundern das einfache Leben der damaligen Siedler. Manche spüren womöglich ein Verlangen, auch dereinst so leben zu wollen.

Der Bremer Hasen-Ahlers starb 1913 im norddeutschen Wald. Die Menschen des Ortes setzten ihm später ein Denkmal. Am Rande des Waldes, in der Gemeinde Klattenhof, steht noch heute das Bronzedenkmal eines Hasen – und erinnert an den Eremiten, der die Städter mit dem Gewehr bedrohte. *Nils Aschenbeck*

Bedrohte Musikinstrumente

Ein guter Klang weniger – Gitarren dürfen nicht mehr aus Palisanderholz gefertigt werden

Bei Musikern, Musikalienhändlern sowie Instrumentenbauern schlagen seit einigen Wochen die Wellen hoch. Gitarren, Kontrabässe, Oboen, Klarinetten und andere Instrumente erfahren nach Inkrafttreten der Änderungen für den Artenschutz, wie sie bei der 17. CITES-Artenschutzkonferenz beschlossen wurden, eine dramatische Aufmerksamkeit. Vor allem bei grenzüberschreitenden Reisen stehen die Instrumente im Fokus. Der Grund ist eine Verschärfung der Regelungen für einige Holzarten, die für die Herstellung von Instrumenten maßgeblich wichtig sind. Vor allem, wenn es um erstklassige Instrumente geht, wie sie Konzertmusiker einsetzen.

Dreh- und Angelpunkt des Problems ist Palisander. Diese Holzart wird mit Vorliebe für Griffbretter von Gitarren genutzt. Die Sorte Rio-Palisander (Dalbergia nigra) ist der holzgewordene Traum, aus dem Konzertgitarren gefertigt werden. Aber auch Teile von Oboen, Klarinetten oder Kontrabässen sind gelegentlich aus Palisander. Für die Holzsorte Rio-Palisander galt die verschärfte Vorschrift bereits seit 1992, nun sind mit der am 29. Januar in Kraft getretenen Änderung alle übrigen Palisanderarten ebenfalls in die Kategorie mit dem höchsten Schutz gerückt worden. Ziel der Maßnahme ist es, eine Übernutzung der Bestände zu verhindern. Was das im Detail bedeutet? Die Einfuhr und Ausfuhr der Hölzer und aller fertigen Produkte aus diesen Hölzern, auch wenn nur Teile des Produktes betroffen sind, wird ab sofort streng reglementiert, und es ist lediglich ein fest vorgeschriebenes Kontingent der betroffenen Holz-Arten als Rohware verfügbar.



Bald eine Rarität: Gitarre mit Palisander-Griffbrett Bild: ddp images

Für Instrumentenbauer bedeutet das, wenn sie Holz für Neubauten einkaufen wollen, müssen sie vorher entsprechende Anträge stellen. Das ist unbequem und zeitaufwendig und wirft Fragen auf. Was passiert, wenn die zur Verfügung stehenden Mengen der Holzsorten von Großfirmen aufgekauft werden, die zum Beispiel Möbel herstellen? Geht die Musikindustrie dann leer aus? Werden Konzertgitarren in Zukunft unerschwinglich teuer? Wird der Instrumentenbauer schon bald auf minderwertige Holzprodukte wie Fichte umstellen müssen?

„Alles halb so schlimm", meint Franz Böhmer vom Naturschutzbund und verweist darauf, dass bei Einhaltung des Prozedere alles zu bekommen sei. Schließlich gehe es nur darum, dass das Ausfuhrland – im Fall von Palisander ist dies vorrangig Indien – mitteilt, dass die erlaubte Menge entnommen wurde. Eine Aussage, die viel Raum für kreative Interpretationen lässt. Vor allem dann, wenn wie im Fall von Indien ein Land betroffen ist, das den schlechten Ruf besitzt, dort gehe nichts ohne Schmiergeld.

Viele Musiker, Instrumentenbauer und Händler sehen in der Neuregelung eine Katastrophe. Schon die aufwendigen Anträge, die für den Erwerb von Instrumenten notwendig werden, schrecken ab. Für den Handel mit fertig im Ausland gekauften Instrumenten oder den Erwerb von Instrumenten für die Nutzung als Privatperson gilt: Benötigt werden behördliche Bescheinigungen, die als Belege bei der Einfuhr vorgelegt werden können. Für den reinen Besitz und das private Üben zu Hause spielt der Beleg keine Rolle. Doch für jedes Instrument, das auf einer Konzertreise ins Ausland mitgeführt wird, muss ein entsprechender Erwerbsnachweis beigebracht werden, der belegt, wann und wo das Instrument gekauft wurde. Das gilt auch für Instrumente, die vor 2017 erworben wurden. Sofern ein derartiger Beleg fehlt, kann es zu einer Beschlagnahmung des Instrumentes führen.

Erst Ende November sind drei Gitarren, bei denen Teile aus Rio-Palisander festgestellt worden waren und die daraufhin beschlagnahmt wurden, vom Bundesamt für Naturschutz der Hochschule für Musik und Tanz in Köln per Vertrag überlassen worden. Die Studenten dürfen nun mit besonders hochwertigen Instrumenten üben und sich gleichzeitig Gedanken über den Artenschutz machen. *Stephanie Sieckmann*

Volkssport Sparen

Alle lieben es, das Geld zur Bank zu bringen

Obwohl die Zinsen im Keller sind, hält es die Deutschen nicht vom Sparen ab. Zu diesem Ergebnis kam jüngst eine von der RaboDirect-Bank in Auftrag gegebene Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Demnach machen 80 Prozent der Deutschen ihr Sparverhalten nicht von der Höhe der Zinsen abhängig, die sie für ihr Guthaben bekommen. Dass sie Geld auf die hohe Kante legen, hat andere Gründe. Sparen bleibe, so die Studie, in Deutschland Volkssport.

Dass sich solch ein hoher Anteil der Bevölkerung monatlich einen festen Betrag zur Seite legt, ist auch keine Frage des Alters. 79 Prozent der 14- bis 19-Jährigen sparen, und unter den ab 60-Jährigen ist der Anteil genauso hoch. 14 Prozent der Deutschen legen bis zu 50 Euro im Monat zurück, fast ein Drittel (29 Prozent) sogar mehr als 200 Euro.

80 Prozent sparen trotz des Zinstiefs

Wie die Bundesbürger ihr Geld anlegen, zeigen die jüngst von der Bundesbank veröffentlichten Zahlen, wonach Bargeld und Einlagen bei Banken mit gut 2,2 Billionen Euro nach wie vor den größten Posten des Geldvermögens privater Haushalte darstellen. Zum Vergleich: Aktien machen nur rund 563 Milliarden Euro der insgesamt 5,5 Billionen Euro an Vermögen aus. Ein Grund dafür könnte sein, dass sich nahezu die Hälfte der Deutschen (45 Prozent) Sorgen um ihr Geld macht – Frauen sogar noch etwas häufiger als Männer (48 zu 42 Prozent).

Aber warum ist Sparen trotz des Zinstiefs so beliebt? Laut der Umfrage ist vielen Deutschen aufgrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den letzten Wochen das Lachen vergangen. Eine maßgebliche Rolle beim Sparen spielt dementsprechend das beruhigende Gefühl, das ein Geldpolster vermittelt. Zwei Drittel (67 Prozent) der Befragten geben an, aus diesem Grund regelmäßig zu sparen. 47 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren sparen, um nicht unnötig Geld auszugeben. Das trifft vor allem auf die unter 30-Jährigen zu (67 Prozent). Ein Drittel der Deutschen spart zudem für andere, zum Beispiel für Kinder oder Enkel. Besonders die mittlere Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren (38 Prozent) sowie Befragte ab 60 (41 Prozent) geben dies an.

Dass aufgrund des Negativzinses mit einem dauerhaften Wertverlust des auf Bankkonten geparkten Geldes zu rechnen ist, scheint niemand nicht zu interessieren. Im Prinzip kann man das Ersparte genauso gut zu Hause in der Schublade bunkern. *tws*

Ein Rufer in der Wüste

Hans-Peter Schwarz kritisiert die europäische Asylpolitik

Es mag noch eine gute Weile dauern, bis sich auch die standhaftesten Traditionalisten in Brüssel und Berlin dazu bequemen, die unzeitgemäßen Asylsysteme mitsamt dem unpraktisch konstruierten Schengen-Abkommen zu reformieren, doch ob sie wollen oder nicht: Die Völkerwanderung nach Europa wird tiefgreifende Reformen erzwingen." Der das sagt, ist kein Nobody von Rechtsaußen, sondern einer der geachtetsten Zeithistoriker in Deutschland. Wie kaum ein anderer hat Hans-Peter Schwarz, emeritierter Politikwissenschaftler der Universität Bonn, die Geschichte der Bundesrepublik wissenschaftlich begleitet. Jetzt konstatiert er unter dem Eindruck der endlosen Flüchtlingsströme eine „neue Völkerwanderung nach Europa", versucht zu zeigen, warum die EU aus eigenem Verschulden förmlich überrollt wurde und warum das geltende Asylrecht, entstanden in Brüssel und verbindlich für alle Mitgliedstaaten, dringend einer strikteren Fassung bedarf.

Schwarz summiert die Fakten: die Bürgerkriege in Nahost und Afrika, die Flucht verzweifelter Menschen in der Hoffnung auf ein besseres Leben, der Zusammenbruch der Ordnung an den Grenzen, sowie das Tür und Tor öffnende europäische Asylrecht. Seine These ist kurz und klar: Wenn nichts geschieht, wenn nicht die Außengrenzen dichter werden und das zu einem „uferlosen Flüchtlingsrecht" verkommene Asylrecht schärfer gefasst wird, steht Europa schon bald vor einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe ungeahnten Ausmaßes.

Dorn im Auge: Rundfunk-Propaganda

Die „atemberaubend leichtsinnige Ausweitung des Asylrechts" für Hilfesuchende aus aller Welt habe dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Schwarz konzediert Brüssel und Berlin zwar humanitäre Beweggründe, fragt aber, wie weit eine „Gesinnungsethik" gehen darf und ob nicht eine „Verantwortungsethik", die auch die Folgen humanitären Handelns bedenkt, angebrachter wäre. Im Moment sieht er freilich kaum Chancen zu einer baldigen Änderung.

Der Autor kritisiert insbesondere Berlin für sein „unentschiedenes Durchwursteln". Besonders ärgert ihn, dass die EU-Staaten ihr Recht, Herr über das eigene Territorium zu sein, ohne Not aufgegeben hätten. Erst als in höchster Not einige Balkanstaaten sich Ende 2015 darauf besannen und ihre Grenzen sperrten, ging der Asylsucherstrom zurück. Als besonders „naiv" empfindet er die Erwartung, „Flüchtlinge" wollten sich in europäische Sozialstrukturen assimilieren. Im Gegenteil: Alle Erfahrung zeige, dass sie versuchen, zu schon hier lebenden Landsleuten zu kommen, damit „das mitgeschleppte Gepäck an Sprachkompetenz, religiöser Orientierung, Alltagssitten, Werten und Erinnerungen weiter gehegt und gepflegt werden kann". Ein Dorn im Auge ist dem Autor auch der „zum Propagandaapparat verschlampte Willkommens-Rundfunk", der, statt kritisch zu berichten, ohne jedes Wenn und Aber einer undifferenzierten Willkommenskultur das Wort geredet habe.

Die Diagnose ist immer leichter als die Therapie. Am Ende macht Schwarz mehrere Vorschläge zur Krisenbewältigung, die in einer überlegten Reform des europäischen Asylrechts, der humanitären Hilfe, gesicherter Außengrenzen und der intensiven Hilfe in den betroffenen Ländern selbst gipfeln – Themen, die er in der kommenden Zeit im Mittelpunkt der Erörterungen sieht.

Der Autor, 83 Jahre alt, ist ein freundlicher und vollendete Umgangsformen beherrschender Mann. Dieses Buch aber, so der Eindruck, hat er in einer Mischung aus Verzweiflung und Zorn geschrieben: Zorn über die Naivität der europäischen Politik, Verzweiflung angesichts einer als unabweislich empfundenen Katastrophe. Es ist ein alarmierendes Buch. Jedem, der mit Asyl und Flüchtlingsfragen zu tun hat, müsste es als Pflichtlektüre verordnet werden.

Nur nebenbei: Schwarz hatte immer enge Beziehungen zur CDU, konnte im Adenauer-Haus in Rhöndorf private Papiere des Altbundeskanzlers einsehen und auswerten, hat über die CDU mehrere Studien verfasst. Was er hier an harscher Kritik auch an der Bundeskanzlerin äußert, sagt ein strammer CSU-Politiker oder besonnener AfD-Mann kaum anders. Der wohlwollende Chronist der „alten" Bundesrepublik kommt zu dem bitteren Urteil: „Nie zuvor in den 65 Jahren bundesdeutscher Geschichte hat eine Bundesregierung ein derartiges Chaos verschuldet und seine Fortsetzung wie gelähmt toleriert." *Dirk Klose*

***Hans-Peter Schwarz: „Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten"**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2017, gebunden, 256 Seiten, 19,99 Euro*



Teilweise brauchbar

Jordanier über IS und al-Kaida

Das Buch der jordanischen Politikwissenschaftler Hassan Abu Hanieh und Mohammad Abu Rumman „IS und al-Qaida" schließt keine Marktlücke mehr, denn Literatur über diese zwei Terrorgruppen existiert nun wirklich schon zuhauf. Zudem findet sich alles, was in dem Werk steht – sei es zur Geschichte des Islamischen Staates und der al-Kaida sowie den Rivalitäten zwischen beiden Organisationen, sei es zur salafistischen Ideologie – ganz genauso in anderen, früher erschienenen Publikationen. Darüber hinaus fehlt dem arabischen Autorenduo auch das Insiderwissen, welches beispielsweise der palästinensische Journalist Abdel Bari Atwan besitzt, wodurch dessen ebenfalls recht spät herausgekommene Schrift über den IS trotzdem noch aus der Masse hervorstich.

Andererseits ist Hanieh und Rumman zugutezuhalten, dass sie nicht wie manche „Experten" aus der arabischen Welt versuchen, dem Westen die Verantwortung für den Siegeszug des IS sowie die zahlreichen Anschläge der al-Kaida zuzuschieben, damit nur ja der Ruf des Islam als „Religion des Friedens" unbeschädigt bleibt. Stattdessen vertreten die zwei Jordanier die in ihrer Heimat wenig populäre These von der Entstehung der Terrororganisationen IS und al-Kaida infolge der Aggressivität, die den Gesellschaften des Nahen Ostens innewohnt und aus jahrhundertelangen Konflikten zwischen den verschiedenen Strömungen im Islam sowie diversen Völkerschaften der Region resultiert. Deshalb kann das Buch zumindest all jenen empfohlen werden, welche bisher überhaupt noch nichts Brauchbares über die beiden dschihadistischen Gruppierungen gelesen haben. *Wolfgang Kaufmann*

***Hassan Abu Hanieh/Mohammad Abu Rumman: „IS und al-Qaida. Die Krise der Sunniten und die Rivalität im globalen Jihad"**, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 2016, 239 Seiten, broschiert, 19,90 Euro*

Der Staat soll's richten

Integration durch Bildung

Weil es in unserem Lande an Bildungsgerechtigkeit fehle, drohe eine nie dagewesene Bildungsmisere. Das ist die Kernthese in „Die große Aufstiegslüge" von Suat Yilmaz. Der Autor kam als Kind aus der Türkei nach Deutschland und studierte Sozialwissenschaften. Anschließend arbeitete er als „Talentescher" für eine deutsche Hochschule. Seiner Meinung nach wird hierzulande viel menschliches Potenzial verschwendet, obwohl doch gerade das der Schlüssel zu Wachstum und Wohlstand ist. Und tatsächlich gelingt es Yilmaz, diese Aussage mit praktischen Beispielen zu untermauern. Die meisten vernachlässigten Talente lokalisiert er dabei in der Unterschicht – wegen der Unfähigkeit der Eltern, ihre Kinder adäquat zu fördern. Deshalb müsse der Staat hier helfend eingreifen.

So weit, so gut. Dann allerdings verfällt Yilmaz im Schlussteil des Buches in blinde Euphorie, wenn es um die bildungsmäßige Integration von „Flüchtlingen" geht. Seine diesbezüglichen Vorschläge laufen nämlich samt und sonders auf die unrühmliche Leerformel vom „Wir schaffen das!" hinaus. *Wolfgang Kaufmann*

***Suat Yilmaz: „Die große Aufstiegslüge. Wie unsere Kinder um ihre Zukunft betrogen werden"**, Eichborn-Verlag, Köln 2016, gebunden, 238 Seiten, 20 Euro.*



Blutrünstige Monotonie

Andreas Knapp will Sympathie für Christen im Orient wecken

Andreas Knapp, Jahrgang 1958, war Leiter eines Priesterseminars in Freiburg, bis er sich 2000 dem glaubensstrengen Orden der „Kleinen Brüder vom Evangelium" anschloss und begann, für diesen „Gefängnisseelsorge und Flüchtlingsarbeit" zu versehen. Mit letzterer befasst sich das vorliegende Buch, dessen Inhalt zwei grundverschiedene Teile aufweist. Brauchbare kirchenhistorische Exkurse und aktuelle Leidensberichte, aus dritter Hand übernommen und nervig in ihrer blutrünstigen Monotonie. Immer wieder werden orientalische Christen von IS-Terroristen erpresst, entweder Muslime zu werden oder zu sterben.

Auch in seinen besten Passagen leidet das Buch unter der Flüchtigkeit des Autors: Zahlenangaben zu Christen im Irak sind wirr, Koranzitate falsch. Einen Ehrentitel „Gerechte Israels" gibt es nicht, nur „Gerechte unter den Völkern" für Menschen, die Juden vor dem Holocaust gerettet haben. Anfang 2016 waren es 26 120, darunter ein Ägypter und ein Türke, aber auch 6620 Polen. Knapp will Sympathie für Christen im Orient wecken, welche diese kaum verdienen: Bei Fluchtplänen sind sie noch gerissener als Muslime. Sie lassen bedenkenlos Frau und Kinder zurück, sind stolz darauf, europäische Grenzbehörden mit gefälschten Pässen betrogen zu haben, besitzen offenkundig Geld genug für weltumspannende Fluchtrouten: Irak–Türkei–Tansania–Brasilien–Portugal–Frankreich–Deutschland. „Wo war der Aufschrei der islamischen Welt, als 100 000 Christen im Namen des Islam vertrieben wurden", fragt Knapp und liefert gleich die Antwort: „Der Islam war nie eine Religion des Friedens, Muslime sind Feinde von Christen und Muslimen, kein muslimisches Land nimmt Flüchtlinge auf, alle lachen Europa aus, das es tut."

Wenn Knapp über griechische und syrische Kirchen, Aramäisch und Syrisch schreibt, tut er es ziemlich verworren. Türkische Gräueltaten an Armeniern vor 100 Jahren kennt er nur oberflächlich, weiß nichts von der gewichtigen Dokumentation „Der Völkermord an den Armeniern 1915/1916", die Wolfgang Gust 2006 herausgab. Dennoch gelingen ihm Aussagen, die Beifall verdienen. Die verbohrte türkische Weigerung, die eigene Schuld einzugestehen, erklärt er schlüssig: Ankara fürchte Reparationsforderungen, sehe seine „Ehre" gefährdet und verdränge islamische Mordmotive. Noch eindeutiger erklärt Knapp westliches Wegsehen von muslimischem Terror. Wäre man kritischer, riskierte man Ärger mit großen Öllieferanten, ergo: „Wes' Öl ich brauch, des' Lied ich sing." *Wolf Oschlies*

***Andreas Knapp: „Die letzten Christen – Flucht und Vertreibung aus dem Nahen Osten"**, adeo Verlag, Asslar 2016, gebunden, 229 Seiten, 17,99 Euro*



Eine neurotische Liebe

In Lea Singers Roman dreht sich alles um den Dichter Gottfried Benn



In ihrem Roman „Die Poesie der Hörigkeit" verbindet die Münchner Schriftstellerin Lea Singer das Schicksal ihrer fiktionalen Protagonistin Dorothea Sternheim mit dem Leben des Dichters Gottfried Benn (1886–1956). Auch Erika und Klaus Mann gehören zum prominenten Personal dieses Romans einer obsessiven Liebe. Dorothea Sternheim, genannt Mopsa, ist schon als Zwölfjährige fasziniert von den teils makabren und anstößigen Versen des aufstrebenden Dichters Benn, den sie 1917, damals als Militärarzt, im Haus ihrer Eltern bei Brüssel kennenlernt. Ebenso wie ihre reiche, kunstbeflissene Mutter Thea ist sie wie hypnotisiert von dem kleinen, dicken und uncharmanten Mann, der seinerseits kaum Notiz von ihr nimmt. Benn und seine Lyrik werden zum Dreh- und Angelpunkt ihres Lebens. Sie steigert sich in einen Beziehungswahn hinein, der auch noch anhält, als Benn sich 1933 von der Ideologie der Nationalsozialisten blenden lässt, während sie Paris als Rückzugsraum vorzieht. Erst kurz vor ihrem Krebstod im Jahr 1954 hört Mopsa auf, sich gegen die aussichtslose Liebe zu „ihrem kalten Gott" zu wehren.

Der Leser könnte die ständig bespiegelte Liebesneurose der Protagonistin als ein Zuviel empfinden, auch wenn der Hintergrund einer seelischen Verletzung plausibel erscheint. Missbraucht vom Vater, einem sexsüchtigen Theaterschriftsteller, und von der Mutter lange abgelehnt, wirft sich Mopsa ganz auf „Benn, der Ekel und Abgrund in Reime fasste". 1924 zieht Mopsa nach Berlin, wo Benn als Frauenarzt praktiziert. Nach einem kurzen Techtelmechtel zieht er sich von ihr zurück. Nicht so von ihrer Mutter, die als seine Gönnerin von ihm Besuche, Briefe und sogar Zuneigung empfängt. Kaum verwunderlich bei dieser Konstellation, dass die haltlose Mopsa rauschgiftsüchtig wird und in die Berliner Halbwelt abdriftet. Da Benn selbst im Roman nur gelegentlich in Erscheinung tritt, jedoch durchgehend im Gespräch bleibt, übernehmen seine Gedichte, Briefe und politischen Schriften eine Stellvertreterfunktion. Mopsas engste Vertraute in Paris wird ihre Mutter.

Eigentliche Handlung findet nur wenig statt. In großen Zügen geht die Autorin die Stationen des Scheiterns der Mopsa Sternheim durch. Trotz zerrütteter Gesundheit übersteht sie, wenig glaubhaft, Folter und eineinhalb Jahre Lagerhaft im KZ Theresienstadt. Offiziell hatten sie und ihre Mutter Benn aus ihrer Lebensagenda gestrichen. Ein paar Jahre nach Kriegsende gesteht sich Mopsa dann einen Rückfall ein.

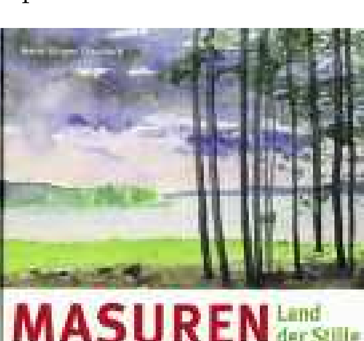
Wer sich von dem düsteren Inhalt nicht abschrecken lässt, sollte im Vorwege auch jedes Quäntchen Humor abschreiben. Als Lichtblick ist die gelungene Inszenierung der Atmosphäre im Berlin der 20er Jahre zu verzeichnen. *Dagmar Jestrzemski*

***Lea Singer: „Die Poesie der Hörigkeit"**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2017, gebunden, 220 Seiten, 20 Euro*

Inspirierende Landschaft

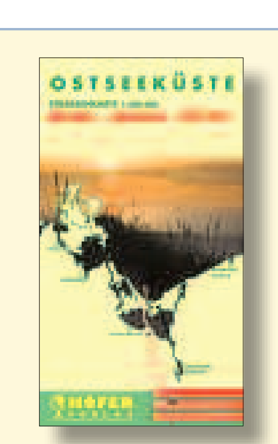
Die Schönheit Masurens in Aquarellen

Der Künstler Hans-Jürgen Gaudeck hat mit seinem Buch „Masuren. Land der Stille" der Heimat seiner Eltern mit Pinsel und Stift eine Liebeserklärung gemacht. Schon immer habe Ostpreußen ihn inspiriert. Allein der Klang des Wortes Masuren habe ihn fasziniert, schreibt er in seiner Einleitung. Es sei Stimmung, welche die Landschaft hervorrufe, wie auch die Werke ostpreußischer Dichter wie Ernst Wiechert, Siegfried Lenz, Arno Holz, Fritz Skowronnek und Arno Surminski. Letzterer schrieb das Vorwort zum vorliegenden Buch.

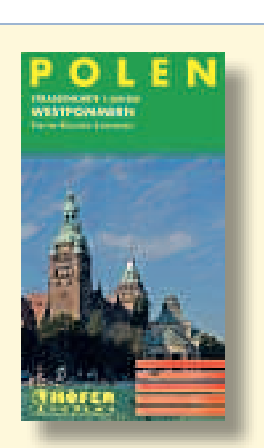


Von Sensburg aus hat der Maler sich mit seinen Malutensilien zu Ausflügen in die Umgebung aufgemacht, um die Lichtspiegelungen und Stimmungen der Seen und Wälder in seinen ansprechenden Aquarellen festzuhalten. Dabei nutzte er die für Aquarellmalerei typischen Farbverläufe, um die Atmosphäre einzufangen. Den einzelnen Aquarellen stellt Gaudeck eigene Gedanken, aber auch Zitate der zuvor genannten Dichter gegenüber. Ein ideales Geschenk für alle an Masuren Interessierte. *MRK*

***Hans-Jürgen Gaudeck: „Masuren. Land der Stille"**, Steffen Verlag, Berlin 2016, gebunden, 96 Seiten, 16,95 Euro*



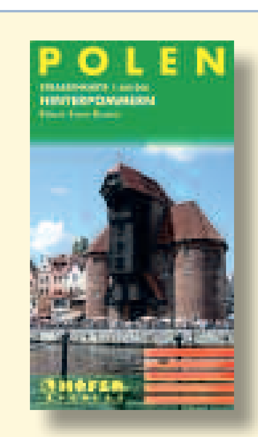
Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €



Westpommern
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5533 PL001 12,90 €



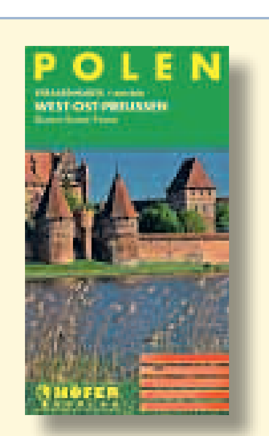
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



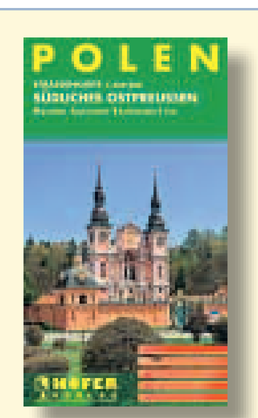
Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €



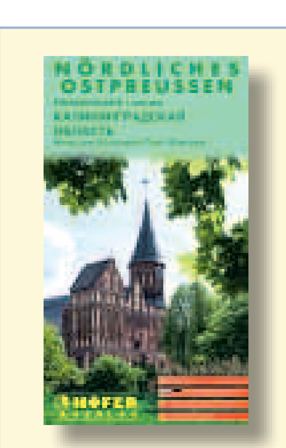
Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



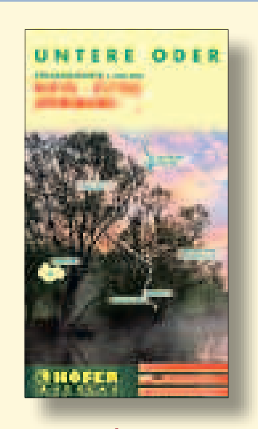
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €



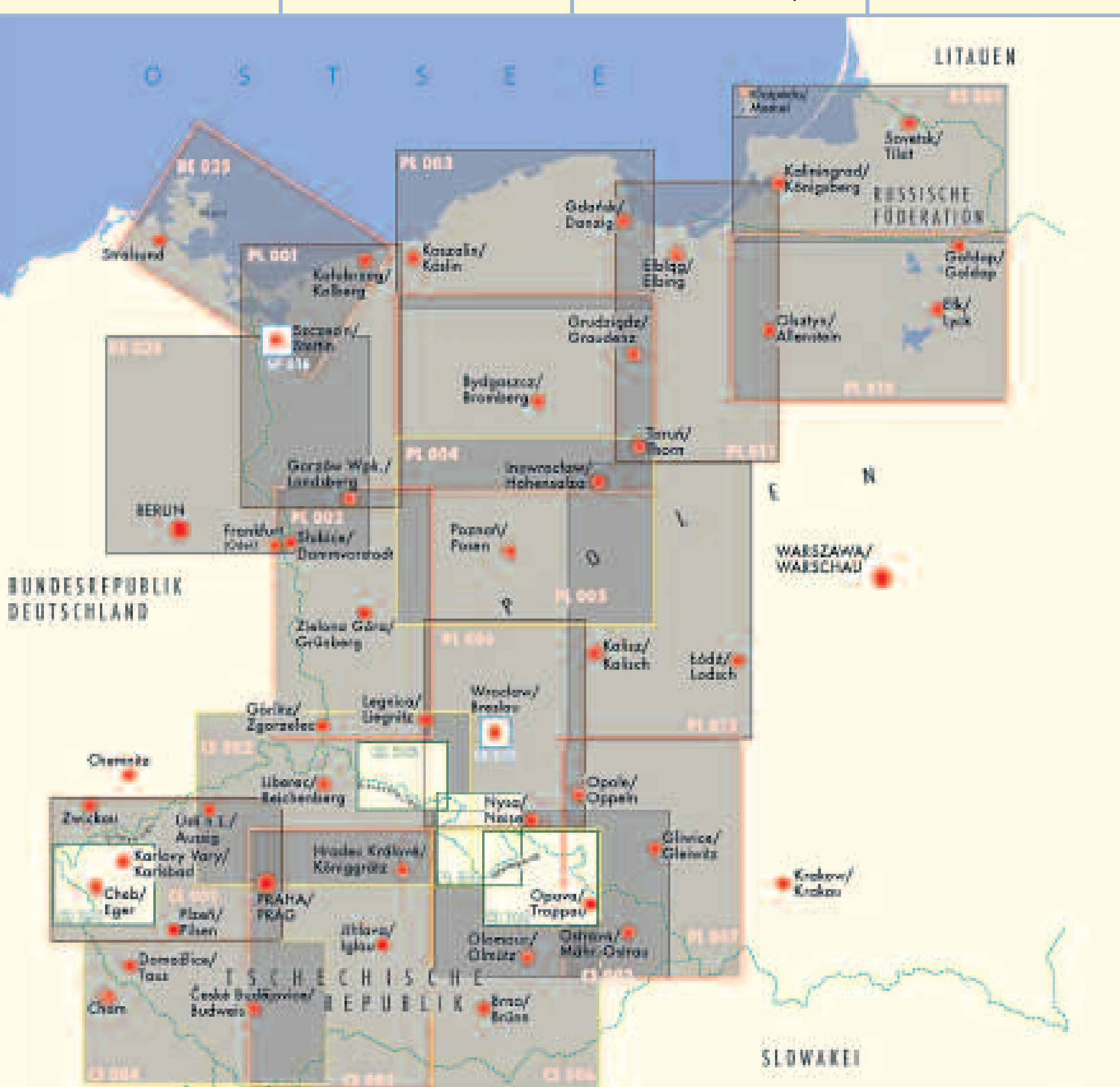
Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €

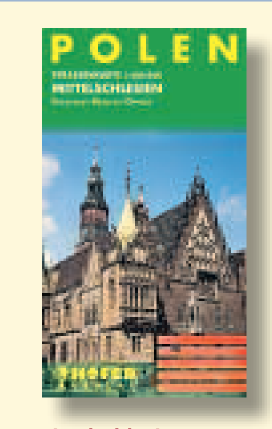


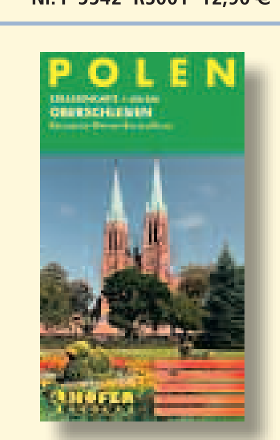
Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €



Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €



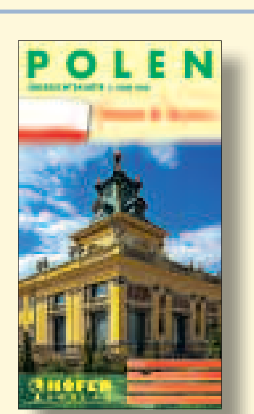




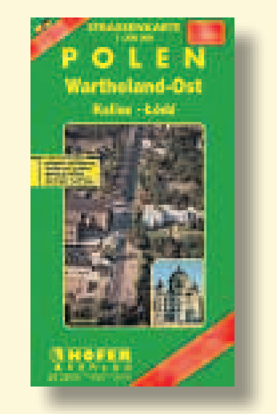
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €

Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €

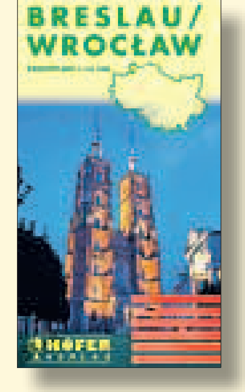
Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €



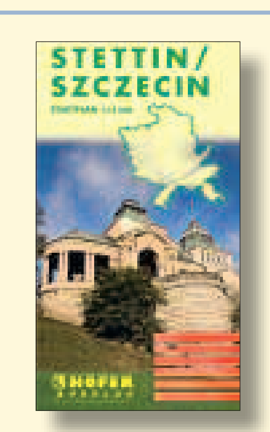
Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €



Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €



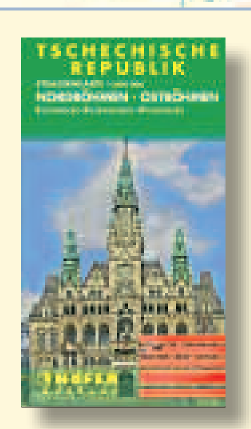
Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €



Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



Tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €



Tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €



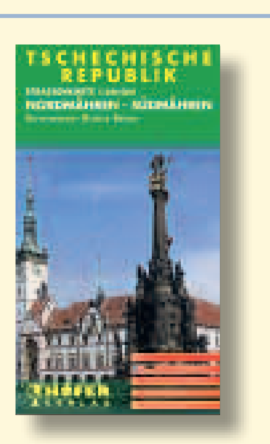
Tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €



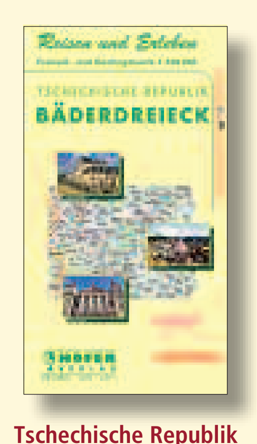
Tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €



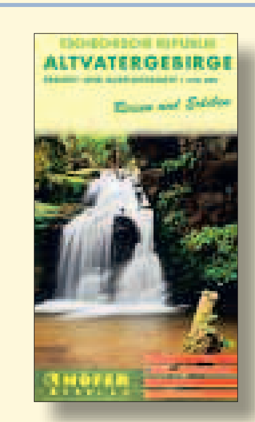
Tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €



Tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €



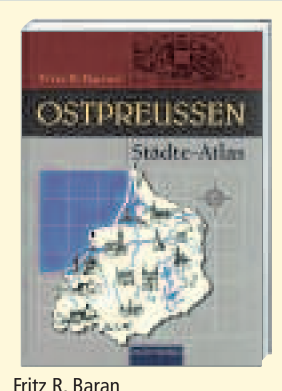
Tschechische Republik
Bäderdreieck
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5580 CR301 12,90 €



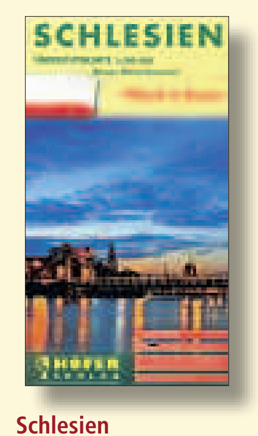
Tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €



Gerd Hardenberg (Größeres Format: 13,5 cm x 20,5 cm)
Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen. Der Reiseführer enthält zahlreiche S/W- und farbige Abbildungen. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage Oktober 2015. 288 Seiten
Nr. P 533176 Kartoniert 14,95 €



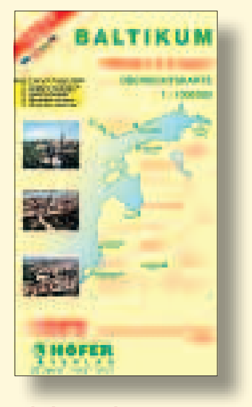
Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €



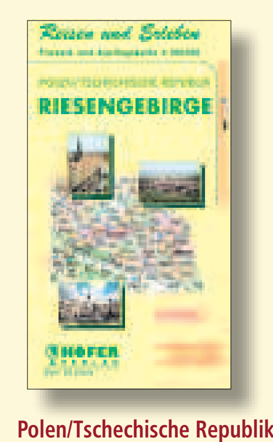
Schlesien
Planen & Touren
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 500.000
Nr. P 5581 PL111 12,90 €



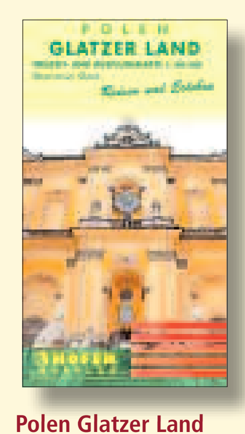
Rumänien
Nordliches Banat u. Arader Land
2-sprachig deutsch-rumänisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5579 RO801 12,90 €



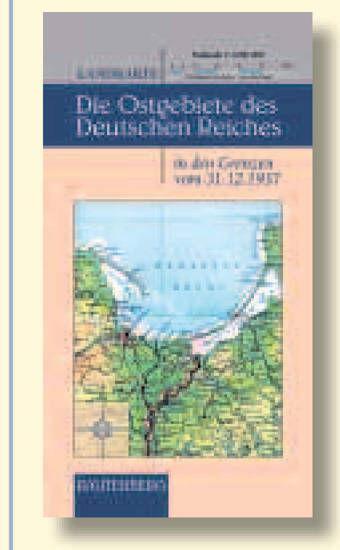
Baltikum Planen & Touren
Kaliningrad – St. Petersburg
mehrsprachig
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5573 E/L/L666 10,90 €



Polen/Tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

ZUR PERSON

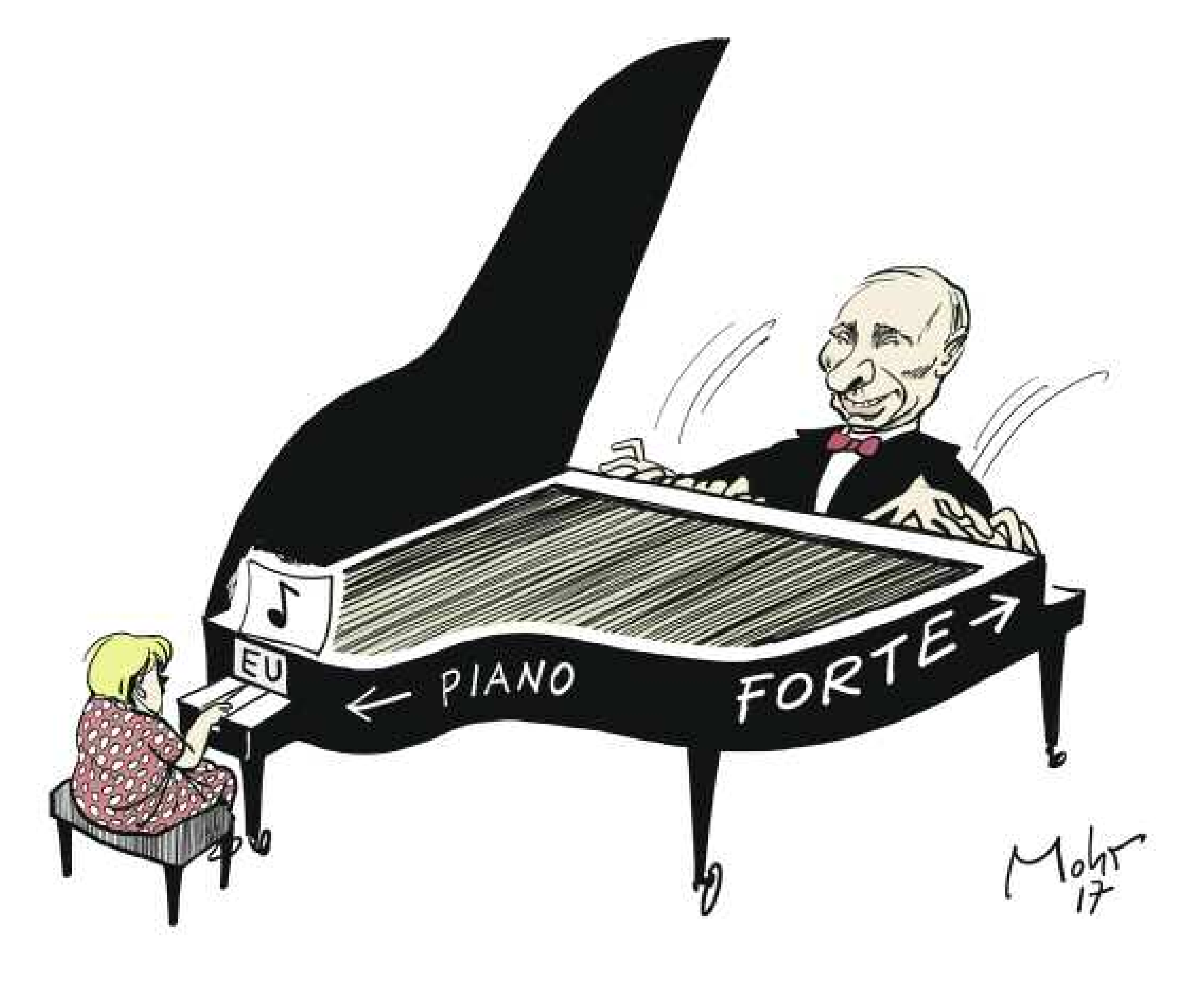
Prominente Gegen-»Kraft«

Am Sonntag könnten viele ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen kann sich das Schleswig-Holsteiner-Ergebnis von vor einer Woche wiederholen, als ein Nobody von der CDU den SPD-Ministerpräsidenten gestürzt hat.



In NRW stehen auch für CDU-Herausforderer **Armin Laschet** die Chancen gut, Landeschefin Hannelore Kraft von der SPD abzulösen.

Der 56-jährige Aachener hat sich schon als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender landesweit einen Namen gemacht. Der religiös geprägte Jurist, der einst für die Aachener Kirchenzeitung tätig war, macht als gefragter Talkshow-Gast regelmäßig Werbung im eigenen Sache. Sollte er in NRW siegen, liefert er die perfekte Empfehlung ab für höhere bundespolitische Aufgaben. *H. Tews*



MEINUNGEN

Roland Tichy zweifelt** auf „tichyseinblick.de“ (3. Mai) die **Funktionsfähigkeit des Staates** in Sachen Asyl **an:

„Wenn es einem deutschen Staatsangehörigen, der keine Landessprache Syriens sprach, möglich war, sich als Syrer auszugeben, wie vielen weiteren Personen war es noch möglich? ... Ist der Staat noch in der Lage, die Aufgaben zu erfüllen, die er dem Bürger schuldet? ... Wieviel Hunderttausende Benjamins sind da unterwegs?“

*Der aus Brasilien stammende Ex-Fußballnationalspieler **Claudemir Jeronimo Barreto (Cacau)** kritisiert in der „Bild“ (6. Mai) **Zuwanderer**, die zu viel fordern:*

„Es ist nicht verboten, von den Geflüchteten schon ein bisschen Dankbarkeit und die richtige Einstellung zur Integration erwarten zu dürfen. Deutschland ist ein tolles Land. Es hat etwas mit Respekt zu tun, sich für die Kultur und die Werte zu interessieren und sie zu akzeptieren.“

Schön in der Herde bleiben

Warum die Leitkultur-Debatte schon wieder begraben liegt, wieso die Deutschen in ihrer Vergangenheit nichts zu suchen haben, und weshalb uns der Selbstbetrug so leicht fällt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die neu aufgelegte „Leitkultur“-Debatte ist sogar noch schneller beerdigt worden als ihr Vorläufer, der um das Jahr 2000 im Sperrfeuer des „Aufstands der Anständigen“ einen kümmerlichen Tod starb. Mit einer Art Zehn-Punkte-Papier wollten ein paar kluge Unionsleute noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl das Heft einer Debatte um nationale Identität in die Hand bekommen, bevor ihnen die „Blauen“ damit durch die Lappen gehen.

Zehn Punkte für den Nachlass von mehreren tausend Jahren deutscher Geschichte und Vorgeschichte – das war allerdings dermaßen dürftig, dass der Vorstoß eigentlich lautlos hätte verpuffen müssen. Ist er aber nicht, im Gegenteil. Verblüffend aufgebracht waren die Entgegnungen: Reaktionär und ausgrenzend sei ein solcher Leitkultur-Katalog, schlugen die empörten Stimmen über Bundesinnenminister Thomas de Maizière zusammen, der die Geschichte ins Rollen gebracht hatte.

Diese Reaktion ist für sich genommen natürlich viel interessanter als de Maizières Punkte selbst. Vor allem streiten die Leitkultur-Gegner mit Inbrunst dafür, dass es „kein Zurück in die Vergangenheit“ geben dürfe. Was treibt diese Leute um? Die „Vergangenheit“, also streng genommen jeder eben abgelaufene Moment, scheint nichts als abgrundtief Böses zu bergen, zumindest, wenn es um die deutsche Vergangenheit geht.

Jedenfalls soll es uns so scheinen. Warum? Nun ja, es heißt ja: Nur wer weiß, woher er kommt, kann selber bestimmen, wohin er geht – ein Punkt allein hat keine Richtung. Ein Volk, das in seiner Vergangenheit, in seinen Traditionen verwurzelt ist (ohne freilich irgendwo stehengeblieben zu sein wie manche orientalische Gemeinschaft), kann also nicht so einfach herumgetrieben werden wie eine ziellos herumblökende Schafherde. Herrschen die weisen Mächtigen dagegen über einen Haufen Menschen, der zu seinen Altvorderen keinen Bezug mehr hat, brauchen sie bloß zu pfeifen, und die tumbe Masse trottet in die gewünschte Richtung. Denn wer keine eigene Richtung mehr besitzt, der ist ängstlich bemüht, bei der Rotte zu bleiben, „zeitgemäß“ zu bleiben, um sich bloß nicht zu verirren.

Der Bundeswehr hat man auf diese Weise schon alle Gräten gezogen. Sie ist wohl die einzige Armee auf der Welt, der keine Traditionen erlaubt sind, die tief genug reichen, um den Namen zu verdienen – was zu heiteren Auswüchsen in jeder Richtung führt. Die einen wissen gar nicht mehr, ob sie eigentlich so richtig Soldat sein sollen. Den anderen platzt der Verstand und sie treiben frivolen Schabernack, auf den dann noch größerer Unsinn folgt. So wurden wir erst jetzt an den Rand des Herzstillstands getrieben mit der entsetzlichen Nachricht, dass irgendwelche Bundeswehr-Angehörigen vor etlichen Jahren ein Hakenkreuz aus Sand auf den Boden gestreut haben sollen.

Der traumatisierte Sand dürfte lebenslanger Betreuung bedürfen nach diesem skandalösen Missbrauchsfall. Bei Sand können das mehrere Millionen Jahre werden. Die Öffentlichkeit indes ist erschüttert. Oder wir tun zumindest so, als seien wir es. Nach Jahrzehnten der vorgetäuschten, weil gesellschaftlich erwarteten Empörungswallungen wissen wir Deutsche gar nicht mehr so genau, wann unsere Bestürzung echt ist oder nur dem taktischen Ziel dient, sich dem Verdacht zu entziehen, nicht bei der Herde zu sein.

Um uns auf den richtigen Kurs zu bringen, bedarf es gekonnter Anleitung. Politik und Medien sind da in der zivilgesellschaftlichen Pflicht. Dort, wo sich beide am innigsten begegnen, bei den Staatssendern nämlich, wird diese Pflicht besonders ernstgenommen. Über die Sender und ihre „Unabhängigkeit“ wachen die Rundfunkräte, die insbesondere die „Staatsferne“ der Sender absichern sollen.

Der Hessische Rundfunk begrüßte als neuestes Mitglied in dem einflussreichen Gremium gerade den Vertreter der „Ditib“, jener staatlichen türkischen Religionseinrichtung. Dort sitzt also jetzt auch die Stimme Sultan Erdogans, um die Richtung der deutschen Debatten mitzubestimmen und dafür zu sorgen, dass die Teutonen nicht etwa wieder in ihre „Vergangenheit“ zurückfallen. Bei Radio Bremen sind Erdogans Leute schon seit 2014 mit am Hebel, der Stadtstaat war hier Vorreiter.

Die Einladung an Ditib soll den staatlichen Rundfunk „bunter“, „vielfältiger“ machen. Zu diesem Zwecke also holt man den Vertreter eines Machthabers an den Tisch der Aufseher, der mehr als 100 Journalisten hat verhaften lassen und mit der Sense durch die Medienlandschaft seines Landes gefahren ist.

Verblüffend, was man mit einem Volk alles anstellen kann, das tatsächlich keine Richtung mehr besitzt. Sie müssen nur das richtige („zeitgemäße“) Etikett draufkleben wie „Vielfalt“ oder „Toleranz“, und schon geht uns jeder Selbstbetrug federleicht von der Hand, selbst wenn er noch so offensichtlich sein sollte.